„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!"

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M

Nr. 2. | Berlin, 10. Januar 1930. | 11. Jahrg.

Aufruf!

Zur 10jährigen Wiederkehr des Raubes der Ostmark

Deutsche Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Zum zehnten Mal jähren sich die Unheilstage, in denen die auf Grund des unseligen Diktats von Versailles uns entrissenen Ostgebiete dem neugegründeten Polen übergeben werden mußten.

Fast die ganze Provinz Posen und der größte Teil Westpreußens ward uns geraubt! Das unmögliche und unhaltbare Gebilde des Weichselkorridors wurde geschaffen, der Ostpreußen vom Vaterlande trennt und zu einer ständig bedrohten Insel im slawischen Meere macht! Auch Soldau und das Memelland sind feindlicher Ländergier ausgeliefert worden.

In den Teilen Ost- und Westpreußens, denen man das Abstimmungsrecht zubilligte, hat das Deutschtum einen so vollständigen Sieg errungen, daß man nicht wagen konnte, auch sie uns zu entreißen. Wohl aber hat man Oberschlesien, obwohl auch dort die Abstimmung zugunsten des Deutschtums ausfiel, zerstückelt und uns die wertvollsten Gebiete genommen, ungeachtet der Tatsache, daß ganz Oberschlesien ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildet, dessen tausendfache Wechselbeziehungen durch diese Teilung zum Schaden von Land und Leuten in brutalster Weise zerschnitten wurden.

Über 51 000 Geviertkilometer deutschen Landes sind auf diese Weise aus dem Staatskörper herausgeschnitten und Millionen deutscher Menschen gegen ihren Willen unter das Joch der Fremdherrschaft gebeugt worden. Über eine Million Deutscher sind seitdem aus den an Polen abgetretenen Ostgebieten vertrieben worden unter Umständen, die über die meisten von ihnen unsagbares seelisches Leid gebracht und viele zu Bettlern gemacht haben. Den drüben verbliebenen Deutschen aber wurden die elementarsten Rechte entzogen, wichtige Errungenschaften ihres Kulturlebens zerstört, ihre Interessenvertretungen unterdrückt, ihre Schulen ihnen genommen. Der Gebrauch der Muttersprache bei Verhandlungen vor Gericht und mit Behörden wird allen Deutschen in Polen unmöglich gemacht, die deutsche Erziehung der Kinder wird verhindert, der deutsche Grundbesitz durch Enteignung zerschlagen, die Presse geknebelt, die Kirche verfolgt. Seelisches Leid ohne Ende! —

Deutsche Männer und Frauen! Seid eingedenk der unauslöschlichen Schmach, die man uns durch die vierzehnmalige Teilung des deutschen Ostens und die Abtrennung seiner wichtigsten Gebiete angetan hat! Vergegenwärtigt Euch, daß man uns urdeutsches Land entrissen und slawischen Völkern zugeteilt hat, daß die uns entrissenen Gebiete für unsere Volksernährung unentbehrlich sind, und daß wir als Volk ohne Raum Land zur Siedlung nur im Osten gewinnen können. Erhebt eure Stimme zu dem Gelöbnis, daß wir nicht ruhen und rasten wollen bis zur friedlichen Zurückgewinnung der uns geraubten Gebiete, bis durch Abänderung der gegenwärtigen unhaltbaren Grenzen der Verödung, Verarmung und Entvölkerung unserer jetzigen Ostprovinzen gesteuert wird.

Deutsche Volksgenossen im Reich! Macht euch klar, daß Gedeih und Verderb des Vaterlandes vom Schicksal des deutschen Ostens abhängt! Denkt der Brüder in den abgetretenen Gebieten! Haltet ihnen die Treue und unterstützt sie, soviel ihr könnt. Schließt euch den im Reich bestehenden Organisationen an, die sich dem drohenden Verderben im Osten mit allen Kräften entgegenstemmen, sich die wirtschaftliche und kulturelle Förderung des Deutschtums unserer Ostprovinzeu und die Unterstützung der Landsleute jenseits der Grenze angelegen sein lassen, die In- und Ausland aufklären über unser Recht auf die uns entrissenen Gebiete und über die unbedingte Notwendigkeit einer Neuordnung der Verhältnisse im Osten. Verbindet euch mit den deutschen Ostmärkern zu einer Not- und Schicksalsgemeinschaft zur Rettung des Ostens und zur Rettung des ganzen Vaterlandes, das ohne seinen Osten zugrunde gehen müßte!

Berlin-Charlottenburg 2, den 10. Januar 1930.

Das Präsidium des Deutschen Ostbundes:

Ginschel. Dr. Lüdtke. Schmid.

Streit um das deutsch-polnische Finanzabkommen im Haag.

Das deutsch-polnische Finanzabkommen polnischerseits der Mächtetagung im Haag überreicht. — Verwahrung des deutschen Außenministers gegen das hinterhältige Verhalten Polens. — Die Ausschaltung des deutschen Reichstages.

Gleich am ersten Tage der Schlußtagung der Haager Mächtebesprechung gab es *eine große Sensation*, die sich um *das deutsch-polnische Finanzabkommen* drehte. In der kurzen formalen Eröffnungssitzung waren zwei Ausschüsse eingesetzt worden, von denen der eine die Liquidationen der Mächte, die Deutschland angehen, behandeln soll, während der andere zuständig ist für die Ostreparationen, d. h. also für die finanziellen Auseinandersetzungen Österreichs, Ungarns und Bulgariens mit den anderen Mächten. Vorsitzender des ersterwähnten Ausschusses ist der belgische Ministerpräsident *Jaspar*, während den Ostreparationsausschuß der französische Minister *Loucheur* leitet. Im Ausschuß für die Liquidationen deutschen Eigentums überreichte in nichtöffentlicher Vollsitzung am 3. Januar, abends, an der Abgesandte aller im Haag vertretenen 17 Mächte sowie der amerikanische Beobachter Wilson teilnahmen, der Führer der polnischen Abordnung, *Mrozowski*, das deutsch-polnische Finanzabkommen, d. h. nur denjenigen Teil, der die Einstellung der Liquidation deutschen Eigentums betrifft, und erklärte dabei, das Abkommen sei ein integrierender Bestandteil des Young-Planes. Der deutsche Reichsaußenminister Dr. *Curtius* trat dieser polnischen Auffassung entgegen. Er legte dar, daß das deutsch-polnische Abkommen Rechtskraft in sich allein trage. Wohl sei eine Deponierung des deutsch-polnischen Abkommens mit dem künftigen Haager Abkommen vorgesehen, es bilde deswegen jedoch keinen Bestandteil des Haager Abkommens und sei auch keiner gemeinsamen Ratifizierung mit ihm unterworfen. Darauf erwiderte Mrozowski, daß im § 1 des Abkommens ausdrücklich gesagt sei, daß es ein Teil des Young-Plans sein solle.

Man muß diese Angelegenheit als *geradezu skandalös nach zwei Richtungen* hin bezeichnen. Denn es ist einmal ein grober Skandal, *daß die polnische Regierung* den sowohl von Polen wie von Deutschland bisher *geheim* gehaltenen Vertrag auf der Tagung hat überreichen lassen, wie man annehmen muß *ohne Wissen und gegen den Willen der deutschen Regierung*. Zum anderen aber ist es eine skandalöse Behandlung öffentlicher Angelegenheiten, daß der Vertrag im Haag den Mächten als endgültig abgeschlossen vorgelegt worden ist, obwohl der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Reichstages und dieser selbst in einer Vollsitzung ausdrücklich beschlossen hatten, das Finanzabkommen mit Polen *unabhängig vom Young-Plan* zu behandeln, obwohl der *Reichstag bisher noch gar nicht in der Lage war, in die Beratung des Abkommens einzutreten, da es ihm bis jetzt ebenso wie der sonstigen Öffentlichkeit vorenthalten worden ist*. Der im Haag weilende Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", Dr. Fritz *Klein*, gab in seinem Blatte der Verblüffung, die die Überreichung des Abkommens im Haag hervorgerufen hat, dadurch Ausdruck, daß er in einem von dem erwähnten Blatt abgedruckten Telegramm sagt, wohl in keinem demokratisch-parlamentarisch regierten Lande der Welt wäre ein ähnlicher Vorgang möglich gewesen, wie er hier der deutschen Öffentlichkeit geboten wurde.

Diese Bemerkung trifft den Nagel auf den Kopf. Die Tagespresse ist zwar inzwischen durch offiziösen Einfluß beruhigt und dahin beeinflußt worden, daß sie nicht von einer gleich bei Beginn der Verhandlungen erlittenen Niederlage Deutschlands reden möge, um die Stellung der deutschen Abordnung nicht zu schwächen, so daß sie jetzt zumeist die Sache als verhältnismäßig harmlos hinzustellen versucht. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Sache in Wirklichkeit ganz und gar nicht harmlos ist. Widerspricht es schon allen Grundsätzen demokratisch-parlamentarischer Regierungsweise, daß unsere Regierung mit der polnischen ein Abkommen nicht nur vereinbart, sondern auch *formell unterschreibt*, ohne dem Reichstag die Möglichkeit zu einer vorherigen Stellungnahme oder zu einer nachträglichen Änderung zu geben, und daß dieses Abkommen nach seinem Abschluß acht Wochen lang *geheim gehalten* wird, so daß weder dem Reichstag noch der Presse noch der sonstigen Öffentlichkeit der Wortlaut des Abkommens bekanntgegeben wird, so schlägt es dem Faß den Boden aus, wenn ein solches Abkommen der Mächtekonferenz im Haag als ein zum Young-Plan gehöriger Vertrag vorgelegt und damit *den fremden Mächten früher als der deutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wird*, obwohl in dem Abkommen einerseits *Entschädigungsfragen, die für Tausende von deutschen Volksgenossen geradezu Lebensfragen sind, auf eine völlig neue Verfahrensgrundlage gestellt werden*, und obwohl andererseits *Lebensfragen der deutschen Minderheit in Polen* durch den Vertrag geregelt werden. Weder die Deutschen, deren Eigentum von Polen liquidiert worden ist oder die durch Annullierung von Verträgen ihres Eigentums beraubt worden sind und denen man die jetzt gegebene Möglichkeit, den polnischen Staat vor den ordentlichen Gerichten und vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen, genommen hat, indem Deutschland sich bereit erklärt hat, ihre Ansprüche zu befriedigen, noch die Deutschen in Polen, die durch das Abkommen vor weiteren Liquidationen deutschen Eigentums und vor weiteren Vertreibungen durch Ausübung des polnischen Wiederkaufsrechts geschützt werden sollen, hat man vorher gefragt. Weil man die Sachkunde dieser Kreise sich nicht zunutze gemacht hat, ist der Vertrag auch danach! Die „Deutsche Zeitung" hat behauptet, Reichsbankpräsident Dr. *Schacht* habe in einem engeren Kreise gesagt, daß es *kaum je einen schludrigeren Vertrag gegeben habe* wie diesen, und wir haben bisher nicht gelesen, daß dem widersprochen worden wäre. Unsere Leser wissen zur Genüge, in wie vielen Punkten der Vertrag für die deutschen Interessen nicht hieb- und stichfest, sondern gegenüber den ewig vertragsbrüchigen Polen auf Treu und Glaube abgestellt ist, in wie wichtigen Punkten die Polen Vorbehalte gemacht und Zugeständnisse vermieden haben, so daß die Polen in der Lage sind, die von ihnen für die Übernahme der Entschädigungsansprüche Deutscher gegen den polnischen Staat auf das Deutsche Reich eingegangenen Verpflichtungen illusorisch zu machen. Wir brauchen daher nicht erneut auf dieses traurige Kapitel einzugehen. Im Reichstage sind der Regierung von allen Parteien diese Fehler und Mängel des Abkommens in scharfer Weise vorgehalten, und es ist betont worden, daß in dieser Form das Abkommen vom Reichstage nicht ratifiziert werden könne. Man hat von der Regierung gefordert, daß *mindestens* im Wege der Auslegung die schlimmsten Unklarheiten und Unvollständigkeiten des Vertrages beseitigt würden. Das hat die Regierung auch zugesagt. Es ist aber nicht bekanntgeworden, daß sie irgendeinen Erfolg gehabt hätte, abgesehen von dem schon vorher gemachten polnischen Zugeständnisse, daß Optanten, die nach Deutschland abgewandert sind, das Recht der Rückkehr nach Polen zur Übernahme von Wirtschaften im Erbgange gemäß den Bestimmungen des Abkommens haben sollen. Aus dem Verhalten unseres Außenministers muß man schließen, daß weder unsere Regierung noch die anderen Mächte auf die Überreichung des Abkommens an die Haager Konferenz vorbereitet waren. Um so schlimmer ist der Streich, den die polnische Vertretung Herrn Dr. *Curtius* gespielt hat. Es wäre Sache unseres Auswärtigen Amts und des Herrn Gesandten *Rauscher* gewesen, eine solche üble Überraschung zu verhüten und damit Herrn Dr. Curtius die Verlegenheit zu ersparen, daß er bei seinem ersten Auftreten als Außenminister und Delegationsführer im Haag eine nicht gerade beneidenswerte Rolle spielen mußte. Er wies die Behauptung *Mrozowskis*, daß das Abkommen einen Bestandteil des Young-Plans bilde, als der deutschen Anschauung nicht entsprechend zurück, Mrozowski konnte aber darauf hinweisen, daß das Abkommen im § 1 ausdrücklich besage, daß es einen Teil des Young-Planes bilden solle. Demgegenüber konnte Dr. *Curtius* nur erklären, daß das Abkommen unabhängig vom Young-Plan seine Rechtskraft an sich tragen solle, also auch für sich bestehe. Der Vorsitzende, Ministerpräsident *Jaspar*, schloß den außerordentlich unerfreulichen Zwischenfall ab mit der Bemerkung, er stelle fest, daß das Abkommen der Mächtetagung überreicht worden ist, und nehme Kenntnis von der Erklärung der deutschen Vertretung, das übrige gehe die Mächte nichts an. Das heißt, Deutschland möge sich mit Polen über alle strittigen Fragen selbst einigen. Für die Mächtetagung sei der Wortlaut des von beiden Ländern unterschriebenen Abkommens maßgebend. Damit ist nun natürlich dem Reichstage jede Möglichkeit einer Änderung genommen.

Wir hatten bisher angenommen, daß dem Herrn Reichspräsidenten *von Hindenburg* das Abkommen zur Unterzeichnung noch nicht vorgelegt worden sei und daß die Unterzeichnung durch den Herrn Reichspräsidenten erst erfolgen solle, nachdem der Reichstag sich für die Ratifizierung des Abkommens ausgesprochen habe. Da die polnische Vertretung sicher darüber Bescheid weiß, was die Verfassung der deutschen Republik über die Rechtsgültigkeit von Verträgen des Reiches sagt, so muß man annehmen, daß die polnische Regierung das Abkommen nicht überreicht hätte, wenn es nicht die Unterschrift Hindenburgs trüge, da sie sich sonst eine schlimme Abfuhr hätte holen können. Mit Rücksicht auf das absichtliche Dunkel, das bisher über Geschichte und Inhalt dieses Abkommens verbreitet worden ist, kann etwas Bestimmtes darüber nicht gesagt werden, so daß diese Frage noch zu klären bleibt. Festzustellen ist aber, daß das *Abkommen im Haag in 36 Stücken überreicht worden ist*, so daß heute also *alle europäischen Mächte das Abkommen besitzen, und daß nur der deutsche Reichstag und die deutsche Öffentlichkeit keine Kenntnis davon haben, da auch heute das Abkommen im Reichstage noch nicht ausgegeben und der Presse nicht bekanntgegeben worden ist*.

Der Reichstag hat, da ihm das Abkommen bisher vorenthalten worden ist, keine Möglichkeit gehabt, sich vorher darüber zu vergewissern, wie hoch materiell die Verpflichtungen sind, die das Reich an Stelle Polens den Geschädigten gegenüber übernommen hat, eine Frage, die bekanntlich sowohl für das Reich, das die Entschädigungen zu bezahlen hat, wie für die Geschädigten, denen der bisherige Rechtsweg abgeschnitten ist, ohne daß ihnen zuvor Rechtssicherheiten von Deutschland gegeben worden sind, von großer Bedeutung ist.

Wie der *Reichstag* gegenüber einem solchen Verfahren seine Rechte wahrnehmen will, ist seine Sache. Wir aber müssen im Interesse derer, die von dem Abkommen betroffen werden, erneut schärfste Verwahrung gegen das ganze Verfahren bezüglich des Abkommens einlegen. Es geht nicht an, daß man Tausenden und aber Tausenden

von Menschen, die ihres Deutschtums wegen ohne persönliches Verschulden ins Unglück gestürzt worden sind, seitens des Reiches den bisherigen Rechtszug gegenüber dem polnischen Staate entzieht, ohne ihnen vorher genau zu sagen, in welcher Weise ihre Rechte nun vom Reiche gewahrt werden sollen, geschweige überhaupt mit ihnen und ihren Interessenvertretungen darüber zu verhandeln. Wenn derartige Regierungsmethoden Platz greifen sollten, so müßte das staatspolitisch die schlimmsten Folgen haben. Die Republik darf Grundsätze, auf denen sie aufgebaut ist, nicht mißachten, um nicht zu sagen, nicht verhöhnen.

Die eigenen Organe der Regierungsparteien haben kein Hehl daraus gemacht, wie groß die Bedenken in ihren eigenen Reihen gegen das Abkommen sind. Das weiß man auch in Polen sehr genau. Um so hinterhältiger ist das Verhalten Polens, das während der über die Frage der Veröffentlichung des Abkommens und über die Auslegung wichtiger Bestimmungen schwebenden Verhandlungen den Vertrag im Haag den Mächten einfach überreichen ließ, bloß weil man deutscherseits die Unvorsichtigkeit begangen hatte, das Abkommen vorzeitig zu unterschreiben, statt nur zu paraphieren. Polen weiß ganz genau, warum es sich die Früchte dieses Vertrages mit seinen fast unbegreiflichen deutschen Verzichten auf diese Weise schnell und gründlich sichern wollte!

Die neue Haager Mächtetagung hat sonach mit einem für Deutschland recht unerfreulichen Vorspiel begonnen. Hoffen wir, daß dieser für uns so unangenehmen Überraschung nicht weitere Unerfreulichkeiten für Deutschland folgen werden. G.

*

Die Presse über den polnischen Vorstoß im Haag.

Die **„Hamburger Nachrichten"** (Nr. 5) sprechen von einem „unerhörten polnischen Täuschungsversuch" und bemerken des weiteren: „Der deutsch-polnische Liquidationsvertrag enthält — nach allem, was über ihn bekannt wurde — weitgehende deutsche Zugeständnisse und ist in seiner jetzigen Gestalt für Deutschland völlig unannehmbar. Daher darf der polnische Versuch, den Vertrag mit dem Youngplan zu verkoppeln, für Deutschland gar nicht diskussionsfähig sein."

Die **„Deutsche Tageszeitung"** (Nr. 7) spricht vom „Skandal des Polenvertrages" und findet es auch unverständlich, wie es möglich war, daß der Vertreter Polens einen authentischen Text des Abkommens im Haag niederlegen konnte, ehe das Abkommen der deutschen Öffentlichkeit auch nur bekannt gegeben, geschweige vom Reichstage und vom Reichspräsidenten genehmigt ist. Wo bleibe da die Wahrung der verfassungsrechtlichen Stellung des Reichstages?

Das vom Minister Stegerwaldt begründete Blatt der Christlichen Gewerkschaften, **„Der Deutsche"**, übt ebenfalls schärfste Kritik. Es schreibt u. a.:

„Schön und gut, der Außenminister Dr. Curtius mag juristisch recht haben. Tatsache aber ist die Festlegung im Artikel 1, daß das Abkommen gleichzeitig mit dem Youngplan ratifiziert werden muß. Damit ist doch klar und deutlich eine absolut politische Verbindung mit dem Youngplan gegeben. Der Reichstag soll gezwungen sein, mit dem Youngplan das deutsch-polnische Abkommen anzunehmen. Von diesem Zwang war der deutschen Öffentlichkeit und dem Reichstag nichts bekannt. Es liegt auf der Hand, daß angesichts dieser Sachlage es ausgeschlossen ist, Verbesserungen in diesem deutsch-polnischen Abkommen durchzusetzen. In der jetzigen Form ist aber dieses Abkommen für Deutschland unannehmbar. Das ist der deutschen Regierung klipp und klar gesagt worden. Es hat keine Regierung und kein Parlament das Recht, lebendige deutsche Volksteile der Ausrottung zu überantworten. Das Abkommen mit Polen aber will unter eine mehr als zehnjährige Ausrottungspolitik den verzeihenden Schlußstrich ziehen. Damit aber würde den Nachfolgestaaten ein Freibrief ausgestellt, in dieser Ausrottungspolitik fortzufahren: zumal die Sicherungen für die deutschen Minderheiten, die dieses Abkommen enthält, völlig unzureichend sind.

Im übrigen möchten wir feststellen, daß nicht mehr die Ministerialbürokratie und die Regierung allein die Schuld trifft für die gefährliche Zwangslage, sondern auch die Parteien. Denn soviel wir wissen, haben führende Männer der Parteien den Text des Abkommens in der Hand gehabt."

*

Telegramm der Arbeitsgemeinschaft an Dr. Curtius im Haag.

Die Arbeitsgemeinschaft der Geschädigtenverbände hat an Herrn Reichsaußenminister Dr. Curtius und zugleich an die anderen Reichsminister, die Mitglieder der deutschen Delegation im Haag sind, nämlich an die Herren Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt und Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden erwartet von der deutschen Delegation die nachdrücklichste Wahrung der Rechte und Interessen der Liquidationsgeschädigten. Soweit von der Gegenseite durch die Drohung, sonst den Youngplan scheitern zu lassen, versucht wird, deutsche Zugeständnisse zu erpressen, die dem Geist des Youngberichtes widersprechen, müssen die deutschen Unterhändler vor aller Öffentlichkeit hiergegen protestieren. Durch eine solche Erklärung muß englischen irreführenden Darstellungen entgegengetreten werden, die die zwischen England und Deutschland beabsichtigte Regelung als eine faire Durchführung der Pariser Empfehlungen hinstellen."

Wir hoffen noch immer, daß es doch möglich sein wird, Liquidationsüberschüsse von England zu erhalten und infolgedessen auch von den englischen Dominien wie auch von Frankreich, und daß auf Grund dieser dem Reiche zufließenden Mittel eine neue Entschädigungsaktion für die Liquidationsgeschädigten und Verdrängten baldigst durchgeführt werden kann. Frankreich will zwar die Liquidationsüberschüsse auch nicht herauszahlen, hat sich aber jetzt in einem Liquidationsabkommen mit Deutschland grundsätzlich bereit erklärt, aus Billigkeit eine größere Summe an Deutschland abzuführen. Mit England wird wegen der Liquidationsüberschüsse immer noch verhandelt.

*

Danzig im Haag.

Die Haager Verhandlungen sollen auch nicht ohne Wirkung auf Danzig bleiben. Die Freistaatsregierung hat an die Reparationskommission eine Note gerichtet, in der die Streichung der Tributschuld nachgesucht wird. Die Kommission möge erklären, daß ihrerseits keine Forderungen mehr gegen die Freie Stadt Danzig und den Hafenausschuß bestehen. Auf Grund der Note ist eine Einladung des polnischen Außenministers an Danzig erfolgt, eine Delegation nach dem Haag zu entsenden. Zu den offiziell eingeladenen Mächten gehört die Freie Stadt also nicht. Der Danziger Anspruch auf Teilnahme an der Konferenz stützt sich auf die im Youngplan vorgeschlagene Liquidierung der Vergangenheit, von der Danzig nicht ausgeschlossen bleiben will. Von den aus dem Kriegsausgang entstandenen Schulden hat Danzig einen Teil, die „Gründungsschulden" (Kosten der Besatzung, der interalliierten Zivilverwaltung und der Grenzregulierung) im Jahre 1926 aus Anleihemitteln abgetragen. Im gleichen Jahre erklärte sich die Reparationskommission, nachdem auch ein Teil der „Tributschulden" bezahlt worden war, damit einverstanden, für 20 Jahre keine Forderungen mehr an Danzig zu stellen. Drei Jahre sind seitdem vergangen. Danzig will die Sorgen, die ihm aus der späteren Neubelastung erstehen, los sein.

Was hat Ostpreußen von Polen zu erwarten?

Die Rede des Oberpräsidenten Dr. Siehr in München hat das Allensteiner Polenblatt, die „Gazeta Olsztynska" zu zwei Artikeln veranlaßt, in denen der Verfasser gegen die deutsche Propaganda und gegen die Hilfeleistung für die Ostgebiete Stellung nimmt. Solange dem deutschen Osten nicht sein Recht zuteil geworden ist, d. h. solange die geraubten Gebiete nicht wieder heimgekehrt sind ins Reich, wird jeder Pole, der das Unfrieden schaffende Versailler Diktat als die Grundlage einer europäischen Gerechtigkeit ansieht, die deutsche Ostpropaganda notwendigerweise als polenfeindlich empfinden. Es liegt nicht an uns, daß das so ist. Wir sind nicht schuld daran, daß das Versailler Diktat den Frieden Europas gefährdet, weil sich der Pole einer friedlichen Grenzrevision, die die territoriale Geschlossenheit unserer Reichsgebiete wiederherstellen soll, widersetzt. Der Pole gefällt sich darin, sich selbst als den Angegriffenen zu bezeichnen nach dem Rezept: Haltet den Dieb!, mit dem er sich vor 11 Jahren bei Wilson den für ihn selbst unerwartet großen Erfolg erschwindelt hat. Jede deutsche Regierung der Nachkriegszeit hat die Grenzzustände im Osten als untragbar und ihre Abänderung als dringende Aufgabe der europäischen Politik bezeichnet.

In diesem Sinne hat auch der Oberpräsident von Ostpreußen in der ihm eigenen, durch Sachlichkeit überzeugenden Weise die Korridorfrage und die wirtschaftliche Notlage behandelt, an der nicht nur die deutsche Ostmark, sondern auch das heutige Westpolen krankt. Die Hintermänner der „Gazeta Olszt.", die man wohl nicht in Ostpreußen, sondern in Posen und Warschau zu suchen hat, haben dem Oberpräsidenten seine Münchener Rede übel vermerkt, vor allem deshalb, weil der Redner als führender Demokrat und leitender Beamter auch bei den noch abseits Stehenden Beifall findet und Interesse weckt. Das Polenblättchen verurteilt daher die politische Rede Dr. Siehrs als „gefährliche Agitation, die für Ostpreußen unerwünschte Folgen haben kann". Es droht zugleich die Wegnahme weiterer deutschen Landes an! Wenn so etwas drüben in Polen geschieht, wird das niemand wundern; wenn aber ein polnisches Blatt auf deutschem Boden offene Drohungen gegen Deutschland ausspricht, dann stellt das eine Dreistigkeit dar, die sich mit einer loyalen Haltung gegen den Gaststaat nicht mehr verträgt. Die „Gazeta Olsztynska" schreibt: „Das (nämlich der Raub deutschen Gebietes) wird Polen insofern leichter fallen, als das Versailler Diktat nicht alle polnischen Landesteile zurückgegeben hat (!) und als Polen im Westen nicht die Grenzen erreicht hat, die es im Jahre 1772, also vor der ersten Teilung, besessen hat. Von den pommerellener Landesteilen sind noch etwa 38 v. H., von den großpolnischen Landesteilen 8 v. H. unter preußischer Herrschaft verblieben. .. Das ostpreußische Problem kann dann (wenn nämlich Deutschland seine Propaganda für eine Revision der Ostgrenzen nicht einstellen wird) eine für Deutschland unerwünschte Lösung finden."

Nach polnischer Ansicht kann die Osthilfe die Zustände in Ostpreußen nicht bessern und sind die Millionen, die durch sie dem Osten zugeführt werden, verlorenes Geld. Die Polen wissen so gut wie wir, daß das

Ziel einer Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete nur von einer gesunden Basis, d. h. von einer starken deutschen Ostmark, aus erreicht werden kann. Deshalb und weil sie hoffen, daß die materielle Not die Brücke ist, über die ihre Propaganda an die ostpreußische Bevölkerung herangetragen werden kann, haben sie kein Interesse an einer Besserung der allgemeinen Lage im Osten. Deshalb behaupten sie auch, daß die beste Hilfe für Ostpreußen der Anschluß an Polen oder doch wenigstens der Abschluß eines Handelsvertrages sei, der Ostpreußen in enge wirtschaftliche Beziehungen mit seinem staatspolnischen „Hinterland" bringt. Sicherlich hat die Ostkolonisation des Mittelalters einen Fehler begangen, indem sie die Flügel zu weit vorgetrieben und die Wiedereindeutschung der Posener Mitte vernachlässigt hat. Diese ungünstige Entwicklung ist aber nach der inneren Festigung Deutschlands stark ausgeglichen worden und wäre zum Segen des ganzen Ostlands wieder gutgemacht worden, wenn in Versailles nicht das deutsche Werk wieder zerstört worden wäre.

Ostpreußen hat von Polen nicht viel zu erwarten. Es ist vor dem Kriege das große Durchgangsland des Wirtschaftsverkehrs von Deutschland nach Osten und von Rußland nach Westen gewesen. Fast die Hälfte der russischen Gesamtausfuhr nach Deutschland ist damals über Ostpreußen gegangen. Der direkte Verkehr mit dem südlich angrenzenden Kongreßpolen dagegen war nur gering. *Das heutige Polen wird die Rolle, die Rußland früher für den Königsberger Hafen und die ostpreußische Holzindustrie vor allem gespielt hat, nicht ausfüllen können.* Für die polnische Getreideausfuhr kommt Königsberg neben Danzig und Gdingen kaum in Betracht. Seine Holzausfuhr, die manchem Betrieb der waldarmen Provinz Arbeit und Verdienst bringen könnte, hält Polen mit Absicht von Ostpreußen fern. Arbeitslöhnen, Kohle und Futtermitteln gelten die hauptsächlichsten Ausgaben des ostpreußischen Landwirts. Polen verspricht, der ostpreußischen Wirtschaft billigere *Arbeitskräfte* zu liefern. Der Bedarf an fremden Händen ist aber gerade hier verhältnismäßig gering. Ostpreußen ist schon vor dem Kriege die Ostprovinz Preußens gewesen, die am wenigsten (nur rund 20 000) ausländische Saisonarbeiter beschäftigt hat. Die Nachfrage ist heute bei einer schärferen Regulierung des inneren Arbeitsmarktes auch ohne zuwandernde Kräfte zu decken. Das Einströmen polnischer Elemente könnte wohl die Lebensbedingungen mancher Betriebe verbessern, würde zugleich aber den Lebensstandard der einheimischen Arbeiter in unerwünschter Weise drücken und somit eine verstärkte Abwanderung der deutschen, heimatberechtigten Kräfte bewirken. Polen behauptet weiter, die Provinz billiger als das Deutsche Reich mit *Kohle und Industrieerzeugnissen* versorgen zu können. Ostpreußen kommt es aber darauf an, neben der Landwirtschaft auch das heimische Gewerbe zu stärken, woran Polen im Interesse seiner Ausfuhr nichts gelegen ist. Es ist zudem recht fraglich, ob Ostpreußen mit polnischen Industrieerzeugnissen wirklich besser als mit reichsdeutschen versorgt werden kann, da es ja kaum einen Gewerbezweig in Polen gibt, der ganz ohne staatliche Hilfe mit seinen Erzeugnissen auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig ist. Kohle könnte Polen zurzeit allerdings billiger nach Ostpreußen, wenigstens in dessen südliche Gebietsteile, liefern; aber auch nur solange, als das ostdeutsche Verkehrsnetz noch nicht so ausgebaut ist, wie es den Erfordernissen der neuen Grenze entspricht und nur solange, als es sich die polnischen Bahnen leisten können, Verlustbetriebe zu sein und als im polnischen Bergbau noch Löhne gezahlt werden, die um ein Drittel und mehr unter den Lohnsätzen Deutsch-Oberschlesiens liegen.

Die Tatsache, daß Polen an Ostpreußen grenzt, bedeutet noch lange nicht, daß es auch dessen natürliches Hinterland ist. Das eine ist ein geographischer, das andere ein wirtschaftspolitischer Begriff. Unmittelbare Nachbarschaft kann ebensogut enge wirtschaftliche Verbundenheit wie scharfe wirtschaftliche Konkurrenz bedeuten. Wenn zwei Gebiete aneinandergrenzen, von denen das eine vorwiegend Agrar-, das andere überwiegend Industriegebiet ist, so kann man von ihrer wirtschaftspolitischen Verbindung Vorteile für beide Teile erwarten. Wenn aber beide Gebiete, wie es bei Polen und Ostpreußen der Fall ist, die gleiche wirtschaftliche Struktur aufweisen, dann wird bei einer Aufhebung der handelspolitischen Schranken immer eines der Leidtragende sein. In der Landwirtschaft, für die trotz aller Fortschritte der wissenschaftlichen Bodenkultur, das „Gesetz des abnehmenden Bodenertrages" noch seine Geltung besitzt, weisen in Krisenzeiten die Betriebe die größte Widerstandsfähigkeit auf, die die geringsten Betriebsmittel aufwenden. Buchführungsergebnisse beweisen, daß in Ostpreußen heute mit der Höhe des Betriebsaufwandes der Betriebsgewinn sinkt bzw. der Betriebsverlust wächst, daß also die extensiven Betriebe widerstandsfähiger sind. *Eine intensive Landwirtschaft, wie sie Ostpreußen besitzt, hätte heute wenig Aussicht, erfolgreich mit der polnischen Landwirtschaft zu konkurrieren,* die mit weniger Betriebskapital und geringeren Löhnen wirtschaften kann. Die „Gaz. Olszt." sagt zwar: „Wenn die ostpreußische Landwirtschaft nicht zugrunde gegangen ist, als man landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Rußland einführte, dann wird sie auch jetzt bei der Einfuhr aus Polen nicht zugrunde gehen." Dabei wird nicht berücksichtigt, daß die ostpreußische Landwirtschaft heute unter ganz anderen Bedingungen leben muß als in der Vorkriegszeit. Damals wurde in der ostpreußischen Landwirtschaft immerhin noch ein Reingewinn von etwa 4½ v. H. erzielt; heute arbeitet ein großer Teil der Betriebe seit Jahren mit hohem Verlust. Die Weltmarktpreise für Getreide sind gegen früher im Verhältnis zum Preisniveau der Industrieerzeugnisse beträchtlich gesunken. Die Verkehrslage der Provinz hat sich erheblich verschlechtert; Handel und Industrie, die kaufkräftige ortsnahe Abnehmer sein könnten, liegen danieder. Wenn eine Intensivierung erreicht werden soll, die der Konkurrenz einer extensiven Bodenbewirtschaftung gewachsen sein soll, dann darf keine Wirtschafts- und Zollpolitik getrieben werden, die den Fortgang der Intensivierung aufhält oder verhindert und über kurz oder lang zur Einführung ähnlicher Extensivmethoden zwingt, wie man sie noch im benachbarten Kongreßpolen trifft.

Wie den Danzigern, so stellen die Polen auch den Ostpreußen in Aussicht, daß das Land an dem zu erwartenden allgemeinen Wirtschaftsaufschwung Polens teilnehmen werde. Wir wollen den Polen den Optimismus, mit dem sie ihre eigene wirtschaftliche Zukunft betrachten, gewiß nicht verübeln. Das, was bisher geschehen ist, genügt allerdings nicht, um das notwendige Vertrauen zu der von Krise zu Krise gleitenden Volkswirtschaft Polens zu wecken. Die ewig selbstzufriedene Wirtschaftspropaganda hat an dem vorhandenen Mißtrauen der ausländischen Geldgeber bisher nur wenig geändert. Es ist ja bekannt, daß gar manche polnische Industrie ihr Dasein und ihre Blüte außerordentlichen Glückszufällen verdankt, die kaum wiederkehren werden, und daß sie ohne die großzügigen staatlichen Subventionen, die sich mit einer geordneten Finanzpolitik nicht vertragen und die außerordentlichen Tarifbegünstigungen, die auf die Dauer nicht durchzuhalten sind, nur schwer zu leben vermag. Wenn Polen aber keine Belebung des ostpreußischen Handels und keine billigeren Waren ins Land bringen kann, wenn es dagegen die Landwirtschaft, diese Grundlage des ostpreußischen Wirtschaftslebens, in ihrem Bestande bedroht und in die Provinz den sozialen Tiefstand seiner Arbeiterklasse und die Gehässigkeit seines Nationalitätenkampfes einführen will — welchen Grund soll angesichts einer solchen Zukunftsaussicht die ostpreußische Bevölkerung haben, ihr Schicksal der polnischen Überfremdung anzuvertrauen? Die Polen können versichert sein, daß zeitweilige Opfer und Entbehrungen den Ostpreußen nicht kleinmütig machen und daß das deutsche Volk noch Kraft genug besitzt, der Schwierigkeiten Herr zu werden, die ihm ein mißgünstiger Nachbar bereitet. Trotz der Schwarzfärberei der „Gaz. Olszt." *hofft Ostpreußen auf wirksame Hilfe vom Reich und besitzen seine Bewohner mehr Selbstvertrauen und Zukunftsglauben als den Polen lieb zu sein scheint.* Trotz der Entrüstung des Polenblättchens bleibt es dabei, daß die *Wiedergewinnung der abgetretenen Gebiete die beste Osthilfe und unser Zukunftsziel ist.* Dr. K.

Die verdrängten Ostmärker und die einheimische Bevölkerung

Durch die Bestimmungen des Versailler Diktats ist ein kaum tragbares Elend für die Hunderttausende von deutschen Familien hereingebrochen, die zum Teil schon seit Jahrhunderten in den früheren Provinzen Posen und Westpreußen wohnten und von den Polen durch Gewaltakte, Drohungen und allerhand Schikanen von den Besitzungen vertrieben wurden, die durch ihrer Hände Fleiß und Arbeit zur Blüte gebracht worden waren. Diese bedauernswerten Landsleute, die in den früher preußischen Provinzen im Wohlstande lebten, waren genötigt, ihre Besitzungen, wenn sie ihnen nicht gewaltsam genommen wurden, vielfach für ein Butterbrot zu verschleudern und sich im deutschen Vaterlande unter ungünstigen Bedingungen eine neue Existenz zu gründen. Zahlreiche Gemeinden und Städte, wie Frankfurt a. O., Küstrin, Landsberg a. W., Köslin u. a., haben es für ihre Ehrenpflicht gehalten, ihnen hilfreich zur Hand zu gehen; sie haben sich hierdurch den Dank von ganz Deutschland erworben. In einzelnen Gemeinden aber, namentlich auf dem platten Lande, wurden die *Verdrängten als Eindringlinge angesehen.* Sie werden als „Polacken" beschimpft, sie wurden gehänselt und bedroht, und so ist es zu einer *gerichtlichen Verhandlung* vor dem Schöffengericht in *Frankfurt a. O.* gekommen, die am 3. Dezember 1929 stattgefunden hat. Hier handelte es sich um den früheren Eigentümer Friedrich Cujas, der selbst und mit ihm vier erwachsene Söhne auf der Anklagebank Platz nehmen mußte, weil ihnen von der Staatsanwaltschaft gemeinschaftliche und mit einem gefährlichen Werkzeug begangene Körperverletzungen zur Last gelegt wurden. Der Vater *Friedrich Cujas* stammt aus einer alten deutschen, evangelischen Familie. Er besaß ein Grundstück in Radegosch bei Birnbaum, das er mit Hilfe seiner Kinder erfolgreich bewirtschaftete. Infolge der fortdauernden Bedrohungen und Schikanen der Polen verkaufte der Vater das Grundstück für den Spottpreis von rund 490 *M* an einen Polen, wanderte nach Deutschland aus und fand nach vielen vergeblichen Reisen endlich am 1. Januar 1925 eine Wohnung als Gutsarbeiter auf einem Rittergut in der Nähe von Reppen. Hier arbeitete er mit seinen Kindern, erwarb sich durch Fleiß und Tüchtigkeit bald das Wohlwollen und die Anerkennung seiner Herrschaft und wurde von dieser gelobt und ausgezeichnet. Diese bevorzugte Stellung muß wohl den Neid und die Mißgunst der einheimischen Bevölkerung erregt haben. Obwohl die Familie Cujas jede Streitigkeit zu vermeiden und mit den Einheimischen in Frieden zu leben suchte, wurden die Familienangehörigen als Polacken beschimpft, und als am 22. Juli 1929 in der dortigen Gastwirtschaft der neugebaute Tanzsaal durch eine Festlichkeit eingeweiht wurde, kam es am Abend zu Tätlichkeiten. Bereits am Tage hatte ein einheimischer Arbeiter gesagt, heute werde er es „den Polacken" geben, und als einer der Ostmärker sich mit der Frau eines einheimischen Arbeiters ganz friedlich unter-

hielt, fielen die einheimischen Arbeiter über die Ostmärker her, und diese waren gezwungen, in Notwehr die Angriffe abzuwehren. Der Vorfall gelangte zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft, und da vier einheimische Arbeiter übereinstimmend den Vorfall so darstellten, als wenn die Ostmärker die Angreifer gewesen seien, erhob die Staatsanwaltschaft gegen den Vater Friedrich Cujas und gegen seine vier Söhne Anklage wegen gemeinschaftlicher und gefährlicher Körperverletzung. Auch bei der Hauptverhandlung hielten die einheimischen Arbeiter ihre belastenden Aussagen aufrecht. Es war aber dem Verteidiger der Angeklagten, Herrn Rechtsanwalt Dr. Untersänger, gelungen, die Vernehmung glaubwürdiger Entlastungszeugen durchzusetzen, und als von diesen sogar der ganz unparteiische Oberlandjäger den Sachverhalt dahin richtigstellte, daß nicht die Ostmärker, sondern die einheimischen Arbeiter die Angreifer gewesen waren, überzeugte sich die Staatsanwaltschaft von der Unschuld der Angeklagten, und das Gericht beschloß, das Verfahren gegen die Angeklagten einzustellen und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen.

Es kann deshalb allen ostmärkischen Verdrängten nur geraten werden, ihre Rechte gegenüber der einheimischen Bevölkerung energisch wahrzunehmen.

Vielfach wird der Neid der einheimischen Bevölkerung dadurch erweckt, daß die Ostmärker eine Entschädigung erhalten. Diese Entschädigung ist aber nur tropfenweise gewährt und steht zu den Verlusten der Flüchtlinge in gar keinem Verhältnis, und wenn nun von der einheimischen Bevölkerung gesagt wird, daß auch sie infolge der Inflation große Verluste gehabt habe, so wird hierbei verkannt, daß die ostmärkischen Flüchtlinge alles verloren haben: ihr Grundstück, das Haus, das Geschäft, die Stellung und den größten Teil des Besitzes, daß dagegen die einheimische Bevölkerung ihren Besitz im wesentlichen behalten hat.

Hoffentlich haben diese Zeilen den Erfolg, daß diese gegenseitigen Mißhelligkeiten immer mehr schwinden und daß die Einheimischen und die verdrängten Ostmärker immer mehr in Frieden zusammenarbeiten zum Wohle unseres gemeinsamen, unglücklichen Vaterlandes. V.

Von den Polen in Deutschland.

Polnische Landkäufe im Kreise Bomst. — Beschwerde beim Völkerbund?

Die kürzlich in der „Märk.-Pos. Ztg.", Meseritz, ausgesprochene Befürchtung, daß es den Polen dank der ihnen reichlich zur Verfügung stehenden billigen oder gar zinslosen Kredite ihrer Volksbanken gelingen werde, weiteres Land aus deutscher Hand zu kaufen, ist im Kreise Bomst bereits Tatsache geworden. Prinz Bernhard zur Lippe hat von seinen ausgedehnten Ländereien bis jetzt 5 Parzellen in einer Gesamtgröße von 150 Morgen an polnische Landwirte in Neukramzig verkauft. Demnächst sollen noch weitere 440 Morgen des Rittergutes Woynowo aufgeteilt werden, für die als Käufer ebenfalls Polen in Betracht kommen. Erst kürzlich sind auch in der Stadt Bomst mehrere Grundstücke von bis dahin ganz mittellosen Polen angekauft worden. Die ganze mühevolle anderweitig geleistete Deutschtumsarbeit wird durch die polnischen Landkäufe illusorisch gemacht. Mehrere in Deutschland erscheinende Polenblätter schlagen Lärm, weil die Polen von Groß-Dammer angeblich am Ankauf von Parzellen des benachbarten Gutes verhindert worden sind, und kündigen an, daß vor die Januartagung des Völkerbundsrates „mehrere für die gesamte polnische Bevölkerung in Deutschland bedeutsame Beschwerden des Polenbundes in Sachen der Erschwerungen beim Landerwerb" gebracht werden sollen. Bei der Aufteilung des Gutes Groß-Dammer durch eine Landsberger Firma soll nach polnischer Darstellung den polnischen Käufern die Genehmigung versagt worden sein. Das trifft schon deshalb nicht zu, weil mit Polen überhaupt keine Kaufverträge, sondern nur Vorverträge abgeschlossen worden sind. Nicht die Behörde hat die Genehmigung zur Auflassung versagt, sondern eine private Firma hat das Land von sich aus an deutsche Käufer vergeben. Nicht eine staatliche Siedlungsgesellschaft hat Groß-Dammer aufgeteilt, sondern ein privates Unternehmen, das sich weder von den Polen, noch vom Völkerbund Vorschriften darüber machen zu lassen braucht, mit wem es seine Geschäfte abschließt. So anmaßend sind die Polen in Deutschland schon geworden, daß sie die Selbstbehauptung der deutschen Grenzbevölkerung als eine gewalttätige Bedrohung ihrer „Rechte" hinstellen und mit ihrer verärgerten Agitation selbst vor den Völkerbund gehen.

Das Verhalten des Prinzen Bernhard zur Lippe, eines Bruders des letzten regierenden Fürsten zu Lippe, kann nicht scharf genug verurteilt werden. Gewiß geht es den deutschen Landwirten heute nicht gut und sie müssen sehen, wie sie zu Gelde kommen. Aber das entschuldigt nicht den systematischen Verkauf deutschen Besitzes an Polen, weil diese in der Lage sind, das Vierfache des Preises, den ein deutscher Erwerber anlegen könnte, zu bezahlen. Derartige Überbezahlungen kann sich weder ein deutscher Landwirt leisten, noch kann Preußen oder das Reich aus öffentlichen Mitteln einen solchen Unterschied im Preise bezahlen. Das würde zu gänzlich unhaltbaren Verhältnissen auf dem Gütermarkte, im Kredit- und im Siedlungswesen führen. Wenn das Siedlungswesen gesund bleiben soll, so darf der Erwerber für die Stelle nicht mehr bezahlen, als ihrem derzeitigen Verkehrswert entspricht. Nicht nur in der Ostmark, sondern überall ergeben sich aus dem Besitz deutschen Bodens auch moralische Pflichten, in der Ostmark aber sind solche Pflichten doppelt groß. Es ist eine glatte Unmöglichkeit, daß in Polen nicht nur der Erwerb von Grund und Boden durch Deutsche dauernd unmöglich gemacht, sondern das Deutschtum jahraus jahrein in steigendem Maße von der Scholle vertrieben wird, während deutsche Großgrundbesitzer in Deutschland Land zu Überpreisen an Polen verschachern. Ein solch unerhörter Mißstand darf unter keinen Umständen einreißen. Wir begrüßen es daher, daß die preußischen und Reichsbehörden den bisher getätigten Verkäufen die Genehmigung versagen und weitere derartige Verkäufe unmöglich machen wollen. Wir hoffen, daß dazu die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ausreichend sind. Ist das nicht der Fall, dann muß die Möglichkeit zu erfolgreichem Eingreifen dieser Art durch neue Maßnahmen geschaffen werden.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtags **interpellierte am 8. Januar der deutschnationale Abg. Dr. v. Winterfeld den Landwirtschaftsminister wegen der Aufteilung des Gutes Woynowo** und fragte u. a., weshalb der Abverkauf von Teilflächen an polnische Bauern genehmigt worden sei. Wenn die polnischen Bauern auch im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit seien, so seien sie doch der Abstammung nach Polen, sprächen Polnisch und schickten ihre Kinder in die polnische Minderheitsschule. Es bestehe die Gefahr, daß auf dem Gebiet von Woynowo neue polnische Siedlungen entständen, was vom deutschen Standpunkt aus sehr bedenklich sei. — Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärte hierzu, daß seit etwa drei Jahren dauernd geprüft sei, ob die Herrschaft Woynowo im ganzen oder teilweise für die Forst- und Domänenabteilung verwendet oder auch landwirtschaftlich besiedelt werden könnte. Es sei deswegen auch mit verschiedenen Siedlungsgesellschaften verhandelt worden. Alle Bemühungen seien jedoch am Preis und an der Bodenbeschaffenheit gescheitert. Eine Abweichung von dem Grundsatz des Rentabilitätsprinzips sei besonders wegen ihrer Rückwirkung auf die Ankaufspolitik der Siedlungsunternehmungen nicht zu verantworten gewesen. Der Eigentümer habe dann Teile des Gutes an Landwirte aus den Dörfern Kramzig und Neukramzig verkauft, die ihre eigenen kleineren Wirtschaften vergrößern wollten. Den Kaufverträgen dürfe schon aus ernährungswirtschaftlichen Erwägungen die gesetzliche Genehmigung nicht verweigert werden, denn nach den Berichten der zuständigen Behörde der Provinz handele es sich bei den Erwerbern um fleißige und tüchtige Landwirte, die fraglos aus dem Boden mehr Erträge herauswirtschaften würden, als dies bei dem Gutsbesitzer möglich sei. Von unangemessen hohen Preisen, die die Käufer bezahlt haben sollten, könne keine Rede sein. Die Preise hielten sich vielmehr durchaus im Rahmen dessen, was bei einer Anliegersiedlung für einen Erwerber wirtschaftlich tragbar sei. Zur nationalpolitischen Seite betonte der Minister, daß es sich bei den Erwerbern um fleißige deutsche Staatsbürger handele, die sich zwar überwiegend der polnischen Sprache bedienten, bislang aber in keiner Weise gegen die staatlichen Vorschriften verstoßen hätten und deren Benachteiligung daher in den Gesetzen keine Stütze finde. Die gegen die Staatsregierung erhobenen Vorwürfe seien in jeder Beziehung unberechtigt.

Nach dieser Aufklärung muß man annehmen, daß die früheren Zeitungsmitteilungen richtig sind, wonach Landrat Meibom in Meseritz und Oberpräsident v. Bülow in Schneidemühl den Landverkauf an Polen nicht genehmigt haben, die Genehmigung aber vom Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erteilt worden ist. Über die Gründe seines Verhaltens hat der Minister nunmehr dem Landtag Aufklärung gegeben. Er glaubt also, keine gesetzliche Handhabe zu einem solchen Verbot zu haben. Merkwürdigerweise war aber in einer halbamtlichen Veröffentlichung betont worden, daß eine frühere Verordnung über die Genehmigungspflicht beim Verkauf von Grundstücken noch bestehe und die Wahrung der deutschen nationalpolitischen Interessen möglich mache. Wie steht es damit? Hat Herr Dr. Steiger recht, dann müssen eben gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des deutschen Grundbesitzes in der Ostmark geschaffen werden. Es ist nicht einzusehen, warum nicht auch Deutschland eine Grenzzonen-Schutzverordnung schaffen kann, so gut wie sie Polen geschaffen hat. Richtig ist also, daß Prinz Bernhard zur Lippe seinen Besitz zunächst dem Landwirtschaftsministerium angeboten hat, und zwar schon vor zwei Jahren. Wenn der vom Prinzen Bernhard zur Lippe geforderte Preis nicht übertrieben, sondern angemessen war, wie Herr Dr. Steiger überraschenderweise jetzt betont, so ist nicht verständlich, warum dann nicht das Land deutschen Ansiedlern, von denen Tausende nach Land schreien, zugeführt wurde. Selbst wenn Herr Dr. Steiger, wie es scheint, einen Unterschied macht zwischen angemessenen Preisen für Anliegersiedlung und solchen für neue Siedlungen, so kann der Unterschied doch unmöglich so groß sein, daß die nationalpolitischen Gesichtspunkte, die in der Grenzmark Posen-Westpreußen handgreiflich vorliegen, demgegenüber nicht ausschlaggebend sein konnten. Das letzte Wort über die Angelegenheit darf damit noch nicht gesprochen sein. Es muß unter allen Umständen Wandel geschaffen werden. Kein deutscher Großgrundbesitzer darf Polenkolonien an der Ostgrenze schaffen oder stärken helfen!

Neues aus Polen.

Die neuen Männer in der Regierung.

Der neue Innenminister Henryk Jozewski ist in Kiew geboren, hat dort studiert, war während des Krieges Mitglied und zeitweilig Kommandant der polnischen Verschwörung in der Ukraine. Im Jahre 1919 gehörte er als Vizeminister für polnische Angelegenheiten der Petljura-Regierung an. Nach dem Rigaer Frieden siedelte er nach Warschau über, wo er sich politisch und als begabter Landschaftsmaler betätigte, und ließ sich später auf einem ihm als ehemaligem Militär zugewiesenen Landanteil bei Krzaminniec in Podolien nieder. Nach dem Maiumsturz berief Bartel ihn als Stellvertreter und später als Chef des Präsidialbüros im Ministerialpräsidium. Im Juli 1928 wurde Jozewski zum Wojewoden von Wolhynien ernannt.

Der neue Leiter des Justizministeriums, Felix Dutkiewicz, wurde in Lublin geboren; dort besuchte er das Gymnasium, studierte in Warschau und Dorpat; 1894 wurde er wegen Teilnahme an der polnischen Unabhängigkeitsbewegung nach Sibirien verbannt; bald nach seiner Rückkehr wurde er zum zweiten Male verschickt. Er erhielt eine Schreiberstelle im Friedensgericht, studierte Jura und trat in den russischen Gerichtsdienst ein. Er war zuerst in Irkutsk (Sibirien), dann in Kischinew (Beßarabien) tätig, wo er sich eine angesehene Stellung unter den Polen des Landes erwarb. Nach der Errichtung des polnischen Staates beteiligte er sich an der Organisierung des polnischen Gerichtswesens, wurde Vizepräses des Warschauer Kreisgerichtes, dann Vizepräses und Präses des Appelationsgerichtes in Warschau. Während der Regierung Grabskis war er eine Zeitlang Unterstaatssekretär im Justizministerium.

Der neue Minister für öffentliche Arbeiten, Prof. Maximilian Matakiewicz, ist 1875 in Wiepolomice bei Krakau geboren, besuchte die Mittelschule in Krakau, studierte am Bamberger Polytechnikum und beschäftigte sich dann vor allem mit dem Wasserbauwesen im Auslande. In Lemberg hatte er einen Lehrstuhl für Wasserbau inne, war 1919/20 Rektor des dortigen Polytechnikums, 1927 kurze Zeit Regierungskommissar der Stadt Lemberg. Prof. Matakiewicz ist ein angesehener Fachmann des Wasserbauwesens; mehrere seiner fachwissenschaftlichen Bücher sind in fremde Sprachen übersetzt. Vom aktiven politischen Leben hielt er sich bisher fern.

Der neue Leiter des Landwirtschaftsministeriums, Viktor Lesniewski, ist in Warschau geboren, studierte in Petersburg und lebte später wieder in Warschau; zur Zeit der deutschen Okkupation trat er in das „aktivistische“ Ministerium ein und arbeitete sich dort bis zum Unterstaatssekretär empor.

Das neue Kabinett, in dem Pilsudski nach wie vor das Kriegsministerium innehat und Zaleski Außenminister geblieben ist, zählt wie das bisherige außer dem Regierungschef 13 Minister; es wurde am 31. Dezember um 13 Uhr vom Staatspräsidenten vereidigt. Damit ist die Glückszahl Pilsudskis, die 13 (und umgekehrt 31), wieder einmal zu ihrem Recht gekommen. Dr. Czerwinski ist Kultusminister, Oberst Matuszewski Finanzminister, Ingenieur Kwiatkowski Handelsminister, Kühn Verkehrsminister, Boerner Postminister, Staniewicz Agrarreformminister und Prystor trotz des Widerspruchs der Linken Arbeitsminister geblieben.

Die Haltung der deutschen Minderheit.

Es ist sehr fraglich, ob die neue Regierung, von der man sich eine Entspannung der innenpolitischen Lage verspricht, auch eine Milderung des gegen die Minderheiten gerichteten Druckes bringen wird. Der neue Innenminister Jozewski hat als Mitglied der Petljura-Regierung wie als Wojewode von Wolhynien eine ukrainerfreundliche Haltung bewiesen. Allerdings war diese Haltung nicht minderheitenpolitisch, sondern außenpolitisch bedingt. Sie war nicht aus Freundschaft zu den Ukrainern, sondern aus der Absicht entstanden, in der Sowjetunion eine ukrainische Irredenta großzuziehen, um das Land von Moskau loszulösen und in Abhängigkeit von Polen zu bringen. Das Urteil der deutschen Minderheit über die Regierung Bartel wird sich vor allem danach richten, wie diese sich zu der Not des oberschlesischen Deutschtums stellt, ob sie endlich den Terroristen Grazynski von seinem Wojewodenposten entfernt und dem Lande seine Selbstverwaltung wiedergibt.

Grazynski bleibt; das ist ein böses Zeichen. Die Erwartungen und Befürchtungen, die das Deutschtum in Polen mit der neuen Regierung verbindet, hat im Sejm der deutsche Abgeordnete Rosumek in längerer Rede zum Ausdruck gebracht. Er erinnerte an eine Erklärung Professor Bartels aus dem Juli 1926, in der dieser versicherte, seine Regierung werde keine Schmälerung der Minderheitenrechte dulden, da seiner Ansicht nach „die Bekämpfung polnischer Bürger wegen ihrer Religion oder Sprache dem polnischen Geist widerspricht“. Trotz dieser gut klingenden Worte müsse aber festgestellt werden, so führte der deutsche Abgeordnete aus, daß sich die Lage der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahren noch bedeutend verschlechtert habe und daß den Ortsbehörden namentlich im Kampf gegen das deutsche Schulwesen jedes Mittel recht sei. Im Jahre 1927/28 seien in Posen-Pommerellen 54 v. H. der deutschen Kinder, 1927/28 schon 62 v. H. gezwungen gewesen, in polnische Schulen zu gehen; in Kongreßpolen seien drei Viertel der deutschen Schulen geschlossen. Rosumek schloß mit den Worten: „Wir sehen in der Regelung des Minderheitenproblems in Polen eine der wichtigsten Aufgaben, die der polnischen Regierung gestellt sind. Täuschen Sie sich nicht darüber hinweg, daß von einer gerechten Lösung dieses Problems zum großen Teil die Stabilisierung und Konsolidierung des polnischen Staates abhängt. Für die Stellung der Deutschen Fraktion der Regierung gegenüber ist die Stellung der Regierung zu diesem Problem ausschlaggebend.“

„Der Deutsche bleibt der Feind.“

Der 11. Jahrestag des Posener Aufstandes (27. Dezember) wurde in Posen wieder durch einen Zapfenstreich der Verbände der Aufständischen unter Beteiligung von polnischen Militärkapellen begangen. Abends fand eine Festversammlung statt, die ihren Höhepunkt in einer Rede des Kanonikus Prondzynski erreichte. Der Redner rief die Versammlung zur Pflege des nationalen Geistes auf, damit das polnische Volk sich „den Angriffen des westlichen Feindes“ widersetzen könne: der Deutsche sei und bleibe dieser Feind.

Diese Aufrichtigkeit ist ja sehr lobenswert, nur soll man dann nicht immer wieder die Schuld an dem feindseligen Verhältnis zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung den Deutschen zuschieben, sondern da suchen, wo sie gesucht werden muß, bei den Polen.

Deutschtumsnot in Polen.

Polnische Silvesterfeier.

Am Silvesterabend wurden mehrere der bunten Altarfenster der Christuskirche in Posen während der Jahresschlußfeier von unerkannten Tätern eingeworfen. Auch ein Marienbild wurde erheblich beschädigt. Es ist nicht das erstemal, daß die wertvollen Fenster unter der Zerstörungslust polnischer Elemente zu leiden haben. Nachdem die Kirchengemeinde mit erheblichem Aufwand die schon früher zerstörten Fenster hatte erneuern lassen, wurden im Februar 1929 einmal drei polnische Burschen ertappt. Da sich die Väter bis auf einen weigerten, den von ihren Söhnen angerichteten Schaden zu ersetzen, erstattete der Kirchenrat Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Bis heute ist aber ein Verfahren gegen die einwandfrei festgestellten Täter nicht eingeleitet worden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist kaum anzunehmen, daß die neue Heiligtumsschändung die Staatsanwaltschaft aus ihrer Ruhe wird aufstören können.

Eine polnische „Berichtigung“.

Die Polen haben zu der Verhaftung des Prälaten Kaller in Dirschau, über die wir in Nr. 51 berichteten, eine amtliche Darstellung gegeben, die gegenüber den ausdrücklichen Feststellungen des hohen Geistlichen die Behauptung des korrekten und höflichen Verhaltens der Grenzbeamten aufrechterhält. Der Raum, in den Prälat Kaller gebracht wurde, soll demnach die gut geheizte, mit Tür und Fenster versehene Zollrevisionshalle gewesen sein; dem Festgenommenen sei ein Sitzplatz zugewiesen und ihm die Möglichkeit gegeben worden, sich durch Lektüre die Wartezeit zu verkürzen usw. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß das Zentrum kaum eine Interpellation im Reichstag eingebracht und die Reichsregierung noch weniger einen amtlichen Schritt in Warschau unternommen haben würde, wenn sich die Festhaltung Kallers nicht unter den unwürdigen und beleidigenden Umständen vollzogen hätte, wie sie in der deutschen Presse dargelegt worden sind. Den Polen ist das allgemeine Aufsehen, das ihre schikanöse Behandlung der Korridorreisenden erregt hat, unbequem geworden; sie greifen daher zu ihrer besten Waffe: sie streiten alles ab und spielen sich als die Beleidigten auf, denen durch die deutsche Beschwerde Unrecht geschieht.

Schulräume gekündigt.

Das „Pommereller Tageblatt“ berichtet, daß der Magistrat der Stadt Dirschau am 31. Dezember dem deutschen Schulverein die für die Zwecke des deutschen Progymnasiums gemieteten Räume im evangelischen St.-Georgs-Hospital zum 1. Juli 1930 gekündigt hat. Der deutsche Schulverein hatte diese Räume auf zehn Jahre gepachtet; seit anderthalb Jahren steht er mit dem Magistrat in Verhandlungen, um eine Neuverpachtung zu erreichen. Ohne Erfolg. Das deutsche Progymnasium wird also vom Juli d. J. an ohne Schulräume sein. Die deutschen Eltern sind wieder um eine Sorge reicher geworden.

Ostland-Kultur

Beilage zum „Ostland", Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. V.

Nr. 2. – 11. Jahrg.	Nach Ostland wollen wir reiten!	10. Januar 1930.

Dem Gedenken des Überganges deutschen Ostmarkbodens an Polen vor 10 Jahren.

Uebergang der Ostmark an Polen.

Wir übernahmen eine Wüstenei
Und übergeben einen Rosengarten!

Einst war dies Land nur eine wüste Brache,
Wo keine Ähre schwankt' auf hohem Halm,
Wo nur die wilden Wucherblumen fraßen
Und Unkrautgräser dieser Erde Saft,
Wo selten nur des Holzpflugs Spuren strählten
Des trägen Ackers krautverfilzten Balg,
Auf dem sich magre Rinder mühsam nährten,
Der keines Obstbaums saft'ge Wurzel barg,
Wo in der Dörfer enger, niedrer Kate
Ein schen Geschlecht in Schmutz und Elend ging,
Wo in der Städte dunklen, dumpfen Hütten
Des schwarzen Todes fauler Odem hing:
Wir übernahmen eine Wüstenei.
— — — — — — — — — — — —

Jetzt stehen wohlgefügt die hellen Häuser,
Ein würdig Heim der Menschen, in der Stadt.
Es prangen frei und stolz die Gottestürme,
Der hohen Säulen schlanke Zierde ragt.
Es schreiten durch der Häuser lange Zeilen
Gemächlich, blank und breit die Straßen hin
Und ruhn an wohlgezierten Blumenplätzen.
Rings um die Stadt der kräft'gen Landbewohner
Gar schmuckes Haus mit reinlichem Gehöft!
Dort wogt das Wellenmeer des goldnen Korns,
Und der Kartoffel grüne Standen stehn
In langgestreckten, schnurgeraden Reihen.
Dort treibt des Gartens Saft die süßen Früchte;
Des wohlgepflegten Forstes Föhre rauscht.
Und drüber lacht die helle Spendesonne;
Der Wind, der fruchtende, ein Preislied harft
Von Bürger- und von Bauernschaffenskraft.

Wir übergeben einen Rosengarten
Und übernahmen eine Wüstenei.

Paul Dobbermann,

✶

Abschied.

Abschied, der große Abschied.

Westposen, Nordposen, das Weichselland bis zum Meer, von Schlesien bis Pommern und Preußen — schrei' auf Herz, schrei', schrei', daß Enkel und Enkelsenkel es hören, schrei' es den Völkern ins Ohr, schrei' es zu Gott, daß die Lüge gesiegt hat, der Neid, die stumpfe, dumme Gier! Daß deutsches Land nicht durch Recht und Kraft allein, nein, durch die Liebe an unser Volk gekettet, einer Hölle überantwortet wird! Schrei' aus, was sie Gerechtigkeit nennen: es ist Raub und Schändung des Heiligsten! Darf man Menschen ihre Heimat nehmen?

Man darf es; was darf man nicht in dieser Zeit der Verwirrung! Es wird die spätesten Geschlechter ein Grausen fassen, wenn sie die Sage vom verlorenen Ostland hören. Eine Sage, so werden sie lächeln. Aber es ist blutende Wirklichkeit.

Warthe, Weichsel, Netze, Brahe, Memel, was braust ihr für ein Lied?

Ein Lied der endlosen Qual, ein Totenlied.

Aber die Tränen der Mütter und Kinder versiegen nicht. Sie bleiben, ja, sie bleiben. Sie werden ein Meer, grundlos tief; mit seinen Wellen spielt der Sturm den wilden Tanz. Du wirst versiegen, Meer der Ostlandtränen, an dem Tage, da die Heimat wieder deutsch.

In der Brust der Männer und Knaben brennt ein Feuer. Wann löschst du dieses Feuer, Gott? Wann darfst du es löschen?

Wenn du ihr Gott wirst, deine Hütte bei ihnen, sie dein Volk.

Dann sinkt das Feuer in Asche; dann ist das Ostland frei ...

— — — — — — — — — — — — — — —

Abschied, Abschied. Mitten im Winter. Wie tut der Abschied weh!

Abschied, ihr Städte, Dörfer, Äcker, Forsten, geschirmt und geschützt, nun hingeworfen, fort, zum Kehricht. Abschied in Eis und Schnee, sonnenlos.

Abschied, ihr Gräber, ihr lieben Gräber! Nun sei der Oststurm euer Gefährte; er greift in den dunklen Efeu, daß die Keime erschauern, da keine Hand sie streichelt ... Und ihr darunter, schlaft, schlaft! Wißt ihr, daß ihr in fremder Erde schlaft? Fremde Erde — nein, nein! Eure, unsere, und wenn kein deutscher Laut hier klingt, kein deutscher Traum um diese Stätte träumt! Eure Erde, unsere, bis Gott der Herr sein Wort spricht: deutsch werde, was deutsch war!

Abschied, ihr Freunde! Da, dort, verstreut! Der Schicksalswind fuhr über die Welt. Lebt wohl, Kameraden!

Heimat, leb' wohl!

Heimat, ein Schwur: wir wollen Menschen guten Willens sein. Dann sehen wir uns wieder ...

— — — — — — — — — — — — — — —

In unsinniger Lust feiert Polen seine Auferstehung. Mummenschanz, Maskerade, Schnaps, sehr viel Schnaps!

Die deutschen Denkmäler geschändet, die deutsche Sprache verhöhnt. Firnis her, alles sei polnisch! „Noch ist Polen nicht verloren!"

Alles wird polnisch, in Tagen.

Die Straßen, die Inschriften, die Wirtschaft, der Schmutz. Eine Sintflut bricht über das arme Land.

Die polnischen Ulanen reiten ins Meer, in die Ostsee, dicht bei Danzig. Das Meer polnisch? Ja, auch das Meer, Land und Meer — bis — bis — Deutschland das Volk Gottes wird.

Sie möchten weiter, unbezähmbar. Bis Berlin, über Berlin, elbwärts, wie die Slawen der Völkerwanderung. Das Land erlösen! Sie haben Sinn für Spaß: das Land erlösen ... Lieber Gott!

Aber der Grenzschutz steht noch da, wartet. Deutschland ist auch noch da. Rußland aber liegt wie ein Tier auf der Lauer, sprungbereit.

So bleiben sie an den Versailler Grenzen. Für diesmal, denken sie. Erste Teilung Deutschlands ...

Franz Lüdtke.

Aus dem Roman: „Das Jahr der Heimat."
(Heinrich Wilhelm Hendriock Verlag, Charlottenburg 2.)

Nicht vergessen!

Zur Erinnerung an die entrissene Heimat.

Von **Fritz Rutschke**, Vorsitzendem der Ostbund-Ortsgruppe Schwiebus.

Mit müdem Klang hallten vor zehn Jahren die Weihnachtsglocken über die verschneiten Dächer der Gehöfte unserer Dörfer und Hauländergemeinden. „Friede auf Erden!“ sollte ihr Klingen bedeuten. Friede auf Erden? Nun ja, vier furchtbare Jahre blutigsten Völkerringens lagen hinter uns, Versailles hieß der letzte Akt der größten Tragödie aller Zeiten, aber als der Vorhang fiel, erlosch die Sonne über Deutschland.

Selbst die Glocken unserer lieben Kirche konnten ihren frohen, hellen Klang nicht wiederfinden. Wohl war die Kirche dicht gefüllt, als sie dann das neue Jahr 1920 einläuteten, wie immer in all den über hundert Jahren, seit die Kirche stand und die Glocken den Schall ihres ehernen Mundes hinaussandten über all die weitläufigen Gemeinden nach Nord und Ost, nach Süd und West. Treue, gläubige, deutsche Menschen sind es immer gewesen, die hier wohnten, die hier säten und ernteten seit Hunderten von Jahren, die sich verbunden fühlten mit ihrer Kirche genau so unerschütterlich wie mit ihrem Kreise und dem heiligen deutschen Vaterlande. Wie immer waren sie gekommen, aber

Und das Schicksal kam in seiner ganzen fürchterlichen, unfaßbaren Gestalt. Wir waren von „unserer“ Regierung im Stich gelassen. Wie Traumwandler gingen wir einher, als der Grenzschutz abziehen mußte, als polnische Truppen an einem grauen Januartage durch unsere Heimatfluren zogen, westwärts. Wir waren polnisch. — — —

Flüchtig verrinnt die Zeit. Zehn Jahre sind seitdem dahin gerauscht in dem nie wiederkehrenden Strome der Zeiten. Im ewigen Gleichmaß der Tage verblaßt so manche Erinnerung an glückliche und — traurige Zeiten, bis sie durch irgendein Erlebnis, eine Begegnung, ein Spiegelbild, das sich in unserer Seele verfängt, wieder hell aufleuchtet, Stirn und Wangen röten läßt. Manchmal aus Freude über frohe Jugendtage auf Heimatfluren, viel öfter aber aus Trauer und Grimm bei den Gedanken an angetanes Unrecht.

Aus Truhen und Schränken steigt sie manchmal empor, diese Erinnerung, schemenhaft, aus Bibel und Gesangbuch, aus dem Geruch der Kiefern, des blühenden Flieders und aus der verschneiten Landschaft.

Kundgebung der deutschen Regierung an die entrissene Ostmark (10. Januar 1920).

An die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverband ausscheidenden Landesteile!

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat uns wehrlos der Willkür der Gegner preisgegeben und legt uns unter dem Titel „Frieden“ die schwersten Opfer auf. Das Schwerste aber, das man uns aufzwingt, ist der Verzicht auf deutsche Gebietsteile im Osten, Westen und Norden. Unter Nichtachtung ihres Rechtes auf nationale Selbstbestimmung werden Hunderttausende deutscher Volksgenossen fremder Staatsgewalt unterstellt.

Deutsche Brüder und Schwestern!

Nicht nur in der Stunde des Abschieds, sondern immerdar wird die Trauer über diesen Verlust unsere Herzen erfüllen, und wir geloben euch im Namen des gesamten deutschen Volkes, daß wir euch nimmer vergessen werden. Auch ihr werdet das gemeinsame Mutterland nicht vergessen; dessen sind wir gewiß. Über die zerrissene Staatsgemeinschaft hinaus werden eure Herzen Treue halten der deutschen Stammes- und Kulturgemeinschaft, die der Nährquell eures geistigen Lebens war und jederzeit bleiben wird. Seien wir uns in dieser schweren Stunde des Verlustes des Köstlichsten bewußt, das uns als gemeinsames Gut bleibt, was keine fremde Macht uns rauben kann. Gemeinsam bleibt uns die Sprache, die uns die Mutter lehrte, gemeinsam die Wolke der Gedanken, der Worte, der Töne, der Bilder, in denen die großen Geister unseres Volkes nach dem höchsten und edelsten Ausdruck deutscher Kultur gerungen haben.

Mit allen Fasern unseres Denkens, unserer Liebe und unseres ganzen Seins bleiben wir verbunden. Was von unserer Seite geschehen kann, um euch die Muttersprache, die deutsche Eigenart, den innigen geistigen Zusammenhang mit dem Heimatland zu erhalten, das wird geschehen. Wie es schon, soweit Verhandlungen möglich waren, unsere vornehmste Sorge war, euch trotz der Trennung eure nationalen Lebensrechte zu wahren, so werden wir nicht aufhören, dafür einzutreten, daß die vertraglich gegebenen Zusagen gehalten werden. Unsere Schulen und alle unsere Einrichtungen für die Bildung des Geistes, für die Pflege der Wissenschaften und Künste sollen euch fernerhin wie bisher offenstehen. Herüber und hinüber soll jeglicher Austausch gepflegt und jedes seelische Band geschützt und gestärkt werden. Der unermeßliche und unversiegbare Schatz an geistigen Gütern, den das deutsche Volk besitzt, gehört euch mit. Seine nationale Bindekraft wird sich bewähren. Seit Jahrhunderten war es das Schicksal unseres Volkes, daß zahlreiche Deutsche außerhalb des deutschen Staatsverbandes unter fremder Herrschaft gestanden haben. Wo auch immer inmitten fremden Volkstums ihre Siedlungen standen, sie haben die deutsche Eigenart und den geistigen Zusammenhang mit dem Mutterland in den schwersten Zeiten bewahrt und die Kraft ihrer nationalen Kultur über weite Gebiete ausgestrahlt. Ihre Arbeit wird euch vorbildlich sein für die schwere Aufgabe, die ein herbes Geschick euch auferlegt.

Deutsche Herzen verzagen nicht, und deutscher Wille findet den Weg, sich zu behaupten. Seid gewiß, daß unsere Teilnahme, unsere Sorge und unsere heiße Liebe euch unverbrüchlich erhalten bleiben! In diesem gegenseitigen Vertrauen wollen wir in der schwersten Stunde der äußeren Trennung uns unserer unlösbaren inneren Gemeinschaft in erhöhtem Maße bewußt werden. Über alle Grenzpfähle hinaus bleibt das deutsche Volkstum ein einziges Ganzes. Seid stark mit uns in dem Glauben: das deutsche Volkstum wird nicht untergehen, aus der tiefen Trübsal dieser Tage wird es sich emporarbeiten, von der schwer errungenen freiheitlichen Grundlage aus wird es durch Entfaltung aller guten Kräfte den Aufstieg gewinnen zu höchster politischer, wirtschaftlicher und sozialer Kultur!

Volksgenossen! Mit der gewaltsamen Trennung ist euch und uns hartes Unrecht geschehen; das Recht der Selbstbestimmung ist der deutschen Bevölkerung versagt worden. Wir werden die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch euch eines Tages dieses Grundrecht zugesprochen werden wird. Darum wollen wir uns trotz alles Schmerzes voll Hoffnung und Zuversicht in dieser Abschiedsstunde zurufen: Treue um Treue! Für das Recht unseres Volkstums wollen wir miteinander einstehen allezeit und mit ganzer Kraft!

Berlin, am 10. Januar 1920.

Die Reichsregierung: Bauer. **Der Reichspräsident: Ebert.**

noch nie mit so ernsten Gesichtern wie diesmal. Nicht die Trauer allein war es um Väter, Gatten und Brüder, die irgendwo in den Vogesen, in Flandern, in den Steppen Rußlands oder unter der Glutensonne Mazedoniens in engen Soldatengräbern ruhten, die ihre Gesichter bang erstarren ließ. Dies Schicksal trug man ja gemeinsam mit Millionen deutscher Familien. Es ist noch etwas anderes: Hinter jedem steht Frau Sorge in grauem Gewande, die schwer ihre lastende Hand auf aller Schultern ruhen läßt. Was wird aus uns? Was ist wahr an den wilden Gerüchten, die umherspringen wie tolle, geifernde Hunde, immer wieder, immer wieder und die wissen wollen: wir sollen polnisch werden? Wir polnisch? Unsere Dörfer und Hauländereien, die meilenweit in der Runde deutsch sind und immer deutsch waren, in denen kaum jemand die Religion mit denen da hinten gemeinsam hat? „Ha, ein schlechter Witz, Nachbar! Glaub nicht an dieses Gerede. Das kann unsere Regierung nicht zulassen. General Hoffmann hat doch selbst gesagt, als er unlängst hier war: Wir bleiben deutsch! Und unser Grenzschutz steht, der läßt keinen Polen durch. Außerdem müßte ja auch erst abgestimmt werden, Wilson hat das verlangt. In Meseritz wird fieberhaft gearbeitet. Nein, ich glaube nicht an dieses Märchen, wir bleiben deutsch und bei unserem Kreise Meseritz.“

Aber andere wieder wollten es anders wissen, die Karten waren schon fertig, die Grenze komme dicht hinter Tirschtiegel, das Abkommen sei bereits im November unterzeichnet worden.

Zwischen Hoffnung und banger Sorge schlich so die Zeit dahin vor zehn Jahren. Zwischendurch ratterten die Maschinengewehre, krachten die Geschütze, ertönte der dumpfe Knall der Bombenwerfer. Der Grenzschutz beschirmte unsere deutsche Heimat, der Grenzschutz, der aus Söhnen dieser Heimat bestand.

Das neue Jahr aber mußte die Entscheidung über unser Schicksal bringen.

Auch jetzt wieder, in diesen Tagen des Januar, wird sie besonders lebendig.

Zehn Jahre — wir werden, wir dürfen sie nicht vergessen!

Und die, die drüben ausharren, jenseits der blutenden Grenze, unsere deutschen Brüder? Denen ein ungleich schwereres Los beschieden wurde als uns?

Vergiß sie nicht, Deutscher! Dir, Ostmärker, gilt diese Mahnung, aber auch Euch allen im weiten deutschen Vaterlande.

Sie haben sich der neuen staatlichen Ordnung gefügt. Wo gibt es Deutsche in allen Ländern der Welt, die es jemals nicht getan hätten? Aber unsere Landsleute hinter der Grenze tragen schwer an ihrem Schicksal. Wirtschaftliche, kulturelle, seelische Not leiden sie. In greifbarer Nähe sehen sie täglich die Türme ihrer alten, lieben Stadt, spüren den lebendigen Odem ihres alten Kreises und — sind durch Grenzsteine davon getrennt.

Meilenweit müssen sie jetzt zu „ihren“ Städten nach Birnbaum und Neutomischel, zu „ihren“ Behörden, um ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

So schwer das Unrecht der Grenzziehung im allgemeinen ist, so schwer ist das Unrecht der gewaltsamen Trennung dieser Gemeinden von ihrem Kreise, mit dem sie auf allen Gebieten auf das engste verbunden waren.

Und doch halten sie Treue ihrem Volkstum, ihrem heiligen deutschen Vaterlande.

Kämpfen für ihre deutsche Kultur, ihre Schulen, ihr Recht. Schildträger sind sie geworden, wie unsere Ahnen ehedem in den tausend Jahren ostmärkischer Geschichte. Vergeßt das nicht!

Auch das nicht, daß einst die Sonne wieder aufgehen wird über Deutschland und seiner Ostmark, auch wenn sich das rollende Rad der Geschichte seinen Weg nur langsam bahnen kann.

Zehn Jahre — — — wir werden ihre gedenken!

Kultureller Wiederaufbau in der Grenzmark Posen-Westpreußen.

Von Dr. **Erich Murawski**, Schneidemühl.

In keinem anderen deutschen Grenzgebiet dürfte es vor 10 Jahren so traurig ausgesehen haben wie in dem der heutigen Grenzmark Posen-Westpreußen, der mit den Hauptteilen der alten Provinzen Posen und Westpreußen auch ihre historischen Zentren mit allen Behörden, Wirtschafts-, Kultur- und Wohlfahrtseinrichtungen genommen waren. Hier galt es, leider früher schon arg vernachlässigte Randgebiete verzwickter geographischer Lage und mit einer durch die ungeheure Wucht nie geahnter Ereignisse niedergeschlagenen Bevölkerung wieder aufzurichten und zu neuer politischer, wirtschaftlicher und geistiger Einheit zusammenzufassen. Wenngleich auch unterdessen die Regierung hier unter Leitung des verdienten Oberpräsidenten Dr. h. c. von Bülow und die Selbstverwaltung der Provinz unter dem rührigen Landeshauptmann Dr. Caspari unendlich viel getan haben, so bleiben doch auch heute noch sehr viel knifflische Aufgaben zu lösen, weil es eben an allen Ecken und Enden fehlte.

Bei diesem Wiederaufbau erfuhr nun erfreulicherweise auch die kulturelle Pflege bedeutend mehr Förderung als früher, wobei die Erfahrungen und Erfolge in der schleswigschen Nordmark in vielem vorbildlich wurden. Nur daß hier die besonderen Verhältnisse des Ostens, eine 430 Kilometer lange Provinzgrenze mit einem völlig zerstörten Verkehrsnetz und der Ausfall aller Hochschulen, Bibliotheken, Museen, Theater, wissenschaftlichen und kulturellen Vereine schon den Anfang aller Arbeiten unendlich erschwerten. Dazu kam ferner, daß der Rest von Westpreußen im Norden als altes Ordensgebiet und niederdeutsches Sprachland kulturell ganz anders eingestellt ist als der zum mitteldeutschen Sprachgebiet und zur märkisch-schlesischen Klosterkultur gehörige posensche Teil im Süden. Nicht zu vergessen auch der in der Nordmark ganz unbeachteten starken konfessionellen Aufteilung der Bevölkerung, die zu 62 v. H. evangelisch, 36 v. H. katholisch und 1,04 v. H. (besonders in den nördlichen Städten) israelitisch ist. Und schließlich sei auch der kleine, völkisch scharf abgesetzte Block der polnischen Minderheit in der Provinz nicht vergessen, der etwa 3 bis 4 v. H. der Bevölkerung ausmacht und hauptsächlich in den Kreisen Flatow und Bomst massiert ist. Unter solchen Umständen wurde schon die Schaffung eines künstlichen neuen Verwaltungsmittelpunktes in der Provinzialhauptstadt Schneidemühl äußerst schwierig, während es noch sehr fraglich ist, ob es bei dem scharfen Rivalisieren der einzelnen Städte jemals zu einem wirklichen kulturellen Zentrum kommen wird. Der gegenwärtige Zustand ist in dieser Hinsicht ein etwas gewaltsamer; denn die Gedanken der Alten können sich von Danzig, Bromberg und Posen nicht losreißen, und die heranwachsenden jungen Generationen werden aus wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gründen die Provinzialhauptstadt recht selten zu Gesicht bekommen.



Reichsdankhaus in Schneidemühl.

Der Pflege und Wegbereitung dieser neuen Generation dient vor allem das Schulwesen und größtenteils die freie und kirchliche Kultur- und Wohlfahrtspflege. Ohne die intensive und aufopfernde Mitarbeit der Lehrerschaft ist ein kultureller Aufbau der notwendigen breiten Basis undenkbar. Die allmählich weiterentwickelten und nach den modernen Grundsätzen umgestalteten 18 höheren Schulen, die mit drei Ausnahmen alle staatlich sind, unterstehen seit 1923 einem eigenen Provinzialschulkollegium. Bezeichnend für die schwierigen Verkehrsverhältnisse ist die starke Koedukation mit dem recht hohen Satz von 13,5 v. H. Mädchen auf höheren Knabenschulen (in Preußen durchschnittlich nur 2,5 v. H.). Der gleiche Grund war maßgebend für die Errichtung des 1928 eröffneten Neubaus des Reichsschülerheims (für 60 Knaben) in Schneidemühl. So wichtig das höhere Schulwesen in abgelegenen Grenzgebieten ist, so gewinnt die Volksschule doch eine schwerwiegende Bedeutung bei einer Bevölkerung, die zu 65 v. H. auf dem platten Lande wohnt, von deren 658 Gemeinden 639 weniger als 2000 Einwohner haben und die mit 43,21 Einwohner pro Quadratkilometer bei weitem die dünnste Besiedlung in Preußen aufweist. Darum wurde dann auch vor allem das Fach-, Fortbildungs- und Volksschulwesen nach Möglichkeit ausgebaut, denn auf diesem Gebiet liegt ja auch die sinnfälligste Kulturpropaganda in Grenzbezirken. Leider bleibt gerade noch für Volksschulneubauten unendlich viel zu tun, um die Sünden früherer Zeiten wieder wettzumachen. Doppelt notwendig in einem Bezirk, der in entgegenkommendster Weise der polnischen Minderheit die Einrichtung von 22 Minderheitenschulen ermöglichte, deren Unterbringung zum Teil derjenigen der deutschen Schulen überlegen ist. Die Ergänzung des Schulnetzes bilden neue Sportplätze, Turnhallen mit Baderäumen, Wohlfahrtshäuser, Jugendherbergen und ähnliche Einrichtungen. Der Netzekreis errichtete sogar in Stieglitz eine eigene Sportschule, die zu ständigen Lehrgängen zur Verfügung steht, und das große Stadion in Schneidemühl dient wohl als Sammelbecken für sportliche Veranstaltungen der ganzen Provinz. Hand in Hand damit geht die Arbeit der Jugendpflege auf geistigem Gebiet mit Wiederbelebung von Volkstanz, Volkslied, Laienspiel, und wiederum sind zwei Neubaukomplexe der sichtbare Ausdruck für das erstrebte Neue: die beiden im Januar 1928 eröffneten Volkshochschulheime Marienbuchen (katholische Leitung) im Kreis Flatow und Brenckenhoffheim (evangelische Leitung) im Netzekreis. Hier will die grenzmärkische Jugend zusammen mit ihren Lehrern und auch mit Auslandsdeutschen in einer idealen Heimfamilie vor allem Demut, Selbstverantwortung und Dienst an der Heimat lernen. Der aus nunmehr je vier abgeschlossenen Kursen hervorgegangene Altschülerring stellt bereits eine wesentliche Verstärkung der jungen Ostmark dar. Der gesamten freien Volksbildungsarbeit von jung und alt will neben der Reichszentrale für Heimatdienst der vom Oberpräsidenten besonders für die Provinz ins Leben gerufene Grenzmarkdienst Posen-Westpreußen dienen, eine überparteiische Organisation, die aus allen Kreisen gefördert wird und auch dem entferntesten Dorf zu dienen vermag. Von ihrem Vorsitzenden, Dr. Raddatz, wird auch das erste besondere Liederbuch für die Provinz als „Grenzmarkliederbuch für Jung und Alt“ herausgegeben mit einem eigenen Teil für alte und neue Heimatlieder. Daneben hat die neugeschaffene Zentrale der Grenzmarkbüchereien bereits 163 Büchereien bis in die abgelegensten Orte ins Leben gerufen und damit sich neue kleine Kulturmittelpunkte für die deutsche Bevölkerung geschaffen. Sie übersiedelt in nächster Zeit in das eindrucksvolle Gebäude des Reichsdankhauses in Schneidemühl, das als Stiftung des Reiches errichtet wurde und als äußerer kultureller Mittelpunkt der Provinz gedacht ist. Es enthält außerdem noch die Stadtbücherei Schneidemühl mit einem Lesesaal, eine Reihe von Versammlungsräumen und einen großen Konzert- und Theatersaal mit über 1100 Sitzplätzen. Hier hat auch die Landestheater G. m. b. H. ihren Sitz, die in diesem Winter völlig umorganisiert wurde und auf einer modern ausgestatteten Bühne mit Oper, Operette und Schauspiel eine besondere Kulturaufgabe hart an der Grenze erfüllt, während sonst nur Wanderbühnen die Provinz besuchen können.

Das Reichsdankhaus stellt zusammen mit dem neuen Regierungsgebäude, dem Gebäude der Provinzialverwaltung (Landeshaus) und vielen anderen Profan- und Kirchenbauten den sichtbaren Ausdruck von etwas Neuem auch auf dem Gebiet der Baukunst dar, wobei namhafteste deutsche Architekten der Gegenwart mitgewirkt haben. Auch das ist neuer kultureller Ausdruckswillen an der Grenze!

Alle kulturellen Bemühungen wären aber vergeblich ohne die wissenschaftliche Unterbauung und ohne die verbreiternde Mitarbeit einer heimatbewußten Presse. Mußte die letztere sich unter schwerster wirtschaftlicher Belastung auf die neuen Aufgaben umstellen, so war es notwendig, für die wissenschaftliche Arbeit ganz neue Faktoren zu schaffen. Ihr Hauptträger wurde die Grenzmärkische Gesellschaft zur Erforschung und Pflege der Heimat mit ihren verschiedenen Abteilungen. Zwei ihrer Vorstandsmitglieder Dr. Schmitz und Frase schufen in einer vorbildlichen „Landeskunde der Grenzmark Posen-Westpreußen“ das grundlegende Werk für alle weitere Tätigkeit. Neben einem Provinzialkommissar für Naturdenkmalpflege gibt es ein Volksliederarchiv der Provinz und einen besonderen ministeriellen Vertrauensmann für vorgeschichtliche Boden-

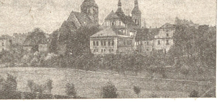
forschung. Die bisher geförderten Funde vorwiegend germanischen Charakters sind wohl geeignet, den pseudowissenschaftlich begründeten Ansprüchen der Polen auf dies Land wirkungsvoll entgegenzutreten. Ein eigenes Provinzialmuseum fehlt leider noch ganz und dürfte wohl auch in absehbarer Zeit nicht in Betracht kommen, aber viel Material wurde zusammengetragen in den Heimatmuseen der einzelnen Landkreise. Von dem vielfachen Reichtum an Volks- und Kunstgut zeugen zwei neu herausgebrachte Werke: „Grenzmark Posen-Westpreußen" von Dr. Franz Lüdtke und „Ostmärkische Fahrten" von Werner Köhler. Viel wertvolles Material wurde auch in den regelmäßig erscheinenden „Heimatkalendern" niedergelegt.

Alle kulturellen Bemühungen werden aber letzten Endes für die grenzmärkische Heimat erfolglos sein müssen, wenn sie wirtschaftlich mit solchen Riesenschritten zugrunde geht wie gegenwärtig, wenn sie in diesem Ausmaß weiter entvölkert wird wie jetzt und wenn die tief beklagenswerte Gleichgültigkeit gegenüber ihrem Schicksal länger anhält. Die alten Familien des Ostens sind müde geworden, gedenken wohl wehmütig der alten Heimat, finden aber keinen Rückweg mehr. Da sollten sie wenigstens noch als Herolde wirken für eine tatbereite Jugend, für ein neues, frisches Geschlecht, das Aufgaben sucht statt gewöhnlicher Lohnarbeit. Blutauffrischung tut dem Osten not! Werben und Aufklären auf diesem Wege aber ist Aufgabe der alten Ostmärker fern der Heimat!

Wie Konitz polnisch wurde.

Von Dr. P. Correns †, zuletzt Direktor des Staatlichen Gymnasiums in Dt.-Krone, früher in Konitz.

Sonnabend, der 31. Januar 1920, war für den Einzug der polnischen Truppen bestimmt. Bereits am 28. fand die Übergabe der Post an die neue Regierung statt, und alsdann prangte an der Front des deutschen Reichspostgebäudes mit roten Buchstaben auf weißem Grunde die Inschrift „Poczta polska". Ein bisheriger Postassistent wurde zum Postdirektor ernannt, die Polonisierung der Behörde sofort mit allem Nachdruck betrieben. Schon am folgenden Morgen erhielt man Stadtbriefe mit dem Stempelabdruck „Chojnice". Freitag, den 30., fanden ergreifende Abschiedsfeiern in den Schulen statt. Die Kreisverwaltung veranstaltete am Nachmittag in der Aula des Gymnasiums eine Schlußfeier. Der Kreisdeputierte Landesökonomierat Nahgel — zwei Landräte: Kreidel und Dr. Fuhrmann waren während des Krieges gestorben — pries in seiner Ansprache zunächst die Verdienste der Hohenzollern um den Kreis Konitz, sodann widmete er Worte warmer Anerkennung dessen Landräten und den übrigen Kreisbeamten und würdigte die segensreiche Tätigkeit des Vaterländischen Frauenvereins sowie die Wirksamkeit des Roten Kreuzes, die beide in aufopferungsvoller Arbeit so manche Träne getrocknet und viele Schmerzen gelindert hatten. Zum Schluß gedachte er der Stellung, welche die Deutschen der neuen Regierung gegenüber einzunehmen hätten. Deutsche Lieder, gemeinsam vorgetragen von den Schülerchören des Gymnasiums und des Lyzeums, verschönten die Veranstaltung. Immer neue Weisen, darunter auch die des Preußenliedes, erklangen.



Konitz.

Langsam und tieferschüttert verließen endlich die Erschienenen den Festsaal, der nur einen Bruchteil der deutschen Bevölkerung hatte aufnehmen können.

Bald schlug die Stunde für eine größere Versammlung unter freiem Himmel. Vom Kreiskrankenhaus aus, das der Konitzer Garnison als Kaserne gedient hatte, zog der Grenzschutz um die sechste Abendstunde bei klingendem Spiel und Fackelbeleuchtung zum Markte. Eine unabsehbare Menschenmenge füllt den weiten Platz. Der Ernst der Stunde spiegelt sich in aller Antlitz, manche Träne stiehlt sich in das Auge hart erprobter Männer und von heißer Vaterlandsliebe erfüllter Frauen. Der Kommandeur der Truppe, Major Freiherr von Blittersdorf, richtet Worte des Dankes für die in Konitz gefundene gastliche Aufnahme an die Bevölkerung und entbietet ihr die letzten Grüße seiner Feldgrauen. Bürgermeister Dr. Molkentin erwidert in beredten Worten. Das Deutschlandlied klingt empor zu den leuchtenden Sternen. Die letzte deutsche Nacht senkt ihre Schatten über die alte Ordensstadt.

Am nächsten Morgen verließ der Grenzschutz seinen bisherigen Standort. Noch einmal erschollen auf dem Zuge nach dem Bahnhof die alten Armeemärsche und zum Schluß die Weise des Scheideliedes: „Muß i denn, muß i denn zum Städtle hinaus". Ein letzter Händedruck, und die Soldaten besteigen den Eilgüterzug, der sie ihrem nächsten Ziele, dem Dorfe Wolfshagen bei Köslin, entgegenführte. Jetzt war die treue deutsche Ordensfeste, vor deren Mauern einst im Jahre 1454 die Macht der Polen in der Schlacht auf dem Heerbruch zerschellte, kampflos dem „Sieger" von Frankreichs Gnaden preisgegeben. Damals durften die Konitzer Bürger stolz ihr Haupt erheben, denn nach dem Ausspruche des Hochmeisters, Herzogs Friedrich von Sachsen, verdienten sie es alle, zu Rittern geschlagen zu werden, und die Feste hieß fürderhin „die allzeit getreue Stadt Konitz"; jetzt mußte sie sich dem Zwange eines wahnwitzigen Friedens beugen, der ihre Verbindung mit dem Heimatland schnöde zerriß.

In den ersten Vormittagsstunden übergab der Gymnasialdirektor als preußischer Bevollmächtigter dem Studienrat Puppel als polnischem Übernahmekommissar das Gymnasium, das 105 Jahre eine Pflegestätte des Deutschtums gewesen war. An der schwarzweißen Fahnenstange stieg gleichzeitig, wie von Geisterhand gehißt, das polnische Hoheitszeichen, der weiße Adler im roten Felde, empor. Mit einem Schlage tauchten die polnischen Flaggen auch an den übrigen Staats- und Kommunalgebäuden auf. Masten wurden am Markte und an den Hauptstraßenkreuzungen aufgerichtet und mit Tannengrün und weißroten Fähnchen geschmückt. Girlanden und Tafeln mit polnischen Begrüßungsworten waren an ihnen sichtbar, Fahnenschmuck aber zeigte sich nur vereinzelt an den Häusern. Bereits um 9½ Uhr mußten die Geschäfte geschlossen sein. Um 12 Uhr erwartete man den Einzug der Hallerschen Truppen. Doch die militärische Pünktlichkeit schien mit dem Abzuge der deutschen Soldaten in Konitz nicht mehr heimisch zu sein. Erst etwa drei Stunden später kam die polnische „Besatzungsarmee" auf der Schönfelder Chaussee in Sicht und zog alsbald durch das Schlochauer Tor nach dem Marktplatze. Die voranreitenden Offiziere grüßten die Stadt und die zum Empfang vor dem Rathaus bereitstehende Abordnung mit der Hand an der „Rogatka", der viereckigen polnischen Mütze. Ein Bataillon Infanterie und vier Batterien Artillerie nahmen auf dem Markte Aufstellung. Die Frau des Starosten überreichte dem Kommandeur einen Blumenstrauß, der neue Landrat wie der Stadtpräsident entboten ihren Gruß, ein polnischer Verein trug polnische Lieder vor. Einer als gefesselte Polonia auftretenden Dame verpolnischten deutschen Namens wurden von den „Befreiern" die Bande der Knechtschaft gelöst. Lauter Jubel herrschte unter den Polen, während die deutsche Bevölkerung sich der Feier völlig fernhielt, soweit sie nicht amtlich zum Erscheinen unbedingt verpflichtet war.

Die Tafeln des Bromberger Bismarckturms.

Kurz vor der Übernahme Brombergs durch die Polen wurden die Bromberger Denkmäler, die sonst den Polen zur Zerstörung anheimgefallen wären, in das deutschbleibende Gebiet gerettet. Das Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I., das auf dem Weltzienplatze in Bromberg stand, wurde der Stadt Meseritz übergeben, die es an schöner parkähnlicher Stelle zur Aufstellung brachte. Das Denkmal des Geheimen Finanzrats von Brenkenhoff, des berühmten Kolonisators des Netzebruches und Erbauers des Bromberger Kanals, das in den Schleusenanlagen in Bromberg stand, erhielt die Stadt Driesen in der Neumark, das Standbild Friedrichs des Großen, dem Bromberg und der Netzedistrikt zu danken haben, daß sie wieder deutsch wurden, dem sie auch ihre außerordentliche wirtschaftliche Blüte zu danken haben, wurde seinerzeit nach Schneidemühl übergeführt und 1922 an der Küddow-Brücke wieder aufgestellt. Das Denkmal ist ein Werk des Bromberger Bildhauers Uhlenhut und stand auf dem Friedrichsplatze in Bromberg.

Das Bismarckdenkmal und die Bismarckgedenktafeln aus dem Bismarckturm, einem der schönsten Türme Ostdeutschlands, wurden von dem letzten Oberbürgermeister von Bromberg, Dr. Mitzlaff, aus Bromberg gerettet. Der Bismarckturm selbst, ein Wahrzeichen des Brahe- und Weichseltales, wurde zunächst von den Polen zum Freiheitsturm geweiht. Im Jahre 1928 beschloß die chauvinistische Mehrheit der Bromberger Stadtverordnetenversammlung, den Turm wegen angeblicher Baufälligkeit abbrechen zu lassen. Es wurden eine Anzahl von Sprengversuchen mit wirkungsvollsten Sprengmitteln gemacht, denen der wuchtige „baufällige" Turm jedoch erfolgreich trotzte. Am Himmelfahrtstage 1928 wurde mit mehreren Zentnern Dynamit ein neuer Sprengversuch gemacht, der zu dem gewünschten Ziele führte. Der Freiheitsturm des polnischen Volkes sank in sich zusammen. Von der Bevölkerung der bis 1920 rein deutschen Stadt wurde das dahin gedeutet, daß nun auch alle Freiheit in Polen ein Ende habe, eine Deutung, die sicherlich sehr begründet ist. Die 20 Zentner schweren Gedenktafeln und das Standbild Bismarcks sind von Oberbürgermeister Dr. Mitzlaff jetzt dem Tannenberg-Denkmalsverein übereignet worden und werden im Frühjahre im Tannenberg-Nationaldenkmal einen würdigen Platz finden.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Franz Lüdtke, Berlin-Oranienburg. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.

Und wo bleibt der Osten?

Ein Notruf des Kreises Reichenbach.

Zu erschütternden Darlegungen der Notlage im Reichenbacher Industriegebiet kam es auf dem unlängst abgehaltenen Kreistage, in dem Landrat Graf Degenfeld den Dringlichkeitsantrag einbrachte, die Umwandelung der kurzfristigen Verbindlichkeiten des Kreises Reichenbach in langfristige Darlehen vorzunehmen. Zu dieser Maßnahme sah sich der Kreisausschuß gezwungen, um wenigstens einigermaßen befreit zu werden von den drückendsten Sorgen, unter denen auch die Verzinsung und Abtragung der kurzfristigen Kredite eine bedeutende Rolle spielt. Es handelt sich dabei um die Deckung großer Fehlbeträge, die im vorigen Jahre entstanden sind und nicht mit in den letzten Haushaltsplan übernommen werden konnten, weil eine weitere Steuerbelastung der Bevölkerung des Kreises unmöglich ist. Die Schilderungen der trostlosen wirtschaftlichen Zustände im Reichenbacher Industriegebiet, das mit seiner daniederliegenden Textilindustrie schwerer heimgesucht ist als wohl sonst ein Gebiet in Preußen, führte auch zu lebhaften Protesten gegen die Zurückstellung und Nichtachtung aller Notschreie, die in dieser Beziehung bereits an die verantwortlichen Stellen im Staate gerichtet worden sind, und desgleichen gegen die ständige Bevorzugung des Waldenburger Reviers und der Grenzgebiete. Die Genehmigung der Vorlage wurde mit dem Protest vorgenommen, der zur Kenntnis der Regierungsstellen gebracht werden soll, daß der Kreis Reichenbach mit immer mehr wachsender Sorge den kommenden Monaten entgegensieht, da er der Überzeugung ist, daß er in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage sein wird, aus eigener Kraft die Aufgaben zu erfüllen, die selbst bei äußerster Sparsamkeit ihm auferlegt sind. Er bittet dringend um Hilfe des Staates, wie sie anderen Kreisen schon zuteil geworden ist. Man rechnet mit einer Staatsbeihilfe von mindestens einer halben Million Mark.

*

Breslaus Arbeitslosennot.

Nach den Mitteilungen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung haben sich in der Krisenunterstützung Mitte Dezember 194 000 Personen befunden. Am 18. Dezember, das heißt zum gleichen Zeitpunkte, wurden in Breslau 10338 Krisenunterstützte gezählt. Demnach beträgt die Zahl der Krisenunterstützten in Breslau reichlich den 20. Teil aller Krisenunterstützten im Reiche. Da die Einwohnerzahl Breslaus den 100. Teil der Gesamteinwohnerzahl des Reiches ausmacht, ist demnach die Zahl der Krisenunterstützten in Breslau gegenüber dem Reichsdurchschnitt um das Fünffache zu hoch. Auch hieraus wieder lassen sich Schlüsse ziehen auf die Notlage der Stadt Breslau, der sich nur durch verständnisvolle Hilfe seitens des Reiches und des Staates allmählich wird beikommen lassen. Bei einer Gesamteinwohnerzahl von etwas über 600 000 wird nahezu die Hälfte aller Einwohner vom Arbeitsamt oder Wohlfahrtsamt unterstützt! Der Regierungspräsident hat der Stadt jede weitere Ausgabenbewilligung ohne seine Zustimmung verboten. Oberbürgermeister Wagner hat eine Nachtragsforderung von 5 Mill. RM. angekündigt, aber hinzugefügt, daß er Deckungsvorschläge nicht zu machen wisse. Die städtische Oper fordert eine nachträgliche Unterstützung von 260 000 M., da sie sonst geschlossen werden müsse.

Bundesnachrichten.

Gedenkt des Raubes der Ostmark!

Unter Bezugnahme auf den an der Spitze des Blattes veröffentlichten Aufruf bitten wir die Landesverbände und Ortsgruppen, überall in würdiger Weise der zehnjährigen Wiederkehr des Raubes der Ostmark zu gedenken und dabei zur Stärkung der Kampffront der Ostdeutschen neue Mitglieder unter den Einheimischen für den Deutschen Ostbund zu werben. Dieser ist beseelt von dem heißen Wunsche, daß jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau sich eingliedern möchte in die große Kampffront zum Schutze der Ostprovinzen und zur Zurückgewinnung der uns entrissenen Teile der Ostmark. Die Anmeldung zum Beitritt von Einzelmitgliedern, Firmen, Vereinen und öffentlichen Körperschaften kann bei der Zentrale des Deutschen Ostbundes in Berlin oder bei den rund 500 Ortsgruppen, die der Deutsche Ostbund im ganzen Reiche besitzt und die sich von Königsberg bis Konstanz erstrecken, erfolgen. Der Mindestjahresbeitrag für Einzelpersonen beträgt 12 Mark, der Beitrag der körperschaftlichen Mitglieder unterliegt der freien Vereinbarung.

Der bekannte Schriftsteller Walter von Molo, Präsident der deutschen Dichterakademie, sagte in seinem Glückwunsch zum zehnjährigen Bestehen unserer Organisation:

„Der Ostbund müßte in ganz Deutschland zur vollen Bedeutung gelangen. Jede Stadt, jeder Verband müßten Mitglied des Ostbundes werden. Eine solche Aktion schlage ich vor. Es ist dringendes, nicht nur deutsches, sondern europäisches Interesse."

Möge anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr des Raubes der Ostgebiete, die durch das Deutschtum blühende Wirtschafts- und Kulturparadiese geworden waren, diese ernste Mahnung erneut Beachtung finden.

Deutsche, seid einig, den Osten zu retten, der zusammenzubrechen droht, um der deutschen Kultur nach Osten hin freie Bahn zu schaffen und dem deutschen Vaterlande wieder zuzuführen, was ihm wider göttliches und menschliches Recht geraubt worden ist!

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Ost beging am 30. Dezember 1929 in Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten Ginschel, ihres Ehrenmitgliedes, in würdiger Form die Weihnachtsfeier. Herr Pfarrer Schmidt (Taborkirche) hielt eine gedankenreiche, stimmungsvolle und ergreifende Ansprache, Herr Rezitator Bruno E. Walter trug packend „Die Legende vom Tannenbaum" von Dr. Max Möller mit der Musik von Prof. Ferdinand Hummel, und die „Christnacht auf der Hallig", Ballade von Lulu v. Strauß und Torney vor, während Frl. Edith Jacob und Frl. Woitschitzki ein Weihnachtsmelodram „Ehre sei Gott in der Höhe" und die Herren Lartz und Marcinkowski (Klavier und Geige) von der Berliner Rudergesellschaft „Nibelungen" ein Weihnachtspotpourri, die zweite ungarische Rhapsodie von Lizt künstlerisch zu Gehör brachten. Die Versammlung sang Weihnachtslieder und erquickte sich bei viel Kaffee und Pfannkuchen, von der Ortsgruppe gespendet. Herr Bundespräsident Ginschel beglückwünschte die Ortsgruppe zu dem schönen, stimmungsvollen Verlauf der Feier und richtete dann zu Herzen gehende weihnachtliche und ostmärkische Worte an die Erschienenen, die stürmische Zustimmung in einer Ansprache des Ehrenvorsitzenden, Herrn Ad. Stephan, ein warmes Echo fanden. Letzterer dankte allen denen, die zum Gelingen der Feier beigetragen hatten, besonders dem Frauendienst und Herrn Jacob. Nach Erledigung des offiziellen Teiles blieb man noch eine Weile bei guter Unterhaltung beisammen. Bö.

Die Ortsgruppe „Verein ehemaliger Ostmärker" (Postbeamte) beging am 29. Dezember ihre Weihnachtsfeier. Nach einleitenden Konzertstücken, ausgeführt von Mitgliedern der Jugendgruppe unter Leitung ihres Dirigenten, Herrn Kurt Ozegowski, begrüßte der 1. Vorsitzende, Herr Postsekretär Jäger, N 58, Schönhauser Allee 66/67, die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste. Fräulein Grün sprach einen Prolog und erfreute die Anwesenden durch ein gut gesungenes Lied, für das sie reichen Beifall fand. Das darauf von der Jugendgruppe vorgetragene Theaterstück „Großmütterchens Weihnachtstraum" beschloß die offizielle Feier. Knecht Ruprecht beschenkte die Kinder. Durch eine vom Vorstand eingerichtete Päckchensammelstelle war allen Teilnehmern Gelegenheit geboten, anonym Scherzartikel zur Verteilung zu bringen. Diese Einrichtung fand allseitig großen Beifall.

Ortsgruppe Erkner. Eine sehr gelungene Weihnachtsfeier hatte am 21. Dezember 1929, abends, die Ortsgruppe veranstaltet. Der Vorsitzende, Herr Forstmann, Jahnpromenade 12, hielt die Festansprache, in der er dem Vaterlande Ruhe und Frieden wünschte, der bitteren Not der Wolgadeutschen gedachte und zur Einigkeit mahnte. Dann sang man Weihnachtslieder; der Weihnachtsmann erschien und brachte den Kindern größere Geschenke. Dem verdienten Kassierer, Herrn May, wurde für seine Verdienste um den Bund durch Herrn Forstmann die Ehrenurkunde des Deutschen Ostbundes überreicht. Die Kinder führten Hänsel und Gretel auf, und sodann setzte flotte Tanzmusik der Kyffhäuser Hauskapelle ein.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Sommerfeld. Der Ortsgruppe Sommerfeld ist es gelungen, ihrer Jahrtausendfeier im Dezember einen besonders gefälligen Rahmen zu geben. Der erste Bürgermeister Schultze hatte das Ehrenprotektorat übernommen. Nach einleitenden Musik- und Gedichtvorträgen nahm der Vorsitzende der Ortsgruppe, Lehrer Großmann, das Wort zu einer längeren Begrüßungsansprache, in der er die Größe des tausendjährigen ostdeutschen Kolonisationswerkes betonte, der verlorenen Heimat gedachte und ausführlich auf die Notwendigkeit einer umfassenden Osthilfe einging, die auch dem Städtchen Sommerfeld in seiner traurigen wirtschaftlchen Lage zugute kommen soll. Er beklagte die innere Uneinigkeit des deutschen Volkes, die allein es den Gegnern ermöglichte, ihm seine wirtschaftliche und politische Freiheit zu nehmen und schloß mit einem Hoch auf Deutschland und seine Ostmark. Herr Kreisschulrat Stüber überbrachte die Grüße des Landesverbandes Ostmark und der Ortsgruppe Cottbus. Einige Lieder des Konzertsängers Schwinge, Darbietungen des Streichorchesters der Bismarckschule unter Stabführung des Oberschullehrers Koch und ein Gedicht leiteten zum Festvortrag über, für den die rührige Ortsgruppe Universitätsprofessor Dr. Manfred Laubert gewonnen hatte. Auf das Thema „Deutsche und Polen

im Wandel der Geschichte" eingehend, führte dieser u. a. aus: Immer wieder seien es Arbeit, Art und Geist der Deutschen gewesen, die unter den slawischen Völkern aufbauend und fördernd hervorgetreten sind. Aufstieg und Niedergang des Ostsiedlungswerkes schilderte der Redner. Friedrich der Große habe in den Teilungen das Land für Europa gewonnen und vor dem Verkommen in asiatischen Gebräuchen bewahrt. In den letzten zehn Jahren sei unter polnischer Herrschaft die Zahl der Analphabeten wieder von 0,5 auf 5 v. H. gestiegen, ein trefflicher Beweis deutscher Überlegenheit. Der Haß des Polen entstehe aus dem Instinkt des Unterlegenen. Polen bilde eine einzige Partei, wenn es gelte, gegen Deutschland vorzugehen; es treibe eine Politik auf weite Sicht; es vertraue darauf, daß ihm die Blutleere des deutschen Ostens zu Hilfe kommen werde. Es umgebe das Ausland mit den Waffen seiner Propaganda, um Helfer bei einem späteren Einfall zu haben. Ein Handelsvertrag mit Polen sei geeignet, die deutsche Freundschaft zum 40-Millionenvolk der Ukrainer und zu den Litauen unmöglich zu machen und eine ganz neue, für Deutschland keineswegs vorteilhafte Neuordnung der politischen Beziehungen in Osteuropa zu bewirken. Hingabe und Treue ans Vaterland könne der Deutsche vom Polen lernen. Der Ostmärker habe sie in den Notjahren bewiesen. Begeisterter Beifall lohnte den Redner. Liedervorträge und ein Sprechchor, gestellt vom Jungdo, sowie eine Ehrung für den Reichspräsidenten von Hindenburg bildeten den Schluß der gut vorbereiteten, ausgezeichnet geleiteten und eindrucksvoll verlaufenen Feier. Die Ortspresse berichtete ausführlich in Fortsetzungen über ihren Verlauf.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Tausendjahrfeier in Celle.

Am 16. Dezember fand im festlich geschmückten großen Saale der „Union" eine sehr gut besuchte Tausendjahrfeier der Ostmark verbunden mit der Feier des 800. Geburtstages Heinrichs des Löwen statt. Sie wurde veranstaltet von den Grenzlandverbänden Celles unter Führung der Ortsgruppe des Ostbundes und stand unter der Obhut des Herrn Oberbürgermeisters Meyer. Eröffnet wurde die Feier mit Franz Lüdtkes Jahrtausendlied, das von Frl. Stilke, Hannover, mit klangvoller und sehr ausdrucksfähiger Stimme vorgetragen wurde. Herr Studienrat Rudtke, Celle, verlas zwei Kundgebungen, die Ravensburg, die Geburtsstadt Heinrichs des Löwen, und Braunschweig, seine Sterbestätte, zu der Feier übermittelt hatten. Herr Gymnasialdirektor Ohlendorf, Celle, entwarf in seinem Vortrag „Der Sachsenherzog Heinrich der Löwe und die Ostmarken" ein fesselndes Bild von der großen deutschen Vergangenheit, als Heinrich I. den Ritt nach dem Osten unternahm und damit den Anstoß zur Wiedergewinnung urdeutschen Landes östlich der Elbe gab, von den schweren Kämpfen, die er wie sein Sohn Otto der Große mit den Ungarn auszufechten hatten, von den Markgrafen Hermann Billung und Gero, die das Werk ihrer Herren erfolgreich fortsetzten; besonders ausführlich aber behandelte er im Sinne seiner Aufgabe das Leben und Wirken des großen Ostkolonisators Heinrichs des Löwen, dem vor allem die Wiedereindeutschung der Ostseegebiete zu danken ist. Der Redner schloß mit der Mahnung Goethes: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!" Herr Stadtbaurat Senator Mohr, Celle, trug zwei Lieder vor, „Jung Dietrich" von Felix Dahn, vertont von Georg Henschel, und die Löwesche Ballade „Heinrich der Vogler", wobei er durch die feinsinnige Begleitung am Flügel durch Herrn Kreisschulrat Behrens, Celle, aufs beste unterstützt wurde und den stärksten Beifall der Zuhörer gewann. Nach einer kurzen Pause eröffnete Frl. Stilke den zweiten Teil der Festfolge mit der „Mette von Marienburg" von Felix Dahn, die dank der hinreißenden, geradezu dramatisch wirkenden Darstellung tiefen Eindruck machte. Für den im letzten Augenblick behinderten Herrn Dr. Hoffmeister, Berlin, war Herr Oberlandesgerichtsrat Clausen, Celle, eingesprungen, der in schlichten, von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Worten über die Wirtschafts- und Kulturnot der Ostmark sprach. Was seine Ausführungen besonders wirksam machte und die Versammlung aufs gespannteste und teilnehmendste folgen ließ, war das eigene Erleben, das aus dem Vortrage sprach: der Gedanke, daß Ostnot Reichsnot ist. Zwei Liedervorträge des Herrn Stadtbaurats Mohr, „Heimweh" von Eichendorff, vertont von Hugo Wolf, und Hans Hermanns „Mahnung" (Text von Will Vesper), fanden den verdienten lebhaften Beifall. Zum Schluß sprach der Schirmherr des Abends, Herr Oberbürgermeister Meyer, der ebenso wie die Stadt Celle dem Ostbund angehört. Ohne die ernste Lage des Ostens zu verkennen, gab er doch der auf einer ostpreußischen Reise im letzten Jahre gefaßten Überzeugung Ausdruck, daß noch nicht alles verloren sei, daß insbesondere der Ostpreuße mit zäher Liebe und immer noch ungebrochenem Vertrauen an seiner Heimat hänge. Freilich täte Aufklärung des Westens not, zumal Aufklärung der Jugend in den Schulen, die wissen müsse, was das Schicksal des Ostens für das ganze deutsche Volk bedeute. Die warmen von größtem Verständnis für die Ostfragen erfüllten Worte wurden mit dem gemeinsamen Gesange des Deutschlandliedes beschlossen. Die „Cellesche Zeitung", die schon seit längerer Zeit in höchst dankenswerter Weise dem Osten besondere Aufmerksamkeit widmet und durch zahlreiche Aufsätze und Mitteilungen ihren großen Leserkreis über die Notlage der Ostmark unterrichtet, bringt über die ganze Veranstaltung an hervorragender Stelle einen ausführlichen Bericht und spricht sich sehr anerkennend über den würdigen, eindrucksvollen Verlauf der Feier aus.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Die Ortsgruppe Hattingen veranstaltete am 30. November einen Begrüßungsabend in Dahlhausen, zu dem sich zahlreiche Mitglieder der Ortsgruppen des Landesverbandes Rheinland und Westfalen eingefunden hatten. Musikalische Darbietungen und einige Liedchen leiteten die Feier ein. Nach einem sinnvoll vorgetragenen Prolog gedachte der Vorsitzende der Hattinger Ortsgruppe, Herr Wilhelm Schülke, der Landsleute im Osten und derer, die hier im Westen eine neue Heimat gefunden. Ein Gedenken galt den Landsleuten in der Heimat und ein kurzes Trauersilentium den im Weltkriege gefallenen Helden. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Herr Topp, dankte der rührigen Ortsgruppe Hattingen-Dahlhausen. Er gedachte der Befreiungsstunde der zweiten Zone des Rheinlandes. Der Ostbund habe ein Huldigungstelegramm an den Reichspräsidenten v. Hindenburg gerichtet, das folgenden Wortlaut hat: „Die in Dahlhausen-Ruhr im Westfälischen Hof zu einer Ostkundgebung versammelten Ostmärker entbieten ihrem Protektor ehrerbietigsten Gruß und geloben Treue zur Ost- und Westmark." Als Vertreter der Stadtverwaltung Bochum sprach Herr Assessor Dr. Arens. In einem längeren Referat behandelte der Vorsitzende der Genossenschaft „Wiederaufbau", Herr Günther, die Aufgaben des Ostbundes und der Genossenschaft im besonderen auf kulturellem und sozialem Gebiete. Herr Günther verweilte dann in schmerzlichem Gedenken bei den aus Rußland vertriebenen Flüchtlingen. Von der alten Gemeinde Linden-Dahlhausen bekundete der frühere Gemeindevorsteher, Herr Hofmann, seine Freude über die der früheren Gemeinde gezollten anerkennenden Worte und sprach sich zuversichtlich darüber aus, daß auch die Stadt Bochum dem Ostbund in seinen Bestrebungen gleiche Unterstützung werde angedeihen lassen. Gesangliche und musikalische Darbietungen des Quartetts und des Streichorchesters leiteten zu dem gemütlichen, inoffiziellen Teil über, der Mitglieder und Gäste noch einige Stunden beisammen hielt.

In **Hattingen** fand am 1. Dezember eine geschlossene **Vertreterversammlung des Landesverbandes Rheinland-Westfalen** statt. Von 11 Uhr ab wurde die Hattinger Siedlung der Genossenschaft „Wiederaufbau" des Deutschen Ostbundes besichtigt. Nachmittags wurde auf dem freien Platze am Hattinger Hof zum Festzug angetreten, der als wirklich stattlich bezeichnet werden darf. Vor dem Rathause fand die **Fahnenweihe** statt. Musik, Gesang und ein Vorspruch leiteten den festlichen Akt ein. Herr Wilhelm Schülke schilderte die Not der Volksgenossen im Osten nach dem Kriege, da ihnen Hab und Gut und die Heimat dazu genommen wurde. Aber mit der Not wuchs die innere Kraft zum Aushalten und Durchringen und die Zuversicht auf einen erlösenden Ausgang. Im Westen habe sich eine neue Heimat aufgetan und sie hätten schon einiges wieder aufgebaut. Der gute Anfang mache ihnen aber auch Mut, das Begonnene fortzusetzen und zu vollenden. Herr Bürgermeister Keller führte aus, mit Interesse habe die städtische Verwaltung das Wachsen der Genossenschaft „Wiederaufbau" verfolgt. Er freue sich, daß den Ostmärkern hier eine neue Heimat habe geboten werden können. Der Landesverbandsgeschäftsführer Herr Wilh. Kaschick, Essen, erörterte kurz Zweck und Ziel des Deutschen Ostbundes: Fürsorge für alle Volksgenossen, die guten Willens sind und anhaltender Protest gegen die Vergewaltigung im Osten, auf daß die ostmärkische Erde wieder frei werde. Darauf enthüllte er die Fahne; die Menge sang das Deutschlandlied. Herr Kaschik gedachte noch einmal des Ostens. Dann bildete sich wieder der Festzug, um in den Saal zurückzukehren, wo sich eine festliche Veranstaltung anschloß. Nach einem meisterhaft vorgetragenen Prolog und einem vorzüglichen Gesangvortrag des Quartetts der Ortsgruppe Essen überreichte der Vorsitzende, Herr Stengel, das von den Ortsgruppen Hattingen und Bochum dem Landesverbande gestiftete Tischbanner. Der Vorsitzende der Genossenschaft „Wiederaufbau" legte in seiner Ansprache die Symbole der prachtvollen Fahne der Ortsgruppe aus. Dann erfolgte die Überreichung der 17 Fahnennägel, welche mit kurzen Ansprachen von den Stiftern übergeben wurden. Besondere Freude riefen der Fahnennagel des Bundespräsidiums und der goldene Nagel der Frauengruppe der Ortsgruppe Dortmund hervor. Nach kurzer Pause wurde mit einem ganz hervorragend vorgetragenen Prolog der zweite Teil eröffnet. Das Theaterstück „Die Heimatscholle" wurde von den Mitgliedern der Ortsgruppe Essen in geradezu meisterhafter Weise vorgetragen. Der Städtereigen, aufgeführt von den Mitgliedern der Ortsgruppe Dortmund, rief wehmütige Heimatserinnerungen hervor. Dann trug Frl. Rita Ruck, Barmen, ein langes Gedicht „Im Flüchtlingslager" sehr eindrucksvoll vor. Tänze der kleinen und großen Mädels der Ortsgruppe Elberfeld-Barmen und eine Preisverteilung für die besten künstlerischen Leistungen schlossen sich an. Das Büro des Reichspräsidenten hat an die Festleiter ein Dankschreiben für die übermittelten Grüße gesandt.

Landesverband Westfalen.

Ortsgruppe Wanne-Eickel. Am 22. Dezember fand die Weihnachtsfeier statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Ein Musikstück und ein Vorspruch leiteten die Feier ein. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Landsmann Breitenbach, Wilhelmstr. 29, begrüßte Gäste und Mitglieder. Nachdem die Theaterabteilung der Ortsgruppe einen Zweiakter aufgeführt hatte, hielt die 1. Vorsitzende des Frauendienstes der Ortsgruppe, Frau Quilitz, an die älteren Mitglieder eine zu Herzen gehende Ansprache; im Anschluß daran wurden 42 über 65 Jahre alte Ostmärker mit Kaffee und Kuchen bewirtet und angemessen beschenkt. Die Kleinen und Kleinsten trugen Gedichte vor. Die Freude war groß, als vom Gabentisch her mehr als 100 Kinder beschenkt

wurden. Ein gut gespielter Einakter fand reichen Beifall. Die Bühnenausstattung hatte das Möbelhaus Heermann gestellt. Gedichte, Zwiegespräche und gemeinsam gesungene Lieder wechselten miteinander ab. Mitglieder der Frauengruppe führten das Theaterstück „Die neue Stütze" mit Geschick und Verständnis auf. Aus der reichhaltigen Verlosung erhielt so mancher noch ein schönes Geschenk. In seinem Schlußwort gedachte der Ortsgruppenvorsitzende der Landsleute im abgetretenen Ostgebiet.

Landesverband Weser-Ems.

Ortsgruppe Oldenburg und Umgegend. Mit der satzungsgemäßen Monatsversammlung hatte die Gruppe eine Abschiedsfeier für den von Oldenburg verziehenden langjährigen 1. Vorsitzenden, Oberstleutnant a. D. v. Unruh, und seine Gattin verbunden. So hatten sich die Mitglieder fast ausnahmslos und manche Befreundete im Saale von „Haus Hillgesdor" versammelt. Mit dem Gesang des Ostmarkenliedes wurde das im Kreise der ostdeutschen Landsleute sich ungeteilter Beliebtheit erfreuende Ehepaar beim Eintritt begrüßt. Der geschäftliche Teil, vor dessen Beginn Oberstleutnant a. D. v. Unruh in bewegten Worten seinen Dank für die freundliche Begrüßung zum Ausdruck gebracht hatte, wurde durch die Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts der eingegangenen Rundschreiben, durch die Festsetzung der Hauptjahresversammlung im Januar n. J., mit der Wahl der Rechnungsprüfer u. a. m. erledigt. Die Leitung des der Unterhaltung und der Geselligkeit gewidmeten Teiles übernahm der einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählte Herr A. Richter unter Beibehaltung der bisher bestens von ihm versehenen Geschäfte als 1. Schriftführer. Dieser richtete anerkennende und ehrende Dankesworte an den bisherigen 1. Vorsitzenden für die treue, gewissenhafte und selbstlose Arbeit sowohl als Vorstandsmitglied wie als 1. Vorsitzender. Eine künstlerisch ausgeführte Ehrenurkunde sowie eine vorzügliche Radierung des Schlosses in Oldenburg waren die sichtbaren Beweise des Dankes. Weitere Ehrungen durch Ansprachen, Überreichung von Blumenspenden an Frau v. Unruh, Musikvorträge durch ein Quartett, ernste und launige Vorträge und Darbietungen durch Mitglieder der Jungschar, unter denen das in Rokokokostümen von Fräulein Lück und Herrn Neugebauer jun. getanzte Bild aus „Meißner Porzellan" besonders gefiel, folgten in ansprechender Mannigfaltigkeit und Vielseitigkeit. Nachdem ein Schreiben des Bundespräsidiums, in dem Oberstleutnant a. D. v. Unruh auf einstimmigen Vorschlag der Ortsgruppe zum Ehrenvorsitzenden desselben ernannt ist, verlesen war, versicherte dieser, daß er kaum Worte des tiefempfundenen Dankes zu finden vermöge. Das Band, das ihn fortan mit der Ortsgruppe und allen ihren Mitgliedern und Freunden verknüpfe, sei unlösbar, und er würde es auch von seinem neuen Wohnort aus erkennbar machen. Erst in vorgerückter Stunde fand die schöne und eindrucksvolle Feier ihren Abschluß, die sowohl bei den Gebenden wie bei den Empfangenden eine unvergeßliche Erinnerung zurückläßt.

Ostmärkische Heimatnachrichten.

Persönliches.

Theaterdirektor Leo Walther Stein †.

Der Theaterdirektor und Theaterschriftsteller Leo Walther Stein hat sich Freitag den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, in seiner Berliner Wohnung, Uhlandstr. 194 a, wegen finanzieller Sorgen erschossen. Er war eine in der deutschen Bühnenwelt sehr bekannte Persönlichkeit und hat sich als langjähriger Leiter des neuen Bromberger Stadttheaters um die Kunstpflege in der Ostmark große Verdienste erworben. Leo Stein (der sich erst später in seiner Eigenschaft als Lustspielautor Leo Walther Stein nannte, weil er mit dem Wiener Librettisten Leo Stein häufig verwechselt wurde und er seinen verstorbenen ersten literarischen Kompagnon Walther ehren wollte) war als geborener Oberschlesier (Gleiwitzer) selbst ein Sohn der Ostmark, fühlte daher aus innerstem Erleben mit dem Deutschtum in seinem Kampfe gegen das Polentum und erkannte mit erfreulicher Klarheit die Kulturmission des Deutschtums im Osten. Stein war als Nachfolger Oskar Langes der zweite Direktor im neuen Bromberger Stadttheater, das 1895 eingeweiht wurde und das Stein etwa von 1897 an 10 Jahre lang leitete. Er entwickelte seine Bühne geradezu zu einem provinziellen Musterinstitut. Sein Spielplan hatte ein selten hohes Niveau. Er brachte jedes Jahr eine große Reihe von Uraufführungen und Premieren und pflegte daneben die Klassiker in verständnis- und liebevollster Weise. Er gab beispielsweise einen Zyklus der Shakespeareschen Königsdramen, einen Zyklus historischer Lustspiele, beginnend von den klassischen Komödien der alten Griechen und Römer, dann die bedeutendsten Lustspiele aller Kulturvölker berücksichtigend, bis zur modernen Komödie. Er bot eine glänzende Wiedergabe des ganzen „Faust", führte die „Wallenstein"-Trilogie an einem Tage auf, alles künstlerische Großtaten, die man in Berlin sehr viel später erst erleben konnte, und bot in Verbindung mit der von unserem Bundespräsidenten Ginschel gegründeten literarischen Abteilung der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Bromberg durch Mittagsvorstellungen literarische Leckerbissen, die vorher in Vorträgen der literarischen Gesellschaft erläuternd behandelt wurden. Da Stein den Winter über nur Schauspiele, Lustspiele und Possen pflegte, konnte er Zeit, Kraft und Geld ausschließlich auf die Wahrung des literarischen Niveaus seiner Bühne verwenden, bot aber jedes Jahr am Schluß der Saison den Brombergern auch eine hochstehende Monatsoper, für die zumeist das Opernensemble des Rostocker Stadttheaters gewonnen wurde und die häufig Richard Wagners „Nibelungen" und viele andere bedeutende Werke der Opernliteratur in sehr guten Aufführungen bot. Während seiner Bromberger Zeit brachte er auch schon eine Reihe von Stücken, die er selbst allein oder mit anderen Autoren geschrieben hatte, zur Aufführung. In größerem Umfange aber betätigte sich Leo Walther Stein als Autor erst, nachdem er die Direktion des Bromberger Stadttheaters niedergelegt hatte, nach Hannover übergesiedelt war, das dortige Deutsche Theater übernommen und schließlich die dortige Schauburg gekauft und verpachtet und so sich Zeit und Muße für sein literarisches Schaffen gesichert hatte.

Stein lebte vor dem Kriege in guten Verhältnissen. Er hatte als Theaterdirektor Ersparnisse gemacht, und seine Stücke brachten ihm fortgesetzt gute Einnahmen. Der Verlust seines Vermögens durch die Inflation zwang auch ihn, seinen Beruf als Theaterdirektor wieder aufzunehmen. Zuletzt leitete er das Trianon-Theater in Berlin, für das er die geschiedene Frau des Herzogs von Anhalt, eine frühere Schauspielerin namens Strickrodt, gewann, die aber nicht die Zugkraft ausübte, die Stein wohl erwartet hatte. Er hatte infolgedessen mit Geldsorgen zu kämpfen. Wie uns mitgeteilt wird, waren seine finanziellen Verhältnisse aber keinesfalls verzweifelt und es hätte sich bei ruhiger Überlegung sicher ein befriedigender Ausweg finden lassen. Stein aber setzte es sich in den Kopf, daß der Bankrott unvermeidlich sein werde, und nahm sich das so zu Herzen, daß der Dreiundsiebzigjährige schon seit Tagen und Wochen unter schwerster Niedergeschlagenheit litt. Nachdem er in seinem Büro eine Aussprache mit seinem Rechtsanwalt gehabt hatte, sprach er sich in seiner Wohnung noch mit seinem Mitarbeiter aus, begab sich dann ruhig in sein Schlafzimmer und schoß sich dort zum Entsetzen seiner Frau und Tochter eine Kugel durch den Kopf, wodurch sein sofortiger Tod herbeigeführt wurde. Die Beerdigung erfolgte unter großer Teilnahme am 7. Januar, nachmittags 1 Uhr, auf dem Friedhof an der Heerstraße. Alle, die den strebsamen Künstler und Theaterleiter und seinen lauteren Charakter gekannt haben, werden die Kunde von dem tragischen Ende seines Lebens mit tiefster Anteilnahme vernommen haben. G.



Leo Walther Stein.

Robert Garrison †.

Am 6. Januar starb in Berlin das Mitglied der Zickel-Bühnen, Robert Garrison, nach kurzer Krankheit. Er war ein Bruder des Barytonisten Max Garrison, begann seine Laufbahn 1896 in Halle und kam dann an das Stadttheater in Bromberg, dem er jahrelang als erster Charakterdarsteller angehörte und von wo er dann nach Wien und Berlin ging, wo er sich bald einen Namen machte.

Therese Malten †.

Die hochbetagte Opernsängerin Therese Malten, die früher viele Jahre lang der Dresdener Hofoper angehörte und sich besonders als Wagnersängerin — auch bei den Festspielen in Bayreuth — hervorgetan hat, ist kürzlich auf ihrer Besitzung bei Dresden gestorben. Sie war in Insterburg geboren.

Polizeisenator Wilhelm Schümmer †.

In Ensen bei Köln a. Rh. starb im 48. Lebensjahre der frühere hauptamtliche Polizeisenator der Freien Stadt Danzig, Wilhelm Schümmer. Er war früher Gewerkschaftssekretär der katholischen Arbeitervereine der Diözese Kulm und gehörte der Nationalversammlung als Mitglied des Zentrums des Wahlkreises Westpreußen an. In seiner Amtszeit wurde die Organisation der Danziger Schutzpolizei durchgeführt, die in der schweren Übergangszeit Danzig vor Unruhen bewahrte. Krankheitshalber schied er Ende 1924 aus dem Amte aus.

Pfarrer Warmbier gestorben.

Pfarrer Karl Warmbier aus Tarnowko, Kr. Kolmar, ist am 29. Dezember im Posener Diakonissenhaus einem schweren Leiden erlegen. W. war am 20. März 1865 in Polnisch-Wisniewki, Kr. Flatow, als Sohn eines Gutsbesitzers geboren, besuchte das Gymnasium in Pr.-Friedland und Schneidemühl und studierte in Berlin. Die theologischen Prüfungen legte er in Danzig ab und war mehrere Jahre als Hauslehrer und Synodalvikar dort tätig. 1897 ging er

nach seiner Ordination nach Lippin, Kr. Berndt, und, als diese Gemeinde durch Abwanderung immer kleiner wurde, wurde er 1912 nach Tarnowko berufen, wo er bis zu seiner schweren Erkrankung segensreich wirkte.

Professor Lubarschs 70. Geburtstag.

Der pathologische Anatom Otto Lubarsch, der bis zur Erreichung der Altersgrenze den einstigen Lehrstuhl Virchows an der Berliner Universität innegehabt hat, feierte am 4. Januar seinen 70. Geburtstag. Prof. Lubarsch war von 1900 bis 1904 Leiter der pathologisch-anatomischen Abteilung am neuen Hygienischen Institut in Posen und zugleich Prosektor am städtischen Krankenhause.

*

Auszeichnungen: Landrat Dr. Ortner, Dt. Krone, hat den päpstlichen Gregorius-Orden verliehen erhalten. — Oberpfarrer Paul Gürtler in Fraustadt, dessen drei Söhne gleichfalls als Pfarrer in Graudenz, Schmiegel und Berlin wirken, ist die Hellmann-Medaille des Meteorologischen Instituts in Berlin verliehen worden als Anerkennung für die langjährige wertvolle Beobachtungstätigkeit des alten Herrn. Herr Oberpfarrer Gürtler, der selbst in Posener Kreisen weit bekannt ist, ist der Vater des von allen Ostbundmitgliedern hochgeschätzten Pfarrers Ernst Gürtler von der Kirchengemeinde an der Heerstraße in Berlin.

Jubiläen: Landjägermeister Hornickel feierte in Tirschtiegel am 3. Januar sein 25jähriges Dienstjubiläum. — Kantor und Lehrer Pohl in Brätz beging sein 25jähriges Amtsjubiläum. — Sanitätsrat Dr. Gaedecke in Landsberg (Warthe) ist am 2. Januar 1930 40 Jahre als praktischer Arzt in Landsberg tätig. Er ist geborener Perleberger und ein Schüler des Professors von Bergmann.

Wahl. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe Crossen (Oder), Herr Bezirksdirektor Kurt Boller, wurde am 17. November zum Stadtverordneten und von der Stadtverordnetenversammlung als Ratsherr in den Magistrat Crossen gewählt.

Silberne Hochzeit: Dr. Brunk und Frau, geb. Borkowski, in Janow (Pom.), fr. Nakel, wo Br. Impf-, Bahn- und Kommunalarzt war, am 14. Oktober 1929. — Wilhelm Alwin und Frau Marta, geb. Baginzki, in Horst-Emscher. Wilhelm Alwin wurde Oktober 1921 aus Grünberg, Kr. Samter, vertrieben; er ist langjähriges Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Horst-Emscher. — Direktor Wilhelm Mewes in Liegnitz, Dovestr. 22, fr. Posen, am 12. Januar; M. hatte früher in Posen eine Speditionsfirma inne; Liegnitz hat seiner Tatkraft den Kristallpalast und das größte Lichtspieltheater am Platz zu verdanken; 1929 wurde er Obervorsteher der altehrwürdigen Liegnitzer Schützengilde. — Bäckereibesitzer Heinrich Wache und Frau Ida, geb. Jokisch, in Eberswalde, fr. Rackwitz i. Posen, am 12. Januar. — Bürgermeister a. D. Paul Lutze und Frau Marta, geb. Haasenritter, — L. war von 1904 bis 1920 letzter deutscher Bürgermeister in Tuchel (Westpr.) — am 16. Januar.

Diamantene Hochzeit: Das Gottfried und Wilhelmine Salewskische Ehepaar in Stradem, Kreis Rosenberg (Westpr.), am 2. Januar.

Bejahrte Ostmärker: Oberpostschaffner a. D. August Blesin in Berlin-Friedrichshagen, früher Schubin, am 6. 1. 66 J.; Lehrer i. R. Robert John in Mühlheim-Ruhr, früher Pruschkowo, Kr. Schmiegel, am 8. 1. 80 J.; Altsitzer August Giebel in Brätz am 6. 1. 98 J.; Veteran Gustav Alwin in Horst-E. (Westf.), früher Grünberg, Kr. Samter b. Posen, am 30. 1. 80 J.; Oberzollinspektor a. D. Heinrich Wannke in Puschkau, Kr. Schweidnitz, früher Pudowitz, Kr. Posen-Ost, am 24. 1. 72 J.; Landwirt Heinrich Böttcher in Eisdorf bei Striegau, früher in Groß-Elsingen, Kr. Wirsitz, am 12. 2. 80 J.; Frau Willbrecht in Niesky (O.-L.), Ödernitzer Str. 6, früher Nakel (Netze), am 24. 12. 29 75 J.; Frau Kurz in Celle, Breite Straße 34, früher Thorn, Bromberg und Danzig, am 6. 2. 67 J.; Strafanstalts-Oberwachtmeister Robert Bohrts in Brandenburg (Havel), Franz-Ziegler-Str. 3, früher Posen, Posener Str. 44, interniert in Szczypiorno, Block 9, am 16. 12. 29 65 J.; Franziska Schliep, geb. Sulkowski, in Wittenberge, Franzstr. 4, früher Bromberg, am 26. 1. 64 J.; Schleusenverwalter Wilhelm Herforth in Berlin, Schleuseninsel im Tiergarten, früher kgl. Schiffsführer in Posen, am 3. 1. 70 J. — Wie wir erst jetzt erfahren, hat am 4. 11. v. J. Herr Profetor Witting in Berlin S 59, Hasenheide 78, II, früher in Bromberg, in körperlicher und geistiger Rüstigkeit seinen 90. Geburtstag gefeiert.

Gestorben. Eigentümer Johann Neumann in Bialla (Ostpr.), früher Buschkau, Kreis Schubin, am 8. 12., 70 J.; Henriette Hinz, geb. Blesin, in Fraustadt (Grenzmark), früher Siedlisko, Kreis Schubin, am 29. 12., 64 J.; der frühere Pächter des Thurn und Taxisschen Gutes Orpischewo Hermann Schreiber in Bankau, Freistaat Danzig, 81 J.; Tischlermeister Wilh. Delzer in Finow (Mark), früher Gerstfelde bei Rogasen, am 5. 1., 60 J.; Frau Lehrer Ziemke in Berlin-Cöpenick, Dorotheenstr. 5, früher Friedheim, am 2. 12., 77 J.; Schulrat i. R. Paul Rosenstedt in Berlin, Braunsberger Str. 15, früher Exin und Bartschin, am 7. 12., 70 J.; Ernst Seitz, Sohn des Töpfermeisters Erich S. in Rosenberg (Westpr.), früher Thorn, 26. 12., 23 J.; der frühere Mühlenbesitzer und Rendant a. D. Karl Cierpinski in Punitz (Posen) am 23. 11., 74 J.; C. bekleidete in der Stadt- und Kreisverwaltung und in der Provinz im kirchlichen Leben mehrere Ehrenämter; er wurde, obwohl schwer krank, in Szczypiorno interniert; Stadtrat Louis Schneider in Schneidemühl am 31. 12., 80 J.; Frau Anna Schulze, geb. Schmiedehinze, in Schneidemühl am 29. 12., 48 J.; Rangiermeister a. D. Otto Mack in Schneidemühl am 29. 12., 53 J.; Lehrer und Stadtrat a. D. Hans Winkler aus Elbing in Berlin NW 87, am 3. 1., 62 J.; Konrektor i. R. Hugo Werner in Elbing am 31. 12.; Frau Wilh. Döhring, geb. Lischek, in Elbing am 3. 1., 65 J.; Altsitzer Wilhelm Kannenzieher in Rosenau, Kreis Rosenberg (Westpr.), am 2. 1., 93 J.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilagen „Ostland-Kultur“ und „Der junge Ostmärker“ 20 Seiten.

Am 26. Dezember 1929 entschlief nach kurzer Krankheit unsere innig geliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Henriette Oehlke
geb. Draeger

im 77. Lebensjahr.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Elfriede Oehlke.

Berlin-Friedenau, Ceciliengärten 12.

Am 4. Januar 1930 entriß uns der unerbittliche Tod unsere geliebte, treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwägerin und Tante, die Pensionärin

Frau Bertha Heinrich

im 52. Lebensjahr.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Berlin-Weißensee,
Charlottenburger Str. 39.

(Früher Posen-Lazarus.)

Die Verlobung unserer Tochter

Charlotte

mit dem Kaufmann Herrn

Bruno Jordan

zeigen wir ergebenst an

Otto Riesler u. Frau Klara

Berlin-Neukölln, Emser Straße 85.

(früher Wronke und Zirke.)

Ortsgruppe Mariendorf-Tempelhof des Deutschen Ostbundes

ladet alle Landsleute und Gäste zu ihrem

3. Stiftungsfest

am **Sonntag,** den **19. Januar,** nachm. 4 Uhr in **Veit's Gesellschaftshaus, Berlin-Tempelhof,** Berliner Str. 21, Ecke Dorfstr., freundlichst ein. **Die Festrede hält Herr Bundespräsident Dr. Lüdke.** Reichhaltiges Programm — Theater, Rezitationen, Tanz. — Eintrittspreis einschl. Tanz u. Steuer RM. 1.—. (Straßenbahn 25, 35, 99, 199, 6 und U-Bahn.

Der Vorstand.

Polnische Hypotheken,

Grundstücke, Forderungen, Wertpapiere etc.

verkauft — verwaltet

„MERKATOR" G.m.b.H.

Poznań (Posen), Skośna 8.

Vertragsgesellschaft: Verband für Handel und Gewerbe, e. V., Posen. Ehrenamtl. Vertr.: Deutscher Außenhandelsverband, Berlin. Allererste Refer.

Einladung zu einem

Familienabend am ostmärkischen Herd



am Mittwoch, dem 22. Januar 1930, abends 8 Uhr, im **„Cöpenicker Hof", Berlin SO 36,** Cöpenicker Straße Nr. 174.

Der Frauendienst des Landesverbandes Berlin-Brandenburg

Frau Ruth Heerdegen, Vorsitzende.

Eintrittskarten zum Preise von 75 Pf. einschl. Steuer sind im Frauenreferat des Deutschen Ostbundes, bei den Vertrauensdamen der Ortsgruppen wie an der Abendkasse zu haben.

Unsere Szczypiorno-Schrift

72 Seiten, mit zahlreichen Bildern, auf Illustrationspapier gedruckt,

Preis 2 Mark,

muß jeder deutsche Ostmärker kennen denn hier handelt es sich um deutsche Kulturdokumente ersten Ranges gegen die größte polnische Schmach.

Bestellungen erbitten wir gegen Einsendung von 2 Mark oder Einzahlung dieses Betrages auf unser Postscheckkonto Berlin 104 726 schleunigst. Auch jede Ortsgruppe muß das Buch besitzen. Es bietet für Vorträge und Aufklärungsartikel in der Presse unerschöpfliches Material.

Deutscher Ostbund, Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße.

Eine flottgehende

Ofenfabrik

m. gutem **Ofensetzgesch.** i. Bez. Breslau wegen Tod des Besitzers sofort zu verkaufen, evtl. zu verpachten. Wohnung vorhanden. Anfr. unt. **4406** a. d. Ostland erb.

Zigarrengeschäft

nachweisl. Vollexistenz mit Wohn., Miete nur 75,— M., tauschlos, an Kassakäufer preiswert zu verkaufen.

Hansel, Berlin N 113, Malmöer Str. 23.

Fleischerei

mit Gastwirtschaft und 3 Mg. Eigentum, 7 Mg. Pachtl. ist krankheitshalber bei 10000 M. Anz. sofort zu verkaufen. Anfragen unter **4408** an das Ostland erbeten.

Gasthaus

mit Schmiedewerkstatt und kleiner Landwirtschaft, mass. Gebäude, nahe an Stadt, an der Hauptstraße und Eisenbahn Dresden—Görlitz gelegen, zu verkaufen und sofort zu übernehm... Offerten zahlungsfäh. Selbstreflektanten unt. **„Eigenheim 4394"** an das Ostland erbeten.

Gute Existenz

in gut besuchtem Badeort. Bollwerk (Lösch- u. Lagergebühren nach Tarif) am Zwischenwasser, 5 Min. von der Ostsee, a. verkehrsreicher Straße gelegen, 2 Mrg. Grundfläche, mit neu ausgebauten Wohn- u. Restaurationsräumen, auch passend für Materialienhandlung und Bootsbauer sowie für jeden Fabrikbetrieb, wird verk. od. verpacht. Auch Baustellen, herrlich an Wald und See gelegen, sind verkäufl. Schriftl. Anfragen an **Artur Pyszka,** Neptun-Drogerie, **Berlin NO 55,** Chodowieckistr. 35.

Obst- u. Gemüsegeschäft

in bester Gegend Neuköllns mit sehr guter Wohnung zu verkaufen. Durch umfangreiche Neubaut. enorme Entwicklungsmöglichkeit. Näh. unter **4392** an das Ostland.

Ein

Wohnhaus

Scheune mit Stallung u. Schuppen u. $3^3/_4$ Mg. Land zu verkaufen. Preis 3000 Mark. Zu erfrag. b. **E. Buchwald, Aslau,** Kr. Bunzlau (Schlesien).

Spar- u. Darlehnskasse Deutscher Ostbund e. G. m. b. H., Stettin
Bugenhagenstr. 14, II

gewährt Ostbundmitgliedern

Darlehne

zu günstigen Bedingungen.

Die günstigen Bedingungen können jedoch nur dann eingehalten werden, wenn die Spareinlagen hierfür ausreichen. Wir bitten daher, verfügbare Gelder der Ostbund-Darlehnskasse zuzuführen.

Spareinl. werden mit $8\frac{1}{2}\%$ verzinst.

I. Vorsitzender O. Schmidt. — Geschäftsführer Karl Müller.

Wald- und Jagdgut

mit massivem Jagdhaus, gr. Diele, 3 Zim., Veranda, Küche, Keller und Boden, elektr. Licht kann angelegt werden. Sehr geeign. zur **Anlage von Spargelplantagen.** Von Berlin 1½ Std. per Auto, i. Kr. Schweinitz, 608 Morg. 20—40 jähr. Bestand, 62 Morg. Schonung, Rotwild, Rehwild, Hasen, Kaninchen, Fasanen, Schnepfen usw. Letzter Abschuß: 5 Geweihte, 1 Mutterwild, 10 Böcke usw. Schuldenfrei. Spottpreis 70 Mille bei 46 Mille Anzahlung.

Erwerbs-u. Mühlengut

Mahl- und Sägewerk, i. Kr. Torgau, 350 Mg. eigen und 150 Mg. Pacht. Tadellose Jagd. Fischteiche (5 Mg.), 50 Mg. Wiese, 210 Mg. Acker, Ia. Inventar. Wohnh. 12 Zim. Preis nur 160 Mille, Anz. 65—70 Mille.

Großes Ausflugslokal

idyllisch im Walde bei Bad Freienwalde, **auch als Erholungsheim** usw., 6 Mg. groß, unweit a. See. Preis 75 Mille, Anz. 20 Mille.

Pa. Gasthof

in Bad Freienwalde. Anz. 16—17 Mille.

Pa. Grundstück

mit Kolonialwaren und Bierstube (Vollkonzession) in Wriezen, Anzahl. 8 Mille.

Gut

Uckermark, 420 Mg., isoliert. Anz. 70 Mille.

Gut

Oderbruch, 225 Mg. Anzahlung 60 Mille.

Landhaus

i. Schiffmühle bei Bad Freienwalde (Oder), herrl. Lage a. d. alten Oder, Haus massiv, 1921 erbaut, 4 Zim., Küche, ganz unterkellert, groß. mass. Stall, kl. Arbeiterhaus, mehrere Mg. Land direkt ums Haus, alles zusammen ca. 50 Mg., davon mehrere Mg. Ia. Tonberg (Spekulationsobjekt) mit Verladebollwerk usw. Günstig für Ziegeleibau oder Tonverladung, Abnehmer vorhanden, auch schöner Ruhesitz, da am Walde auf der Anhöhe, Geflügelzucht. Verkauf nur wegen finanz. Notlage und Krankheit. Erfordl. 15 Mille, Preis 40 Mille. Nur ernsthafte, kurzentschlossene Selbstkäufer erhalten Nachricht gegen Rückporto.

Keferstein, **Bad Freienwalde a. O.,** Bahnhofstraße 2.

Ostmärkertochter, 18 J. alt, von tadellos. Ruf, sucht

Stellung

Zuschriften unter 4389 an das Ostland erbeten.

Suche ehrlich., fleißiges

Mädchen

welches melken kann, für Landwirtschaft und Haushalt

Otto Dorn, Mühlenbes., **Bechlin bei Neuruppin.**

Verwertung von

Entschädigungs- u. Schuldbuchforderungen

Beratung, Vorschüsse,

Beleihung

Ankauf zu höchsten Kursen und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G. m. b. H.

Dr. Polke. Bürgermeister a. D. Müller

jetzt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B II

Tel. Nollendorf 2775.



„Haus Ostland"

Selchow in Pommern

Der nächste **Lehrgang für Ansiedler- u. Bauerntöchter**

beginnt am **15. Januar 1930** und dauert bis **15. März 1930.** — Es sind zu zahlen je Monat 45 M. für Unterkunft und Verpflegung und 10 M. für Kursusgebühr. — Der Gesamtbetrag von 110 M. ist im voraus zu entrichten. Insgesamt können 24 junge Mädchen aufgenommen werden. Anmeldungen nimmt entgegen und Auskunft erteilt jederzeit **Frau Ruth Heerdegen, Deutscher Ostbund, Berlin-Charlottenburg 2,** Hardenbergstr. 43, VI, Telephon Steinplatz 8031.

Mitglieder!

Bedient Euch nach Möglichkeit Eurer Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe

Diese Abteilung hilft den Mitgliedern bei der Verwertung ihrer **Schuldbuchforderungen** und bei allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle

des Deutschen Ostbundes. Sie vermittelt **alle** Versicherungen zu günstigsten Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steinpl. 8031.

OSTMÄRKER! tretet unserer Ostbund-Sterbekasse bei. Näh. durch die Bundesleitg.

Polnische Hypotheken

Forderungen, Wertpapiere, Grundstücke in Polen kauft für das Hypotheken- und Handelshaus **Edmund Suwalski,** Bydgoszcz (Polen)

Emil Wollenberg,
Bln.-Charlottenburg,
Mommsenstraße 46.
Tel. Bismarck 4663.

5 To. Dampfmühle
mit Bäckerei

Futtermittel-, Getreide- u. Kohlenhandlung in Stadt 60 km von Berlin, Umsatz 200 000 M., für 3 Familien passend, da 3 Vier-Zimmer-Wohnungen tauschl. frei. Voller Betrieb, 30 J. im Besitz, Lastauto, weg. Todesfalls für 60 000 M. bei 15 000 M. Anzahlung verkauft
Pantel, Oranienburg, Mühlenfeld 6, Tel. 2730.

Sehr gut gehendes

Café-Restaurant

in bester Verkehrsstraße im Berliner Westen, sofort **günstig zu verkaufen.** Preis 17 000 M., 15 000 M. bar erforderlich. Offerten u. 4387 a. d. Ostland erb.

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40
Telephon: Moritzplatz 4273
Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Bedienung
Reparaturen sofort
Eig. Werkstatt im Hause
Lieferant für Krankenkassen
Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost
Ostbundmitglieder erhalten 10% Rabatt

Möbeltransporte



in Berlin und nach außerhalb per Bahn und Automöbelwagen, Wohnungstausch. Lagerung.

Steglitzer Straße 91, Fernsprecher: Lützow 94 u. 6798

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 5. Kl. **Ziehung:** vom 8. Februar bis 14. März

Zu haben bei **Staatl. Lotterie-Einnehmer**

Siwinna, Berlin W 35, Potsdamer Str. 116a,
Ecke Lützowstraße.
früher in Kattowitz. O./S. Tel. Lützow 3686.

Der **„Ostdeutsche Heimatkalender"** klärt auf über Lage und Entwicklung des gesamten Ostdeutschtums vom Baltikum bis Siebenbürgen; er berücksichtigt besonders den am schärfsten umkämpften Teil der deutschen Ostfront, die uns von Polen geraubten Gebiete. Er enthält künstlerisch hochwertige, zum Teil farbige Abbildungen. — In den Aufsätzen bewährter Kenner des Ostens bietet er reiches Aufklärungsmaterial für jeden, der sich mit Ostfragen befaßt. In den Beiträgen bekannter Schriftsteller gibt er einen Ausschnitt aus dem literarischen Schaffen der Ostmark. Als wertvolle Waffe im Kampfe um die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Bln.-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43.

Ausschneiden! — Absenden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich .... Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1930"

zum Preise von **1,50 Mark,** als **Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.**

Bezahlung erfolgt:

1. durch Nachnahme. 2. durch Postanweisung. 3. durch Postscheck.

(Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: ....

Wohnort: .... Poststation: ....

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße 7/8.

Der junge Ostmärker

1930 | Halbmonatsschrift für die Ostmarkarbeit der deutschen Jugend. | 1. Folge

Mitteilungsblatt der Jungscharen im Deutschen Ostbund.



Ins Jungscharbuch.

Sprich nicht Böses von einem Menschen, wenn du es nicht gewiß weißt; und wenn du es gewiß weißt, so frage dich: Warum erzähle ich es? Johann Kaspar Lavater.

Den lieben Jungostmärkern,

die uns zu Weihnachten und zu Neujahr mit Brief- und Kartengruß erfreuten, sagen wir auch hier herzlichen Dank und erwidern das Treugelübde, das uns ausgesprochen ist. Euch und allen jungen Ostmärkern, unserer großen Ostbundgemeinschaft, der Ostmark und unserer alten Heimat, unserem Volk und Vaterland wünschen wir, mit euch allen, Aufstieg in eine hoffnungsvolle Zukunft. Und wir wollen fortan in ernster und zielbewußter Arbeit bei jugendlich-fröhlichem Wollen zusammenstehen und immer bei allem, was wir tun und denken, die Worte des obigen köstlichen Spruches befolgen. Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit und Vertrauen, Ablehnung jeglichen unüberlegten Redens, vor allem aber der die reine und ideale Jugendarbeit verletzenden Intrige. Offen und ehrlich und treu in unserer ostmärkischen Jugendgemeinschaft und in der Arbeit. Und durch die Arbeit bereit sein zu Opfern für unser Ziel. Für die Ostmark kämpfen, bedeutet unendliche Kleinarbeit leisten. Erfüllt die Kleinarbeit, auch in dem Schaffen für den Deutschen Ostbund. Jedes neue Mitglied der Jungschar und des Deutschen Ostbundes bedeutet eine Verstärkung des Freundesblocks der Ostmark. Ostheil, Gruß und Handschlag zum Neuen Jahr!

Franz Lüdtke. Arno Hoffmeister.

Geschichtliche Bilder.

(Abschluß der Geschichte Ostpreußens.)

Die gegenwärtige Lage der Provinz Ostpreußen.

Rede des Oberpräsidenten Dr. Siehr am 20. Oktober 1929 in der Ostmarktagung zu Hannover.

Dank an die Veranstalter dieser Kundgebung, insbesondere an den Magistrat der Hauptstadt Hannover dafür, daß Vertretern der deutschen Ostmarken Gelegenheit gegeben wird, hier im Herzen Deutschlands über unsere Sorgen zu sprechen. Wir sind nicht gekommen, um unsere kleinen Provinznöte, die in der jetzigen Zeit jeder deutsche Landesteil hat, vor ihnen auszubreiten. Mit diesen müssen wir allein fertig werden. Aber ich habe die Überzeugung, daß man im Westen unseres Vaterlandes, speziell solange die Besatzung noch dauert, von der Grenzlandnot des Westens schreibt und spricht, aber von der sehr viel ernsteren Grenzlandnot im Osten Deutschlands nur allzu wenig weiß. Und doch liegt hier im Osten Deutschlands eine Gefahrenquelle für Deutschlands Zukunft, die nicht nur uns an der Grenze etwas angeht, sondern die ganz Deutschlands Zukunft bedroht.

Man versuche sich nur einmal vorzustellen, was es bedeuten würde, wenn beispielsweise Ostpreußen sich wirtschaftlich nicht mehr halten könnte, die jetzt schon bedrohliche Abwanderung aus dem dünn bevölkerten Lande sich verstärkt und das volkreiche Polen das Erbe der Abwandernden antritt. Ein Zusammenbruch der 700 Jahre alten Kolonisations- und Kulturarbeit Deutschlands dort im Nordosten würde auch die übrigen Ostmarken zu einem verlorenen Posten machen. Eine Zurückdrängung des Deutschtums bis zur Oder würde bedeuten, daß Berlin, nahe an die Grenze herangerückt, seinen Charakter als Reichshauptstadt nicht würde bewahren können, gar nicht zu reden von den wirtschaftlichen Auswirkungen, die ein Verlust dieser Agrargebiete für unsere Volkswirtschaft bedeuten würde. Es geht also um Deutschlands Zukunft, wenn wir dort mit allen Mitteln unseren vorgeschobenen Posten zu halten versuchen, und die Mitwirkung ganz Deutschlands ist es, um die wir für unsere Arbeit bitten.

Und wenn wir die Unmöglichkeiten der jetzigen Grenzziehung im Osten aufzeigen, so lehnen wir dabei jeden chauvinistischen Gedanken ab. Wir glauben dem Gedanken der Völkerversöhnung und Völkerverständigung, speziell dem Gedanken einer für beide Teile fruchtbringenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn, am besten zu dienen, wenn wir auf eine friedliche und vernünftige Korrektur der in Versailles geschaffenen Gefahrenquelle hinwirken. Ostpreußens Bevölkerung kann und wird die Hoffnung auf räumliche Wiedervereinigung mit dem übrigen Deutschland niemals aufgeben.

Das Versailler Diktat hat unser deutsches Vaterland im Osten, Norden und Westen durch neue Grenzziehungen nicht nur empfindlich verkleinert, sondern auch den deutsch gebliebenen Grenzländern durch die Nichtberücksichtigung wirtschaftlicher, kultureller und nationalpolitischer Zusammenhänge schwere Schäden zugefügt, unter denen Deutschland noch lange zu leiden haben wird. So schmerzlich diese „blutigen Grenzen" sich auch in den betroffenen Landesteilen auswirken mögen, kein deutscher Landesteil ist in seiner ganzen politischen und wirtschaftlichen Lage so schwer getroffen worden wie Ostpreußen, das nicht nur schwere Landeinbußen erlitten, sondern vor allem jeden räumlichen Zusammenhang mit dem Mutterlande verloren hat.

Die Grenzziehung von Versailles übereignete den alliierten und assoziierten Mächten den nördlich des Memelstroms gelegenen Teil Ostpreußens mit dem Hafen Memel und im Süden der Provinz schlug sie das Soldauer Gebiet Polen zu. Da es keinem Zweifel unterliegen konnte, daß die Bevölkerung in diesen Landesteilen bei einer etwaigen Volksabstimmung sich mit erdrückender Mehrheit für das Verbleiben bei Deutschland ausgesprochen hätte, so rollte man die Flagge des Selbstbestimmungsrechtes der Völker kurzerhand ein und annektierte diese Landesteile ohne Befragen der Bevölkerung. In gleicher Weise wurden große Teile der preußischen Provinzen Posen und Westpreußen ohne Volksabstimmung Deutschland genommen. Aus der kerndeutschen Stadt Danzig und ihrem nächsten Hinterlande wurde der „Freistaat Danzig" geschaffen, dessen Hoheitsrechte zugunsten Polens starken Einschränkungen unterworfen wurden. Der Rest wurde zu Polen geschlagen, so daß sich jetzt ein Streifen polnisch gewordenen Landes, der sog. „Korridor", in der beträchtlichen Breite von 90 bis 225 km zwischen die deutsch gebliebenen Landstücke östlich der Weichsel und das übrige Deutschland schiebt.

Dieser Schnitt durch den lebendigen Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches zerstörte nahezu völlig die lebhaften Wirtschaftsbeziehungen der östlich der Weichsel deutsch gebliebenen Teile Westpreußens sowie der südwestlichen Teile Ostpreußens zu dem Handelshafen Danzig und erschwerte den Verkehr mit dem westlich des Korridors gelegenen deutschen Gebiete. Die Provinz umfaßt seitdem das ganze deutsch gebliebene Land östlich der Weichsel in einer Gesamtgröße von rund 37 000 qkm mit einer Einwohnerzahl von 2¼ Millionen.

Die völlige Nichtachtung wichtiger wirtschaftspolitischer Zusammenhänge bei der Grenzziehung führte zu einer Durchschneidung zahlreicher Verkehrswege, Chausseen, Eisenbahnen und Wasserstraßen, deren Ersatz schwierig war, oftmals unmöglich blieb. Städte wie Tilsit, Marienburg, Dt.-Eylau, Freystadt, Bischofswerder haben ihr Hinterland verloren. Die neue Grenze geht zwischen der Stadt Tilsit und ihrem nördlich der Memel gelegenen Wasserwerk mitten hindurch, sie schneidet die Städte Garnsee und Bischofswerder von ihren polnisch gewordenen Bahnhöfen ab, so daß Bischofswerder durch eine neue Bahnlinie wieder an das Eisenbahnnetz herangebracht werden mußte. Die fruchtbare Marienwerderer Niederung wird gegen das Hochwasser der Weichsel durch kunstvolle Deichanlagen geschützt. Die neue Grenzziehung verläuft kreuz und quer über den Deich, den sie an verschiedenen Stellen schneidet, so daß der Schutz des Deiches, der jetzt abwechselnd auf deutschem und polnischem Gebiet liegt, erheblich erschwert und wertvoller Kulturboden dauernd gefährdet wird. Dazu kommt, daß die schlechte Unterhaltung der Buhnen und Ufer der Weichsel durch Polen neue Gefahrenquellen für Deich und Niederung schafft. Die bei Münsterwalde über die Weichsel führende Eisenbahnlinie wurde stillgelegt. Die dortige, mit einem Kostenaufwand von 9 Millionen ℳ erbaute Eisenbahnbrücke, ein technisches Kunstwerk, wird von den Polen zurzeit abgebrochen.

Nach Artikel 28 des Versailler Vertrages sollte die Hauptfahrrinne der Weichsel die neue Grenze Polens gegen Ostpreußen bilden. Entgegen dieser Bestimmung ist die Grenze derart gezogen, daß sie völlig auf dem rechten Weichselufer verläuft. Ein Streifen des Vorlandes und darüber hinaus fünf Dörfer rechts der Weichsel wurden Polen zugeteilt, so daß Ostpreußen von der wichtigen Verkehrsader des Weichselstroms völlig abgedrängt ist. Der in Artikel 97 des Versailler Vertrages der Bevölkerung Ostpreußens feierlich versprochene „Zugang zur Weichsel und ihre Benutzung für sich, ihre Waren und Schiffe unter billigen Bedingungen und in ihrem Interesse" existiert tatsächlich nicht, falls man nicht etwa eine 4 m breite Pflasterstraße bei Kurzebrack im Ernste als Erfüllung dieser Zusage ansehen wollte.

Daß diese Abdrängung Ostpreußens von der großen Schiffahrtsstraße des Weichselstroms für das ganze Weichselgebiet schwere wirtschaftliche Folgen zeitigen mußte, ist klar. Der früher stark befahrene Unterlauf der Weichsel liegt jetzt nahezu tot da. Der Binnenschiffahrtsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reiche, der in der Vorkriegszeit über das gut entwickelte Kanalsystem ein recht lebhafter war, ist zwar formell gestattet, existiert aber heute in Wahrheit überhaupt nicht mehr.

Ähnlich liegt es mit der zweiten Hauptwasserstraße Ostpreußens, dem Memelstrom. Vor dem Kriege durchströmte dieser in seinem Mittel- und Oberlauf Rußland, in seinem Unterlauf Ostpreußen. Er brachte jährlich durchschnittlich 2 Millionen Festmeter russisches Flößholz nach Tilsit und Memel und befruchtete damit eine blühende Holz-

industrie, die sich im unteren Memeltale angesiedet hatte. Hier haben die neuen Grenzziehungen östlich Ostpreußens die Lage völlig verändert. Nach Schaffung der russischen Nachfolgestaaten und nachdem Polen durch den Handstreich des Generals Zeligowski im Jahre 1920 sich in den Besitz des bis dahin von Litauen besetzten Wilnagebietes gesetzt hatte, durchströmt die Memel jetzt in ihrem Oberlauf Rußland, dann nacheinander von Polen besetztes Gebiet und Litauen, um schließlich in ihrem Unterlauf Grenzstrom zwischen Ostpreußen und dem Memellande zu werden. Diese Zerschneidung des Stromlaufs durch eine Reihe verschiedener Grenzen, vor allem aber der zwischen Litauen und Polen bestehende Streit wegen des Wilnagebiets, haben zur Folge gehabt, daß seit langen Jahren die Holzflößerei auf dem Memelstrom völlig aufgehört hat und die Holzindustrie im Memeltal sich auf bahnwärts bezogenes Holz umstellen mußte.

Das im Versailler Vertrag den alliierten und assoziierten Mächten zugesprochene Memelland war zuerst von französischen Truppen besetzt und mit französischen Verwaltungsorganen versehen worden. Es lag nahe, diese französische Besatzung als Platzhalterin für Polen anzusehen, das, wenn ihm das Memelland in gleicher Weise wie das Wilnagebiet in die Hand gespielt worden wäre, die Umklammerung der Provinz Ostpreußen vollendet haben würde. Eine neue Situation entstand, als im Jahre 1923 Litauen sich mit Gewalt des Memellandes bemächtigte und die französischen Truppen und Verwaltungsorgane zur Räumung des Landes zwang. Auch hier, wie in der Wilnafrage, hat der Völkerbund sich mit dem gewaltsam geschaffenen Zustande abgefunden. Das Memelland hat zum Schutze seiner bodenständigen deutschen Kultur in heißem Ringen ein Autonomiestatut erhalten, dessen praktische Durchführung auf vielen Gebieten jedoch noch auf Schwierigkeiten stößt, solange die litauische Militärherrschaft im Memelgebiet noch immer glaubt, mit Gewaltmethoden gegen die eigene Bevölkerung des Memellandes besser zu fahren als mit einer verständnisvollen Rücksichtnahme auf die kulturellen Bedürfnisse des Landes. Polen greift im Westen, Süden und Südosten mit seinen Grenzen um Ostpreußen herum. Im Osten und Süden ist Ostpreußen durch den Kriegsausgang von seinem natürlichen Hinterlande Rußland durch den dazwischengelagerten Gürtel der neu entstandenen Nachfolgestaaten abgeschnitten, und auch der direkte Verkehr über Litauen mit Rußland ist nicht mehr möglich, seit Zeligowski das Wilnagebiet für Polen besetzte und dadurch auch Litauen von der russischen Grenze abdrängte. Die uralte, wichtige Handelsstraße, die von Moskau her über Ostpreußen nach dem Westen Europas führt und auf der der Handel des Königsberger Hafens beruht, ist durch den Kriegsausgang für Ostpreußen sowohl im Westen wie im Osten durchschnitten. Die Durchschneidung im Osten muß und wird mit der Zeit dadurch vernarben, daß durch Abkommen mit den neu entstandenen Staaten die verkehrshemmende Wirkung der neu geschaffenen Grenzen nach Möglichkeit gemildert wird. Anders liegt dies mit der Korridorfrage im Westen, mit deren jetziger Regelung Ostpreußen sich niemals wird abfinden können und die nach einer vernünftigeren internationalen Regelung geradezu schreit. Ist eine solche Regelung möglich? Polen hat seine Ansprüche auf den Korridor vor allem begründet mit der Notwendigkeit eines Zuganges zum Meere. Dieser Wunsch ist für ein Binnenland verständlich, rechtfertigt aber nicht die Zerschneidung Deutschlands in zwei Stücke.

Schweiz, die Tschechoslowakei, Luxemburg sind blühende Länder mit hochentwickelter Industrie, ohne eine territoriale Verbindung zum Meere zu haben. Es wäre grotesk, wenn die Tschechoslowakei, weil sie viele ihrer Güter über Hamburg ausführt, quer durch Deutschland einen Korridor auf Hamburg, die Schweiz einen solchen quer durch Südfrankreich auf Marseille oder durch Deutschland und Holland bis zur Rheinmündung beanspruchen wollten.

Wenn Polen sich einmal von der Kriegspsychose freigemacht haben wird und wirtschaftlichen Erwägungen mehr Raum gibt, dann wäre es vorstellbar, daß es selbst sein Interesse daran erkennt, den Warenaustausch mit seinem westlichen Nachbarn nach Möglichkeit zu steigern und einer Lösung zuzustimmen, die für beide Teile erträglich ist. Weshalb Vereinbarungen über ein Mitbenutzungsrecht der unteren Weichsel oder der südnördlichen zum Meere führenden Eisenbahnen und eventuell eines Freihafens für Polen an der Ostsee dann Schwierigkeiten machen sollten, ist nicht einzusehen. Einstweilen aber ist man von dieser wirtschaftlichen Denkungsweise in Polen anscheinend noch recht weit entfernt.

Welche Wichtigkeit Ostpreußen in seiner jetzigen isolierten Lage als Vorposten deutscher Kultur und Wirtschaft im Nordosten unseres Vaterlandes besitzt, darüber ist sich unser Nachbar Polen völlig klar. Polen hatte bei den Versailler Verhandlungen darauf gedrungen, daß ihm nicht nur das Korridorgebiet, sondern auch Ostpreußen zugeteilt werde. Dies gelang nicht, und die Volksabstimmung im Süden und Westen der Provinz, die Ostpreußen damals aufgezwungen wurde, endete mit dem einmütigen Bekenntnis dieser Landesteile zu Deutschland. Den Versuch, auch hier, wie im Wilnalande, durch militärische Gewalt eine vollendete Tatsache zu schaffen, die der Völkerbund alsdann anerkennen müsse, hat Polen selbst in den ersten Nachkriegsjahren wohl für zu gefährlich angesehen, weil die Verwicklungen, die sich aus einem solchen Versuch ergeben mußten, unübersehbar waren. Heute verbietet die allgemeine politische Lage Polen ohnehin ein derartiges Abenteuer. Aber es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß die breite Masse des polnischen Volkes die Hoffnung, Ostpreußen zu gewinnen, bereits aufgegeben habe. Große Teile der polnischen Öffentlichkeit glauben auch heute noch an die Möglichkeit, mit wirtschaftlichen Mitteln zu diesem Ziele zu gelangen. Sehr interessant war in dieser Beziehung die Broschüre eines gewissen Srokowski, der in Königsberg lange polnischer Konsul gewesen war. Er weist darauf hin, daß Ostpreußen auf die große westöstliche Handelsstraße angewiesen gewesen sei. Nachdem diese durch den Korridor und die Randstaaten durchschnitten sei, müsse Ostpreußen dazu gebracht werden, daß es sich der nordsüdlichen Verkehrsstraße auf Polen zu bedient. Wenn es das nicht wolle, werde man es wirtschaftlich dazu zwingen können, indem man den Verkehr seines nächsten natürlichen Hinterlandes durch frachtliche Maßnahmen um Ostpreußen herum auf Danzig und Gdingen leite. Werde Ostpreußen auf diese Weise dauernd von seinem Hinterlande und dem übrigen Deutschland abgeschnitten gehalten, dann werde es mit der Zeit wirtschaftlich verelenden, das Reich werde das Interesse an der verarmten Provinz verlieren und die ostpreußische Wirtschaft werde schließlich keinen andern Ausweg mehr sehen, als sich Polen in die Arme zu werfen. Srokowski weist ferner darauf hin, daß jeder deutsche Siedler, den man in Ostpreußen ansetze, ein neuer Feind Polens in dessen Rücken sei. Polen müsse daher der deutschen Siedlungsarbeit in Ostpreußen entgegenarbeiten, indem es mit allen Mitteln das Hineinströmen polnischer Wanderarbeiter nach Ostpreußen fördere, statt, wie dies zeitweise der Fall war, es zu verhindern. — Diese Srokowskischen Ausführungen sind vom polnischen Standpunkt aus gesehen durchaus folgerichtig. Für uns Deutsche ergibt sich daraus die Notwendigkeit, einerseits die Siedlungstätigkeit in der menschenarmen Provinz erheblich zu verstärken und andererseits, solange der Korridor besteht, die ostpreußische Wirtschaft nicht lediglich ihrer natürlichen Entwicklung zu überlassen, sondern, soweit dies überhaupt in der Macht des Staates liegt, sie zu fördern und dadurch stark und widerstandsfähig zu erhalten.

Zur Beleuchtung dieser Verelendungstheorie Srokowskis muß noch ein Wort über die Wirtschaftslage Ostpreußens, wie sie durch den Kriegsausgang gestaltet worden ist, eingeschaltet werden. Als Ostpreußen vor dem Kriege nur die eine Grenze mit seinem natürlichen Hinterlande Rußland hatte, ging ein reger Transithandel über die ostpreußischen und westpreußischen Seehäfen Danzig, Königsberg und Memel und befruchtete das Wirtschaftsleben der Provinz. Vor allem russisches Getreide ging in großen Mengen über Ostpreußen, wo es mit ostpreußischem Getreide gemischt vermahlen wurde und dann nach dem Westen weiterging. Die kräftig entwickelte ostpreußische Holzindustrie lebte von dem russischen Holz, das auf dem Bahn- und Wasserwege in großer Menge nach Ostpreußen hereinkam. Hülsenfrüchte, insbesondere Linsen, für die Königsberg auf dem Weltmarkte maßgebend war, ferner Ölprodukte, Flachs, Hanf und Hede kamen aus Rußland über Ostpreußen herein. Umgekehrt gingen skandinavische und schottische Heringe, Salz, Düngemittel und westdeutsche Maschinen über Ostpreußen nach Rußland. Die billigen und guten russischen Futtermittel gingen teils aus Rußland im Transit nach dem Westen, teils blieben sie in der Provinz, wo sie dazu mithalfen, eine wertvolle Rasseviehzucht aufzubauen. Von der gesamten seewärtigen Ausfuhr Königsbergs waren rund 75 v. H. Waren russischer Herkunft oder solche Fabrikate, die aus russischen Erzeugnissen hergestellt waren. Der bahn- und seewärtige Verkehr von Flachs, Hanf und Hede war völlig russischer Herkunft. Von Ostpreußens Ausfuhr an Getreide und Hülsenfrüchten waren zwei Drittel aus Rußland hereingekommen. Das gleiche galt von dem größten Teil des ausgeführten Rohholzes sowie des von Ostpreußen exportierten Schnittholzes. Von den 600 000 Faß Heringen, die Ostpreußen jährlich einführte, wurden mehr als zwei Drittel bahnwärts nach Rußland weiterverfrachtet.

Alles dies ist durch den Kriegsausgang, insbesondere die Grenzziehung im Osten und die Wirtschaftsschwierigkeiten, mit denen Rußland zu kämpfen hat, grundlegend anders geworden. Der Warenempfang Ostpreußens (Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehr) aus dem ehemaligen Rußland einschließlich der Nachfolgestaaten hatte im Durchschnitt der drei letzten Vorkriegsjahre noch rund 1,3 Millionen Tonnen betragen. Im Jahre 1924 betrug er kaum 400 000 Tonnen, also weniger als ein Drittel, und im folgenden Jahre hatte er noch nicht die Hälfte der normalen Vorkriegseinfuhr erreicht. Der Versand Ostpreußens (Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehr) nach Rußland von durchschnittlich 268 000 Tonnen pro Jahr war im Jahre 1924 auf 69 000, 1925 auf 86 000 und 1926 auf 30 000 Tonnen gleich einem Neuntel gesunken.

Was die ungünstigen Auswirkungen des polnischen Korridors angeht, so liegen diese nicht in allererster Linie auf dem Gebiete des Verkehrs, sondern vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Wohl ist es richtig, daß die Zahl der freigegebenen Eisenbahnstrecken durch den Korridor und die Zahl der verkehrenden Züge ganz wesentlich eingeschränkt ist, daß der Personenverkehr auf allen Zügen, die nicht zu den privilegierten Korridorzügen gehören, durch Paß- und Zollkontrolle behindert wird, daß der Güterverkehr sich erheblich verzögert, der Binnenschiffahrtsverkehr durch den Korridor völlig stillgelegt ist und jeder Luftverkehr über den Korridor verboten ist. Weit einschneidender als diese Beschränkungen des Verkehrs ist aber die Tatsache, daß das Korridorgebiet, mit dem sich vor dem Kriege etwa ein Drittel des gesamten bahnseitigen Warenverkehrs Ostpreußens mit dem übrigen Reiche abwickelte, jetzt für den ostpreußischen Wirtschaftsverkehr völlig ausgeschaltet ist. Ostpreußen muß jetzt seine Waren, vor allem seine landwirtschaftlichen Produkte, soweit es sie vor dem Kriege nach Westpreußen und Posen verfrachten konnte, jetzt westlich des Korridors absetzen und daher für eine wesentlich verlängerte Bahnstrecke die erhöhte Fracht selber tragen, wenn es gegenüber den frachtlich günstiger

gelegenen Landesteilen konkurrenzfähig bleiben will. Andererseits muß Ostpreußen die früher aus dem Korridorgebiet bezogenen Waren jetzt von jenseits des Korridors gelegenen Stationen beziehen und auch hier die wesentlich höheren Frachten selber tragen. Die ostpreußischen Industrie- und Handelskammern schätzen die jährliche Mehrbelastung an Frachten, die Ostpreußen aus diesem Grunde tragen muß, auf jährlich 19½ Millionen M.

Die isolierte Lage der Provinz bewirkt leider noch immer, daß das reichsdeutsche Kapital sich gegenüber einer Kapitalanlage durch Grundstücksankäufe oder Hypothekenhergabe in Ostpreußen zurückhaltend verhält, anscheinend infolge einer Überschätzung der außenpolitischen Gefährdung der Provinz. Diese Zurückhaltung bewirkt insbesondere auch bei kurzfristigem Leihkapital, daß in Ostpreußen vielfach noch höhere Zinsen als in dem übrigen Deutschland verlangt werden.

Ein weiteres ungünstiges Moment für die ostpreußische Wirtschaft liegt darin, daß für den Absatz nach Berlin und dem übrigen westlichen Deutschland Polen zurzeit frachtlich günstiger liegt als Ostpreußen. Dieser Frachtvorsprung macht sich besonders bei landwirtschaftlichen Produkten und bei Schnittholz geltend.

Auch darf nicht verkannt werden, daß die rund 900 km fremden Grenzen, von denen Ostpreußen zurzeit umgeben ist, praktisch nicht so dicht abgeschlossen werden können, daß Schmuggel verhindert und Menschen- und Tierseuchen wirksam abgewehrt werden könnten. Wenn Ostpreußen in den letzten Jahren unter Viehseuchen vielfach zu leiden hatte, so ist auch dieser Übelstand zu einem erheblichen Teile auf die Unzweckmäßigkeit der Grenzziehung im Osten zurückzuführen.

Endlich darf nicht übersehen werden, daß die isolierte Lage der Provinz einem gesunden Austausch der kulturellen Kräfte der Nation entgegenwirkt, so daß im Laufe der Jahrzehnte die Gefahr einer Verkümmerung des kulturellen Lebens in der Provinz auftauchen muß.

Alle diese Gefahrmomente erfordern die ernsteste Aufmerksamkeit von Reich und Staat und rechtzeitige und umfassende Gegenmaßnahmen. Aber es wäre falsch, wenn man aus diesen Schwierigkeiten, die sich für die Provinz ergeben, den Anlaß zu pessimistischen Schlußfolgerungen herleiten wollte. Schwierigkeiten haben keinen anderen Zweck als den, überwunden zu werden. Es wäre falsch, wenn man nicht die starken Hilfsmittel zur Überwindung dieser Schwierigkeiten mit in Rechnung stellen wollte.

Reich und Staat haben dank zäher und unermüdlicher Aufklärungsarbeit mehr und mehr die starke Bedeutung erkannt, die Ostpreußen gerade infolge der durch den Kriegsausgang geschaffenen Lage für die Gesamtheit des deutschen Vaterlandes hat. In den beiden ersten Kriegsjahren hat Ostpreußen gegenüber der Überflutung Deutschlands durch die russischen Millionenheere als Wellenbrecher gedient und hat schweres Leid für die Gesamtheit des deutschen Volkes tragen müssen. Diese Bedeutung als Schutzwehr für die westlichen deutschen Landesteile ist durch den Kriegsausgang sicher nicht vermindert. Als agrarisches Überschußgebiet, das neben seiner eigenen Bevölkerung in Stadt und Land noch etwa 3 Millionen Deutsche mit Lebensmitteln versorgen kann, ist Ostpreußens Bedeutung für die deutsche Volksernährung und für die Erhaltung unserer Valuta gegenüber der Vorkriegszeit noch erheblich gesteigert, seit wir die andern großen Agrargebiete Posen und Westpreußen verloren haben. Ostpreußen, das im Durchschnitt der Jahre 1840 bis 1910 jährlich 10 400 Menschen, in den letzten beiden Jahren sogar 14 000 bis 15 000 Menschen, die hier geboren und erzogen sind, in vollkräftigem Arbeitsalter an den industriellen Westen abgibt, bildet ferner Menschenreservoir für den Westen und seine Großstädte, das bei dem allgemeinen Geburtenrückgange schwerer denn je zu entbehren ist. Dies wird auch dann noch der Fall sein, wenn es gelingt, diese für Ostpreußen zu starke Abwanderung nach und nach durch Siedlung und Arbeiterwohnungsbau sowie Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten einzuschränken.

In Erkenntnis dieser verstärkten Bedeutung Ostpreußens für die Gesamtheit des Reichs haben die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung wiederholt Hilfsmaßnahmen ergriffen, um der kämpfenden ostpreußischen Wirtschaft Hilfsstellung zu geben und das kulturelle Niveau der vor dem Kriege leider recht stiefmütterlich behandelten Provinz nicht absinken zu lassen. In den letzten Jahren sind im Wege der sogenannten Ostpreußenhilfe erhebliche Mittel der ostpreußischen Wirtschaft zugeführt worden, um durch Beschaffung verbilligter erst- und zweitstelliger Hypotheken der Kreditnot und dem Zinsdruck entgegenzuwirken und der Vorausbelastung Ostpreußens durch Mehrfrachten wenigstens teilweise abzuhelfen. Verbunden damit sind Hilfsaktionen für die ostpreußische Industrie, für Kleinbauern, Pächter, Fischer und Siedler. Weitere Hilfsmaßnahmen, die auf eine Lastensenkung, ein Produktions- und Absatzprogramm für die Landwirtschaft, weitere Förderung des Handwerks und der Industrie und Beseitigung schwerer sanitärer Versäumnisse der Vorkriegszeit hinzielen, sind in Vorbereitung. Ostpreußen steht also im Kampfe um die Erhaltung seiner Wirtschaft und damit seines Deutschtums nicht allein, sondern findet kraftvolle Unterstützung bei Reich und Staat. Das ist letzten Endes ja auch, soweit es die schwierige Finanzlage überhaupt zuläßt, nur eine Selbstverständlichkeit für jede Reichs- und preußische Staatsregierung, wie sie auch im einzelnen zusammengesetzt sein möge, da ein bloßer Blick auf die Karte lehrt, daß ein Verlust Ostpreußens, d. h. die Rückverlegung der deutschen Ostgrenze bis zur Oder, gleichbedeutend sein würde mit einer Zertrümmerung des Reiches.

Das stärkste Aktivum im Kampfe Ostpreußens um sein Deutschtum ist die Zähigkeit und Heimattreue der ostpreußischen Bevölkerung. Ostpreußen hat sich nicht darauf beschränkt, Reich und Staat um Hilfe in seinem Kampfe zu bitten, sondern es ist mit starker Energie darangegangen, im Wege der Selbsthilfe seine Wirtschaft, trotz aller künstlichen Erschwerungen, die ihm der Kriegsausgang gebracht hat, wieder stark zu machen. Die ostpreußische Landwirtschaft ist energisch darangegangen, die Qualität ihrer Produkte zu verbessern und ihre Absatzmöglichkeiten zu erweitern. Die geographische Lage der Provinz weist ihr die Aufgabe zu, eine Wirtschaftsbrücke zwischen Rußland und den Randstaaten einerseits und dem Westen andererseits zu bilden. Die Landwirtschaftskammer sowie die Handels- und Industriekreise der Provinz sind energisch ans Werk gegangen, um die durch den Krieg abgerissenen Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland wieder anzuknüpfen. Die Stadt Königsberg hat zu diesem Zwecke ihre Hafen- und Lageranlagen erheblich erweitert und die Ostmesse Königsberg ins Leben gerufen, auf der sich alljährlich Wirtschaftler Rußlands und der andern Oststaaten mit ostpreußischen Wirtschaftlern treffen und neue Wirtschaftsbeziehungen anbahnen. Ein Wirtschaftsinstitut für Rußland und die Oststaaten dient der weiteren Verknüpfung dieser Beziehungen. Die Ausfuhr von Edelprodukten der ostpreußischen Landwirtschaft, insbesondere Zuchtvieh, Saatgut und Pferden, macht erfolgversprechende Ansätze. Russische Ausfuhren, insbesondere von Futtermitteln, Erbsen, Linsen, Eiern und Obst, über Königsberg sind wesentlich lebhafter geworden. Die Einfuhr von Wolle nach Rußland über Ostpreußen bahnt sich an und kann bei ungestörter Weiterentwicklung zu lebhaften Geschäftsbeziehungen führen.

Die Wunden, die der Krieg während der zweimaligen Besetzung durch die Russen im Winter 1914/15 der Provinz schlug, als rund 41 000 Gebäude in der Provinz zerstört wurden, sind dank der Zähigkeit der ostpreußischen Bevölkerung geheilt, der Wiederaufbau bis zum Jahre 1923 vollendet, die während des Krieges verunkrauteten Äcker wieder in Ordnung gebracht, der Vieh- und Pferdebestand wiederhergestellt.

Vor allem aber hat die Zuverlässigkeit des ostpreußischen Volksstammes sich bei der Volksabstimmung am 11. Juli 1920 glänzend bewährt. Das ostpreußische Abstimmungsgebiet hatte damals zwischen dem niedergeworfenen und mit Kriegstributen überlasteten Deutschland und Polen, das von solchen Lasten frei war, zu wählen. Es hat mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Stimmenzahl damals sowohl in dem westpreußischen Teil des Abstimmungsgebietes als auch im Ermland und Masuren für das Verbleiben beim deutschen Vaterlande gestimmt und damit die Frage, wie Ostpreußen selber über seine Staatszugehörigkeit denkt, ein- für allemal und unwiderleglich entschieden. Die späteren Parlamentswahlen haben weitere erhebliche Rückgänge der geringen polnischen Stimmenzahlen gebracht. Alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen das Agrarland Ostpreußen während der landwirtschaftlichen Wirtschaftskrise, die wir im ganzen Osten Deutschlands erleben, heute zu kämpfen hat, haben nichts an der Heimatliebe und Treue der Ostpreußen zu ihrem deutschen Vaterlande zu ändern vermocht. Heute wie 1920 und immer gilt das Wort, das am Fuße der Marienburg auf dem Abstimmungsdenkmal steht:

„Dies Land bleibt deutsch!“

*

Ostpreußen.

(Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsgelegenheit.)

I.

Vor wenigen Tagen haben der Oberpräsident a. D. von Batocki, Königsberg, welcher von 1906 bis 1914 als Präsident der Ostpreußischen Landwirtschaftskammer und 1916/17 als Kriegsernährungsminister mein Chef war, und Dr. Schack das Werk herausgegeben „Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen“, Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsgelegenheit. Sechzehnjährige Arbeitsverbundenheit mit Ostpreußen und besonderes Interesse für die Landarbeiterverhältnisse, Landflucht, Siedlung, Arbeitsausgleich in der Landwirtschaft veranlassen mich, jetzt bereits, wenn auch vorläufig nur kurz, auf dieses Werk hinzuweisen, in welchem ich zu meiner Freude des öfteren mit meinen eigenen wissenschaftlichen Arbeiten aus den Jahren 1908, 1910 und 1912 zitiert bin. In diesem Werk ist in Ablehnung jedes Schlagworts mit wissenschaftlicher Gründlichkeit die Kernfrage des Ostproblems erörtert, die ich persönlich bei jedem Vortrag über die Ostmarknot von mir aus auch betont habe, daß alle Maßnahmen und alle Mittel für die Ostmark so lange ohne grundlegende Einwirkung auf Abstellung der Not sind, als es nicht gelingt, den Mangel an Beschäftigung in der Ostmark (abgesehen von Schlesien und Oberschlesien), wie er infolge der seit den 70er Jahren immer stärker werdenden Gestaltung der Landwirtschaft zu einem Saisongewerbe vorliegt, zu beseitigen. Zusammen mit unserem Freunde Heinrich Sohnrey haben von Batocki und ich, gestützt von der Provinzialabteilung Ostpreußen für ländliche Wohlfahrt- und Heimatpflege, nachdem wir 1907 die „Abwanderungsstatistik über die schulentlassene ländliche Jugend Ostpreußens“, im gleichen Jahre die weitere Broschüre über „die Ansiedlung von Landarbeitern und Bau von Landarbeiterwohnungen“, ferner die über „die wirtschaftliche Lage der ostpreußischen Landarbeiter“ herausgegeben hatten, uns neben den wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Aufgaben unserer ostpreußischen Landwirtschaftskammer vornehmlich dem Studium dieser Frage gewidmet und, wie auch in diesem Werke wieder erwähnt ist, die erste ländliche Winterfüllarbeit in Ostpreußen geschaffen. Ich selbst bin in jenen Jahren von Ostpreußen aus nach Straßburg, der Eifel, der Rhön, nach Hessen, Pommern und der Kaschubei gesandt, um dort im Auftrag der Ostpreußischen Landwirtschaftskammer

ländliche Heimarbeit und eine der Arbeitsbeanspruchung der Landwirtschaft angepaßte ländliche Industrie zu studieren und habe die Erfahrungen in einem Vortrag auf der Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und später in einem großen Aufsatz, der auch als Broschüre erschienen ist, im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (1913) niedergelegt. Ich vertrete seit 1907 unentwegt den Grundsatz, daß von der Lösung des Problems der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, die der arbeitsleeren Zeit der Landwirtschaft angepaßt ist, und auch der gewollt künstlichen Ansetzung von Industrien in Ostpreußen das Schicksal abhängt.

Es ist gar nicht genug zu werten, daß ein Mann von überragender Bedeutung, wie von Batocki, mit seinem tiefschöpfenden Werke die öffentliche Beobachtung auf dieses Kernproblem zwingt. Wie das Werk wirkt, ersieht man am besten aus der Tages- und Fachpresse. Das Buch wird nicht besprochen, sondern das Buch wird, namentlich in den hervorragend geleiteten Handelsteilen der großen führenden Zeitungen und Verlage, zum Ausgangspunkt wirtschaftspolitischer Erörterungen gemacht. Man begegnet, da es sich um eine ganz fremde Materie handelt, beim Gespräch vielem Unverstand und Ablehnung, in den Zeitungen jedoch größter Beachtung und Beurteilung.

Ich beschränke mich im Augenblick auf diesen kurzen Hinweis und werde in einem größeren Aufsatz, den ich für die Fachpresse über das Werk geschrieben habe, im einzelnen hierauf zurückkommen.

Ich möchte noch bemerken, daß die gesamten Ostmarkprovinzen sich zur Werbearbeit für die Ostmark zusammengeschlossen haben und demnächst mit vorzüglichem Wirtschafts- und Werbematerial für die Ostmark herauskommen. Die bekannten graphischen Statistiken Oberschlesiens erfahren gegenwärtig eine Erweiterung. Wenn ich soeben vor mir liegen habe die im Verlag von Williams and Norgate Ltd., London, erschienenen, in England in jeder Buchhandlung und auf der Straße käuflich zu erhaltenden guten Broschüren (die in Deutschland im Verlag von Stilke, Berlin, erschienen sind), wie „Die Zerreißung von Oberschlesien" von Staehler, „Die Deutschen in Polen" von Dr. Axel Schmidt, „Die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien" von Oberpräsident Lukaschek, „Der polnische Korridor — Ostpreußen und der Friede" von Dr. Proeller, so freut man sich doch über die außerordentliche Regsamkeit der gesamten Ostmark, die nicht redet, sondern handelt und das Interesse von Inland und Ausland berechtigt erzwingt. A. H.

Aus der Jungschararbeit.

Jungschar Frankfurt a. M. Der 9. November ist verklungen! Der Tag, an dem die im Juni d. J. gegründete Jugendgruppe des Deutschen Ostbundes, Frankfurt a. M., zum ersten Male vor die Öffentlichkeit, bzw. vor die ziemlich vollzählig versammelte Ortsgruppe trat, an dem die Jugend den Älteren und Ältesten gleichsam zu sagen schien: „Wir sind bereit, mitzuarbeiten an der Erreichung des von euch gesteckten hohen Zieles, und wir werden, wenn viele von euch nicht mehr sein werden, die begonnene Arbeit in eurem Sinne treulich weiterführen, und wenn auch wir den Erfolg eures und unseres Schaffens nicht mehr erleben sollten, werden wir uns doch nach Kräften bemühen, der nachfolgenden Generation den Weg in die Heimat zu ebnen." Das war unsere Bitte, die wir durch unsere Darbietungen noch unterstrichen und freudig zeigten, daß es unsere idealste Aufgabe ist und bleiben wird, mitzuwirken und mitzufördern an dem großen Werk für unsere Heimat und für das Vaterland. Herr Wendt, der hochsinnige Führer und Leiter unserer Jugendgruppe, wird uns dabei stets als leuchtendes Vorbild vorangehen und uns den rechten Weg weisen.

Der Abend wurde von einem forschen Eröffnungsmarsch der Hauskapelle eingeleitet. Dann begann das Programm, welches aus einem ernsten und einem heiteren Teil bestand und ausschließlich von Mitgliedern der Jugendgruppe ausgeführt wurde. Der Landesverbandsvorsitzende, Herr Prager, begrüßte zunächst die Mitglieder der Ortsgruppe sowie die eingeführten Gäste, darunter eine große Anzahl Nichtostmärker, ganz besonders aber die unserer Einladung gefolgte Abordnung der Jugendgruppe Hanau und einige ebenfalls auf unsere Einladung hin gekommenen Mitglieder der Ortsgruppe Darmstadt. Ein Prolog, gesprochen von Lotte Haß, hieß die Gäste auch im Namen der Jugendgruppe willkommen. Dann brachte eine aus Mädchen und Jungen gestellte Gruppe (Georg Graffa, Kurt Hamburger, Eberhard Kreß, Lotte Haß, Herta Lange, Hans Prager, Erna Wachholz) den Sprechchor „Die entrissenen Töchter" zur Aufführung, der in den zu Herzen gehenden Ruf ausklang: „Wir wollen heim ins Mutterland!" Hierauf kamen zwei Musikstücke von Franz Schubert, am Klavier Marga Ey, auf der Geige Alfred Haß, zum Vortrag, und zwar Andante aus der C-Dur-Symphonie und der Héroique-Marsch. Uns Zuhörern wurde warm ums Herz beim Klang der mit Hingabe und Innigkeit gespielten Melodien des großen Wiener Meisters. Auch das mit markigen Worten von Alfred Haß vorgetragene „Jahrtausendlied" von Dr. Franz Lüdtke packte uns mächtig und brachte uns die Heimat vor die Seele mit all ihrer Schönheit, mit all ihrem Weh. Gleich darauf brauste das gemeinsam gesungene Ostmarkenlied „Kam'rad reich mir die Hände" durch den Saal. Herr Wendt sprach dann über Zweck und Ziel der Jugendbewegung des Deutschen Ostbundes und hob besonders hervor, daß planmäßige Erziehungsarbeit im ostmärkischen Gemeinschaftsleben und zielbewußte Ausbildung in der Ostmarkenfrage an der Jugend brennend notwendig sei. Zum Schluß rief Herr Wendt im Namen unserer Jungschar den versammelten Gästen zu:

„Was wir verloren, Land und Volk und Ehre,
Soll nie und nimmermehr verloren sein! —
Wir wollen euch die Bruderhände reichen,
Mannhaft geschart um unseres Bundes Zeichen!
In diesem Zeichen woll'n wir kämpfen, siegen!"

Herr Wendt hatte ferner ein kleines ostmärkisches Bühnenspiel „Der Wall", von Fritz Wehowsky, mit uns einstudiert, da dieses seinem Inhalt gemäß in den Rahmen unserer Veranstaltungen paßte. Die Darsteller (Eberhard Kreß, Marga Ey, Luise Zerm, Georg und Norbert Graffa, Kurt Hamburger, Alfred Haß) spielten denn auch alle mit warmer Empfindung, bis das Stück zum Schluß in den Ausruf gipfelte: „Wir wollen den deutschen Wall halten!"

So waren denn alle unsere Darbietungen von dem einzigen hehren Gedanken für die Heimat durchdrungen, und wenn wir uns fragen, welche Eindrücke der Abend in uns hinterlassen hat, so können wir uns sagen, daß wir nur Wertvolles mit nach Hause genommen haben, und daß der Entschluß, zu kämpfen für die Heimat, sich nur noch verstärkt und gefestigt hat eingedenk unseres Wahlspruches: Was wir verloren haben, soll nicht verloren sein!

Um ein Zusammenarbeiten der Orts- und Frauengruppe mit der Jugendgruppe zu erreichen, hatte sich Frau Prager, Vorsitzende der Frauengruppe, liebenswürdigerweise die Mühe gemacht, ein Scherzspiel, „Die Landpartie", mit fünf unserer Mädchen (Marga Ey, Erna Wachholz, Luise Zerm, Lotte Haß, Herta Lange) einzuüben, welches denn auch mit viel Beifall aufgenommen wurde.

Luise Zerm.

Jungschar Görlitz. Das 5. Stiftungsfest feierte die Jugendgruppe des Deutschen Ostbundes unlängst in den festlich mit Blumen, grünen Blattpflanzen und bunten Bändern geschmückten Räumen des Schützenhauses. Vorweg sei gesagt, daß die Ausgestaltung und der Besuch des Festes nichts zu wünschen übrig ließ. Den Höhepunkt der Feier bildete die Festrede des Pfarrers Wollstadt von der Lutherkirche, eines Sohnes der dem deutschen Vaterlande entrissenen Ostmark. „Nicht als Fremder, obwohl ich zum ersten Male zu Ihnen spreche, komme ich zu Ihnen," so sagte der Redner, „sondern als Freund und Bruder, der gleich Ihnen seine schöne Heimat vorläufig verloren hat. Mit Freuden wollen wir uns heute gemeinsam der Heimat erinnern. Wir sehen im Geiste die Straßen in den kleinen Städten und Dörfern, die grünenden Wiesen, die Plätze, wo wir als Kinder gespielt, deutsche Lieder gesungen und uns fröhlich und ausgelassen getummelt haben. Wir sehen im Geiste aber auch Stätten, die uns liebwert und ewig fest in der Erinnerung bleiben werden. Das sind die Gräber unserer Lieben in der alten Heimat. Wir haben sie gezwungenerweise verlassen müssen. Mancher hat in unserer schönen Stadt Görlitz und auch anderswo im großen Deutschen Reiche eine neue Heimat gefunden. Verwachsen bleibt er aber auf ewig mit dem Lande, in dem seine Wiege stand, mit dem Erdboden, auf dem er die ersten Schritte tat, eine reine deutsche Sprache zu sprechen gelernt hat, auf dem er erzogen und für den Lebensberuf ausgebildet wurde. An diese Zeiten wollen wir uns heute erinnern, aber auch an die Tage, wo wir bangend auf die Entscheidung, was mit unserer Heimat wird, warteten, an die Tage, wo wir unsere Koffer packen und von einem deutschen Land Abschied nehmen mußten, das uns so lieb und vertraut geworden war. Das waren furchtbar schwere Augenblicke, die viele auch jetzt noch nicht überwinden können. Geloben wollen wir aber in dieser Stunde, unserer alten Heimat, solange wir leben, die Treue zu halten, sie zu lieben und sie nie zu vergessen. Wir wollen hoffen, daß wir das Land unserer Väter wiederbekommen. Der gerechte Richter dort oben im Himmel wird, wenn er uns wieder für würdig erachtet, die Sperre, die auf unserem Heimatboden augenblicklich liegt, wieder aufheben. Dann wird die Zeit kommen, wo wir wieder nach dem Ostland reiten können." Das gemeinsam gesungene Ostmärkerlied schloß sich den Worten des Redners an. Umrahmt wurden die Ausführungen von Musikstücken, die die Hauskapelle unter Leitung ihres Dirigenten Reinhold ganz vorzüglich wiedergab. Ein Prolog- und Gedichtvortrag leitete zur Begrüßungsansprache über, in der der Vorsitzende Zygmanowski Mitglieder, Gäste und die Abgeordneten der Elsaß-Lothringer, Süddeutschen und der Brudervereine Lauban, Rothenburg und Horka herzlich willkommen hieß. Ein Vertreter der Dresdner Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes überbrachte die Glückwünsche und ein Geschenk in Gestalt eines Buches zum 5. Geburtstag des Görlitzer Vereins. Beifällige Aufnahme fand weiter ein Volksstück in drei Akten von Heinz Horst, betitelt „Der Scholle entrissen", das von Vereinsmitgliedern ganz ansprechend zur Aufführung gebracht wurde. Das Stück zeigte so recht, daß echte Heimatliebe Schicksalsschläge schwerster Art überwinden kann.

Jungschar Schneidemühl. (Gesangsabteilung der Ortsgruppe.) Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Alfred Westphal, Alte Bahnhofstr. 40, 2. Vorsitzender Wilhelm Schütz, Königstraße 32, Schriftführer Helmut Westphal, Wilhelmsplatz 13, Kassierer Erhard Bethke, Bismarckstr. 18, Dirigent Fritz Guse, Gr. Kirchenstraße 13. Ostheil! A. Westphal, Schneidemühl.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Arno Hoffmeister. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstr. 43 (Fernruf Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H. Berlin SW 68.